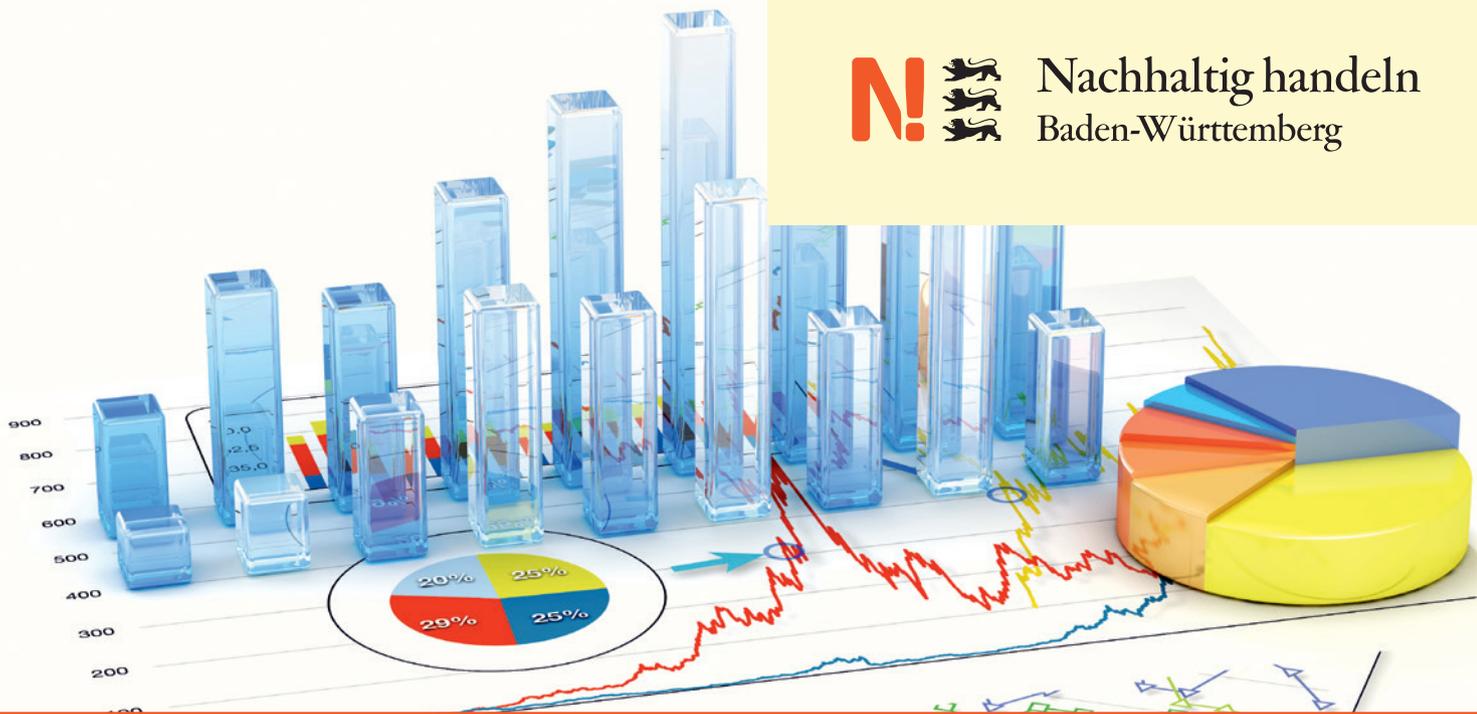




Nachhaltig handeln
Baden-Württemberg



Indikatorenbericht 2016

Statusindikatoren einer nachhaltigen Entwicklung
in Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

VORWORT	4
<hr/>	
EINLEITUNG ZUM INDIKATORENBERICHT	6
Prinzipien des Indikatorenberichts	6
Möglichkeiten und Grenzen von Statusindikatoren	7
Subjektive Indikatoren	8
Entwicklung des Indikatorensatzes	9
Datenverfügbarkeit und Weiterentwicklung des Indikatorensatzes	10
Trendbewertung der Indikatoren	11
Die globalen Entwicklungsziele der Agenda 2030	12
<hr/>	
DIE BEVÖLKERUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG	16
<hr/>	
I Ökologische Tragfähigkeit	20
1 Rohstoffproduktivität (Index)	22
2 Rohstoffproduktivität (absolut)	24
3 Häusliche Abfälle	26
4 Täglicher Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche	28
5 Stickstoffdioxidbelastung im städtischen Hintergrund	30
6 Treibhausgasemissionen	32
7 Temperaturentwicklung	34
8 Waldzustand	36
9 Naturschutzflächen	38
10 Ökologische Landwirtschaft	40
11 Nitratgehalt des Grundwassers	42
12 Erneuerbare Energien	44
13 Endenergieverbrauch privater Haushalte	46
14 Energieproduktivität	48
Subjektive Indikatoren: Umweltschutz und Klimawandel	50
<hr/>	
II Teilhabe und Gutes Leben	52
15 Bruttoinlandsprodukt	54
16 Bruttoanlageinvestitionen	56
17 Eigenkapitalquote	58
18 Unternehmensinsolvenzen	60

19	Privatinsolvenzen	62
20	Armutgefährdungsquote	64
21	Einkommensreichumsquote	66
22	Erwerbstätigenquote	68
23	Arbeitslosigkeit	70
24	Atypische Beschäftigung	72
25	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	74
26	Frauen im Führungspositionen	76
27	Frauen im Gemeinderat	78
28	Kindertagesbetreuung	80
29	Inklusion	82
30	Engagementquote	84
31	Straftaten	86
32	Übergewicht	88
33	Vorzeitige Sterblichkeit	90
34	Verunglückte im Straßenverkehr	92
35	Lärmbelastung	94
	Subjektive Indikatoren: Zufriedenheit mit Gesundheit, Arbeit und Einkommen sowie allgemeine Lebenszufriedenheit	96

III Rahmenbedingungen und vermittelnde Faktoren **98**

36	Arztversorgung	100
37	Teilnahme an Vorsorgeuntersuchung	102
38	Beteiligung bei Wahlen zum Gemeinderat und Kreistag	104
39	Frühe Schulabgänger	106
40	Abschlüsse im tertiären Sektor	108
41	Innovationsfähigkeit	110
42	Güterbeförderung durch Schienenverkehr und Binnenschifffahrt	112
43	Gütertransportintensität	114
44	Öffentlicher Personennahverkehr	116
45	Modal Split des Personenverkehrsaufwands	118
46	Haushaltskonsolidierung	120
47	Öffentliche Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit	122

Vorwort



Nachhaltiges Handeln soll dazu beitragen, dass unser modernes Leben die Zukunftsperspektiven der nächsten Generationen nicht einengt und auch die Menschen in den armen Ländern dieser Erde die Chance auf ein besseres Leben erhalten. Wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte sind dabei gleichermaßen von Bedeutung.

Die Landesregierung Baden-Württemberg verfolgt mit der Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel, Nachhaltigkeit in allen Politikfeldern zu verankern. Wir wollen Nachhaltigkeit in konkretes politisches Handeln übersetzen und haben hierfür überprüfbare strategische Ziele benannt. In den Nachhaltigkeitsberichten der einzelnen Ministerien wird dargestellt, welche Anstrengungen die Ressorts im Hinblick auf eine Erreichung dieser Ziele in ihrem Politikbereich unternehmen.

Darüber hinaus ist es zur Steuerung des Nachhaltigkeitsprozesses von zentraler

Bedeutung, den Status quo zu erfassen, um zukünftig regelmäßig die Entwicklung unter den verschiedenen Dimensionen in den Blick nehmen zu können. Hierzu dient der im 2-Jahres-Rhythmus erscheinende Indikatorenbericht. Darin haben wir 2014 erstmals mit Hilfe geeigneter Statusindikatoren Nachhaltigkeit differenziert dargestellt und messbar gemacht. Im aktuellen Bericht wird die Entwicklung fortgeschrieben, weitere Statusindikatoren wurden aufgenommen. Zusätzlich haben wir jeweils eine Verbindung zu den im Herbst 2015 auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen verabschiedeten „Sustainable Development Goals“ hergestellt. Dabei zeigt sich, dass die für die Landesebene gewählten Indikatoren auch die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen umfassend abbilden.

Klar ist, dass die Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen in konkretes Handeln nur gemeinsam mit vielen Akteuren in Baden-Württem-

berg gelingen kann: zusammen mit wichtigen Zielgruppen – der Jugend, der Wirtschaft und den Kommunen –, durch eine breite Beteiligung von Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft im Beirat der Landesregierung für nachhaltige Entwicklung sowie in Aktionsprogrammen zu zentralen Kernbereichen nachhaltigen Handelns.

Der vorliegende Indikatorenbericht soll dabei zur Standortbestimmung, als Sensibilisierung und Anregung dienen. Bringen Sie sich mit Ihren Vorstellungen ein und begleiten Sie uns auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung Baden-Württembergs.



Winfried Kretschmann MdL
Ministerpräsident des Landes
Baden-Württemberg



Einleitung zum Indikatorenbericht



PRINZIPIEN DES INDIKATORENBERICHTS

Die Landesregierung Baden-Württembergs hält unverändert am Prinzip der Nachhaltigkeit als zentralem Entscheidungskriterium des Regierungs- und Verwaltungshandelns fest. Mit Hilfe von Statusindikatoren wird die nachhaltige Entwicklung im Land messbar und überprüfbar gemacht. Alle zwei Jahre soll der Status quo nachhaltiger Entwicklung im Land erfasst und im Indikatorenbericht dargestellt werden. 2014 wurde der erste Bericht veröffentlicht.

Die in diesem Bericht aufgeführten Statusindikatoren ergeben ein umfassendes Bild der nachhaltigen Entwicklung in Baden-

Württemberg. Nicht alle diese Entwicklungen lassen sich ausschließlich durch Landespolitik beeinflussen. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Treibhausgasemissionen. Auch wenn Baden-Württemberg alles daransetzt, den Klimawandel auf einem beherrschbaren Maß zu halten, hängt die Eindämmung der Treibhausgasemissionen in Baden-Württemberg auch von Entwicklungen auf europäischer und Bundesebene ab.

Aber auch die politische Zielerreichung der Landesregierung auf ihrem Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg soll messbar und überprüfbar gemacht werden. Dies erfolgt durch die Ministerien einmal in jeder Legislaturperiode in den jeweiligen Nachhaltigkeitsberichten. Dort wird dargestellt, welche Ziele nachhaltiger Entwicklung sie verfolgen und wie sie diese in Zukunft erreichen wollen.

Im Zuge der Erarbeitung von Zielen einer nachhaltigen Entwicklung Baden-Württembergs sowie den besonderen Herausforderungen, denen sich Baden-Württemberg bei der

Erreichung dieser Ziele stellen muss, wurde von der klassischen Dreiteilung der Nachhaltigkeit in eine ökonomische, eine soziale und eine ökologische Dimension abgewichen. Eine neue Gliederung in die Bereiche „Ökologische Tragfähigkeit“ und „Teilhabe und Gutes Leben“ sowie die „Rahmenbedingungen und vermittelnde Faktoren“ wurde vorgenommen. Durch sie sollen die Verflechtung der verschiedenen Dimensionen, die gegenseitigen Abhängigkeiten und Zielkonflikte stärker zum Ausdruck gebracht werden.

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN VON STATUSINDIKATOREN

Ein Satz von Statusindikatoren führt notwendigerweise zu einer Reduktion auf die mess- und zählbaren Aspekte nachhaltiger Entwicklung. Durch Indikatoren können immer nur ausgewählte, messbare Teilbereiche von Themen betrachtet werden. Für qualitative und subjektive Faktoren sind häufig keine oder noch keine Daten verfügbar. So existieren zum Beispiel aktuell noch keine Messgrößen für die Darstellung der Lebensqualität, einem wichtigen Aspekt von nachhaltiger Entwicklung.





SUBJEKTIVE INDIKATOREN

Der Indikatorenbericht fügt den klassischen Nachhaltigkeitsindikatoren eine weitere Dimension hinzu: die sogenannten subjektiven Indikatoren. Auch diese beruhen auf einer statistischen Auswertung, eröffnen aber eine neue Perspektive. Durch das Hinzuziehen ausgewählter Fragen aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) werden die persönlichen Einstellungen der Menschen mit einbezogen.

Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung, die bereits seit 25 Jah-

ren durchgeführt wird. Jährlich werden in Baden-Württemberg rund 2500 Personen aus rund 1400 Haushalten befragt. In den beiden Bereichen „Ökologische Tragfähigkeit“ sowie „Teilhabe und Gutes Leben“ wurden zwei beziehungsweise vier Meinungsbilder zu Fragen aus dem SOEP herangezogen, die sich mit Umwelt- und Klimaschutz bzw. mit der Zufriedenheit der Menschen beschäftigen.

Verbesserungen hin zu einer nachhaltigeren Entwicklung, zum Beispiel im Bereich der Ökologischen Tragfähigkeit, resultieren nicht direkt in einer positiven Wahrnehmung der Menschen. Die Beziehung zwischen „objektiven“, klassischen Nachhaltigkeitsindikatoren und den hier ausgewählten „subjektiven“ Indikatoren ist komplex und ohne direkte kausale Zusammenhänge. Es erscheint dennoch wertvoll, auch über einen längeren Zeitverlauf die Wahrnehmung der Menschen in Baden-Württemberg heranzuziehen und die Betrachtung der nachhaltigen Entwicklung im Land durch diese Perspektiven zu ergänzen.

ENTWICKLUNG DES INDIKATORENSATZES

Die Indikatoren wurden 2013/2014 in einem mehrstufigen, partizipativen Verfahren mit dem im Beirat der Landesregierung für nachhaltige Entwicklung vertretenen Persönlichkeiten und Verbänden aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft sowie den Landesministerien erarbeitet. Mit jeder Berichtsfortschreibung werden die Indikatoren überprüft und ggf. der aktuellen Entwicklung angepasst.

Wichtigstes Kriterium bei der Auswahl der Indikatoren war zunächst deren Relevanz für die Darstellung von nachhaltiger Entwicklung in Baden-Württemberg. Geachtet wurde auf die Anschlussfähigkeit an andere Indikatorensysteme nachhaltiger Entwicklung auf EU-, Bundes- und Länderebene. Wo notwendig, wurden die Spezifika des Landes Baden-Württemberg berücksichtigt, um die nachhaltige Entwicklung hier im Land angemessen darstellen zu können. Bei der Auswahl der Datengrundlagen für die jeweiligen Indikatoren wurde, wo immer möglich und sinnvoll, der Anschluss an vorhandene Indikatoren und Indikatorensysteme geschaffen. In zahlreichen Fällen konnte auf begleitende Texte anderer zurückgegriffen und dort bereits vorhandene

Know-how genutzt werden. So wurden beispielsweise in Teilen die Erläuterungen der Länderinitiative Kernindikatoren (LIKI) übernommen oder auch die der Nachhaltigkeitsberichterstattung des Bundes.

Grundsätzlich wurden die zum Stand Mai 2016 verfügbaren Daten für den vorliegenden Indikatorenbericht herangezogen. Bei Daten, die die Bevölkerung von Baden-Württemberg als Grundlage haben, ist der Zensus 2011 zu beachten. Die letzte Volkszählung fand in den alten Bundesländern, so auch in Baden-Württemberg im Jahr 1987 statt. Im Jahr 2011 wurde in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ein Zensus, eine Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung, erhoben. Es ist deshalb eine eingeschränkte Vergleichbarkeit der Daten ab 2011 mit denen früherer Jahre auf Grund unterschiedlicher Hochrechnungsbasis gegeben (bis 2011: Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987; ab 2011: Hochrechnung anhand der vorläufigen Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011). Bei den jeweiligen Schaubildern zu den Indikatoren wird darauf hingewiesen.



DATENVERFÜGBARKEIT UND WEITERENTWICKLUNG DES INDIKATORENSATZES

Ein zentrales Kriterium bei der Auswahl von Indikatoren, dem alle anderen Aspekte zwingend untergeordnet werden müssen, ist die Datenverfügbarkeit. Grundsätzlich besteht die Anforderung, Datensätze und Indikatoren über möglichst lange Zeiträume zu erheben und darzustellen, um einen Trend erkennbar zu machen. Allerdings ist hier immer wieder eine sorgfältige Abwägung erforderlich. Für einige Indikatoren liegt aktuell aus methodischen Gründen noch keine Zeitreihe vor.

Um die Aussagekraft der jeweiligen Indikatoren bezüglich der nachhaltigen Entwicklung

immer wieder prüfen zu können, ist ein ständiges kritisches Hinterfragen des Indikatorensatzes notwendig. Dies gilt sowohl für Indikatoren, deren Aussagekraft in der fachlichen Debatte umstritten ist als auch für solche Indikatoren, deren Erhebung wünschenswert ist, zu denen aber bislang keinerlei Daten zur Verfügung stehen. Als Beispiel sei hier ein möglicher Indikator zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ genannt.

In den Satz der Statusindikatoren neu aufgenommen wurden für den vorliegenden Bericht Indikatoren zur Entwicklung der Temperatur in Baden-Württemberg, zur Inklusion, zu Unternehmensinsolvenzen, zu Frauen in Führungspositionen sowie zur Teilnahme von Kindern an Vorsorgeuntersuchungen. Bis auf den Indikator Frauen in Führungspositionen, wo eine Datenreihe wegen methodischer Umstellungen nicht vorliegt, liegen für alle anderen Indikatoren über längere Zeiträume amtliche Daten vor.

TRENDBEWERTUNG DER INDIKATOREN

Neben der Definition und Beschreibung des jeweiligen Indikators wird auch eine Trendbewertung mit Hilfe der drei Farben Grün, Gelb und Rot vorgenommen:

- grün: Trend ist positiv, deutliche Verbesserung des Zustands ist bereits jetzt oder in absehbarer Zeit erreicht.
- gelb: Trend ist positiv, deutliche Verbesserung des Zustands ist in absehbarer Zeit noch nicht erreicht.
- rot: Trend ist negativ, deutliche Verbesserung des Zustands ist in absehbarer Zeit nicht erreicht.

Bei der Bewertung des Trends werden sowohl die Datenkurve als auch der Zustand des jeweiligen Indikators einbezogen. So gibt es beispielsweise Indikatoren, bei denen es anhand eines wünschenswerten Anstiegs zwar eine positive Entwicklung zu verzeichnen gibt, der Gesamtwert aber noch immer zu niedrig erscheint. Der Trend eines solchen Indikators wurde mit der Farbe Gelb gekennzeichnet.

Bei den 47 Indikatoren wurden insgesamt 48 Bewertungen vorgenommen, da die beiden Datenkurven des Indikators 46 Haushaltskonsolidierung jeweils einzeln bewertet wurden.

Von insgesamt 48 Bewertungen zeigen 17 eine deutliche Zustandsverbesserung des Indikators bereits jetzt oder in absehbarer Zeit (grüne Trendbewertung). 21 Bewertungen zeigen bereits eine positive Trendentwicklung des Indikators auf (gelbe Trendbewertung). Insgesamt sechs Bewertungen deuten auf eine negative Trendentwicklung des Indikators hin (rote Trendbewertung). Bei vier Indikatoren war keine Bewertung möglich, weil entweder die Datenbasis geändert wurde oder keine aussagekräftige Zeitreihe verfügbar war. Beim Indikator Bruttoinlandsprodukt (BIP) wurde vor dem Hintergrund der aktuellen Wachstumsdebatte ebenfalls auf eine Trendbewertung verzichtet.

Im Vergleich zum Statusbericht aus dem Jahr 2014 haben sich fünf Indikatoren hinsichtlich ihres Trends deutlich verbessert. Drei Indikatoren wurde aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre eine schlechtere Bewertung zugeordnet. Es zeigt sich, dass viele Statusindikatoren eine deutliche positive Trendbewertung aufweisen, es jedoch in anderen Bereichen noch Handlungsbedarf gibt.



DIE GLOBALEN ENTWICKLUNGSZIELE DER AGENDA 2030

Am 25. September 2015 wurde auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Der Titel „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ verdeutlicht das Ziel der Agenda, einen durchgreifenden Wandel auf allen Ebenen herbeizuführen. Die Agenda gilt universell, also gleichermaßen für Industrieländer, Schwellen- und Entwicklungsländer und zielt auf eine neue globale Partnerschaft ab. Allen Menschen weltweit soll ein Leben in Würde ermöglicht werden. Die Agenda 2030 soll Frieden fördern und dazu beitragen, dass alle Menschen in Freiheit und einer intakten Umwelt leben können. Zum ersten Mal werden Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeit in einer Agenda zusammengeführt.

Das Kernstück der Agenda bilden die 17 Ziele einer nachhaltigen Entwicklung

(Sustainable Development Goals – SDG), die am 1. Januar 2016 in Kraft getreten sind. Neu ist, dass die SDG sich an alle Länder richten und damit auch für die Industriestaaten Wirkung entfalten. Mit der Agenda 2030 und den SDG sollen soziale, wirtschaftliche und ökologische Ziele und deren Verknüpfungen ausgewogener miteinander verankert werden.

Die SDG beschreiben prioritäre Handlungsfelder und geben eine breite strategische Richtung vor, die erst durch die zusätzlichen Unterziele (Targets) inhaltlich definiert wird. Durch ihren internationalen, teilweise entwicklungspolitischen Charakter besitzen jedoch nicht alle SDG eine direkte Relevanz für die Nachhaltigkeitsstrategie. Darüber hinaus setzt die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württembergs weitere wichtige landesspezifische Schwerpunkte, die über die Zielsetzungen der SDG hinausgehen, insbesondere in den Bereichen nachhaltige Finanzpolitik und Einbindung der Zivilgesellschaft.

Die Arbeiten zur Integration der Agenda 2030 wie auch der SDG in die Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württembergs sind bisher noch nicht abgeschlossen. Die flexible Architektur der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württembergs erlaubt jedoch die Integration weiterer noch nicht berücksichtigter Zielsetzungen.

Im vorliegenden Bericht sind die jeweils korrespondierenden SDG bei den einzelnen Indikatoren aufgeführt. Keine Zuordnung eines Indikators erfolgte zum SDG Nr. 14 Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen. Dies ist einerseits nicht verwunderlich, da Baden-Württemberg keine Meeresküsten hat, andererseits trägt aber auch Baden-Württemberg über die Nährstoffbefrachtung der Flüsse, die das Land verlassen, Verantwortung für die Nährstoffbelastung der Meere. Hierfür ist bisher noch kein Indikator vorgesehen.



Andere Zuordnungen von Indikatoren zu SDG sind auf den zweiten Blick verständlich. So geht SDG Nr. 2 Den Hunger beenden über die Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln hinaus; vielmehr beinhaltet dieses Ziel neben der Ernährungssicherung auch die Nachhaltigkeit der Nahrungsproduktion. Dies geschieht in Baden-Württemberg durch die Unterstützung der ökologischen Landwirtschaft.

AGENDA 2030: GLOBALE ZIELE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG – SDG



SDG 1: Armut in allen ihren Formen und überall beenden.



SDG 6: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten.



SDG 2: Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.



SDG 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern.



SDG 3: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.



SDG 8: Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.



SDG 4: Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern.



SDG 9: Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.



SDG 5: Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen.



SDG 10: Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.



SDG 11: Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.



SDG 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen.



SDG 13: Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.



SDG 14: Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen.



SDG 15: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.



SDG 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.



SDG 17: Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen.



Die Bevölkerung in Baden-Württemberg



DEFINITION VON PERSONEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen nach der Definition des Mikrozensus alle Ausländer und eingebürgerte ehemalige Ausländer, alle nach 1949 als Deutsche auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderte sowie alle in Deutschland als Deutsche Geborene mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

BESCHREIBUNG UND TRENDBEWERTUNG

Den Statusindikatoren einer nachhaltigen Entwicklung vorangestellt ist eine Übersicht über die Bevölkerung in Baden-Württemberg. Die Bevölkerungsdaten dienen hier als Hintergrundinformation. Sie sind als Bezugsgröße für die Indikatoren relevant, beispielsweise wenn nach der Bedeutung des Migrationshintergrunds in Bezug auf die Erwerbstätigkeit gefragt wird.

Baden-Württemberg ist ein bevölkerungsreiches Bundesland. Allein zwischen 1950 und 2000 hatte das Land einen Bevölkerungszuwachs von 62 %. Auch in den nächsten Jahren dürfte sich die Einwohnerzahl des Landes aufgrund der gestiegenen Zuwanderung weiter erhöhen. Mittel- und langfristig wird aber erwartet, dass die Bevölkerungszahl im Südwesten zurückgehen wird. Denn aufgrund der Altersstruktur – immer mehr ältere stehen immer weniger jungen Menschen gegenüber – wird sich das Geburtendefizit (weniger Geburten als Sterbefälle) stetig vergrößern. Die zu erwartenden künftigen Wanderungs-

gewinne werden dann aller Voraussicht nach das deutlich steigende Geburtendefizit nicht mehr kompensieren können.

Entscheidend für die Zukunft Baden-Württembergs ist jedoch weniger die Zahl der Einwohner als ihre Altersstruktur, die durch einen weiteren Alterungsprozess geprägt sein wird. Im Jahr 2000 gab es eine historische Zäsur: Erstmals lebten in Baden-Württemberg mehr 60-Jährige und Ältere als unter 20-Jährige. Während 1900 noch zwei von fünf Personen in der Bevölkerung unter 20 Jahre alt waren, ist dies heute nur noch jeder Fünfte. Im Jahr 2050, dies zeigen Voraussichtungen, wird es nur noch etwa jeder Sechste sein. Ende 2015 war knapp ein Viertel (23 %) der Bevölkerung zwischen 45 bis unter 60 Jahre alt, ebenfalls knapp ein Viertel war über 60 Jahre alt (24 %). 2050 wird voraussichtlich jeder Dritte über 60 Jahre alt sein. Das Durchschnittsalter der baden-württembergischen Bevölkerung dürfte von etwas mehr als 43 Jahre (Ende 2015) auf gut 47 Jahre im Jahr 2050 steigen.



Seit den 1960er Jahren ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg deutlich gestiegen. Im Jahr 2015 lebten in Baden-Württemberg rund 10,8 Mio. Menschen, davon waren gut 5,3 Mio. Männer und knapp 5,5 Mio. Frauen.

Gut 3,0 Mio. Baden-Württemberger hatten 2015 einen Migrationshintergrund. Dies waren 28,0 % der Gesamtbevölkerung. Gut 1,6 Mio. Menschen bzw. 54,0 % der Personen mit Migrationshintergrund waren im Jahr 2015 im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, rund 1,4 Mio. bzw. 46,0 % der Personen mit Migra-



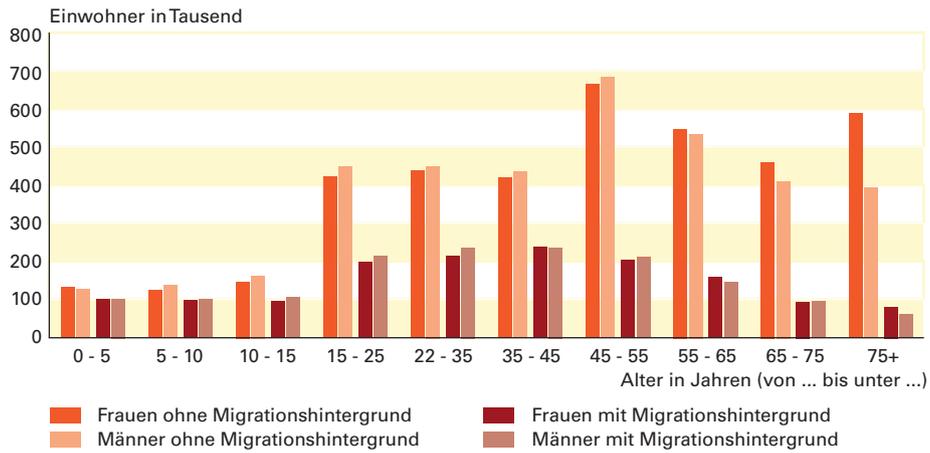
tionshintergrund hatten nur eine ausländische Staatsbürgerschaft. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg war deutlich jünger als die ohne Migrationshintergrund. Das durchschnittliche Alter der Menschen mit Migrationshintergrund lag im Jahr 2014 bei knapp 36 Jahren. Die Baden-Württemberger ohne Migrationshintergrund waren im Durchschnitt rund 46 Jahre alt.

Im Jahr 2015 lebten rund 1,0 Mio. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg (611 000 in der Altersgruppe 0 bis unter 15 Jahre und 414 000 in der Altersgruppe

15 bis unter 25 Jahre). Damit waren 34,0 % der Migranten in Baden-Württemberg jünger als 25 Jahre. Bei den Menschen ohne Migrationshintergrund waren dies lediglich 22,1 %. Der Anteil der älteren Menschen ab 65 Jahren fällt bei den Menschen mit Migrationshintergrund (11,2 %) hingegen erheblich niedriger aus als bei den Menschen ohne Migrationshintergrund (23,9 %).

Die Anzahl der Frauen und Männer ist in den Altersgruppen bis unter 65 Jahre relativ ausgeglichen. Ab der Altersgruppe 65 bis unter 75 Jahre und noch deutlicher bei den 75-Jährigen und Älteren übersteigt, aufgrund der höheren Lebenserwartung, die Zahl der Frauen die der Männer.

BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR IN BADEN-WÜRTTEMBERG IM JAHR 2015





Ökologische Tragfähigkeit



- 1 ROHSTOFFPRODUKTIVITÄT (INDEX)
- 2 ROHSTOFFPRODUKTIVITÄT (ABSOLUT)
- 3 HÄUSLICHE ABFÄLLE
- 4 TÄGLICHER ANSTIEG DER SIEDLUNGS- UND VERKEHRSFLÄCHE
- 5 STICKSTOFFDIOXIDBELASTUNG IM STÄDTISCHEN HINTERGRUND
- 6 TREIBHAUSGASEMISSIONEN
- 7 TEMPERATURENTWICKLUNG
- 8 WALDZUSTAND
- 9 NATURSCHUTZFLÄCHEN
- 10 ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT
- 11 NITRATGEHALT DES GRUNDWASSERS
- 12 ERNEUERBARE ENERGIEN
- 13 ENDENERGIEVERBRAUCH PRIVATER HAUSHALTE
- 14 ENERGIEPRODUKTIVITÄT

1

Rohstoffproduktivität (Index)



DEFINITION

Der Indikator Rohstoffproduktivität, dargestellt als Index, drückt aus, welche volkswirtschaftliche Gesamtleistung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – mit einer Tonne nicht erneuerbarer Rohstoffe erzeugt wird. Um die beiden Größen vergleichbar zu machen und ihre Entwicklung im Zeitablauf darzustellen, werden sie als Indexgrößen dargestellt (Basisjahr 1994 = 100). Die materialeitige Bezugszahl setzt sich zusammen aus verwerteten abiotischen Rohstoffen (z. B. Kohle, Erdöl, Erze, Mineralien) aus dem Inland zuzüglich importierter abiotischer Güter und dem Saldo aus Empfang und Versand abiotischer Güter aus dem Handel zwischen den Bundesländern.

BESCHREIBUNG

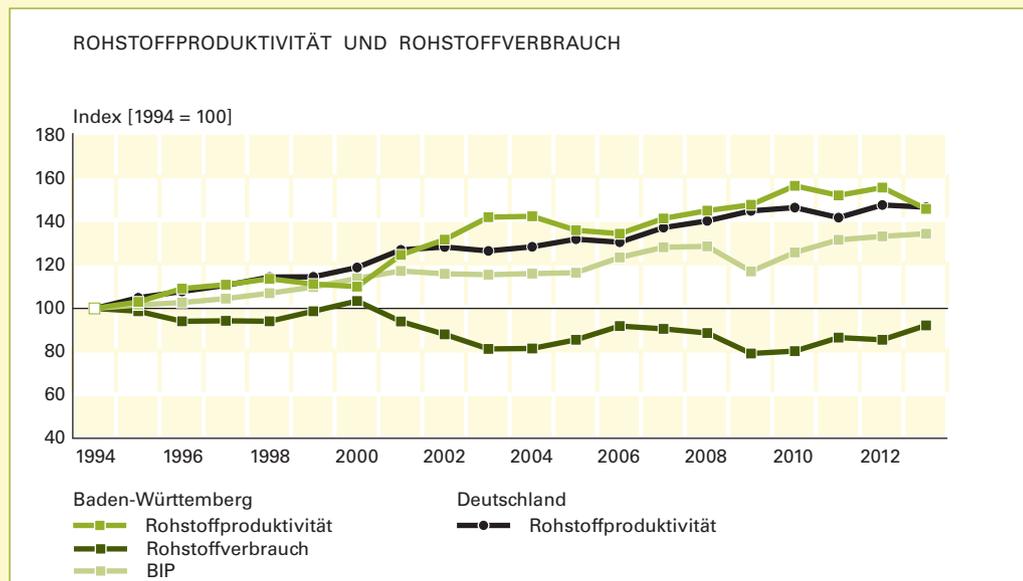
Die Rohstoffproduktivität nimmt zu, wenn eine wirtschaftliche Leistung mit einem geringeren Materialaufwand erbracht wird. Eine solche Verbesserung der Materialeffizienz kann in allen Wirtschaftsbereichen erzielt werden. In den Bereichen, in denen – wie etwa im Baubereich – große Stoffmengen bewegt werden, sind Materialeffizienzsteigerungen besonders wirksam. Beispielsweise trägt eine Verlagerung von Investitionen vom Neubau in die Sanierung von bestehenden Gebäuden erheblich zur Rohstoffproduktivität bei, da hier vergleichbare Geldströme mit sehr viel geringeren Materialströmen verbunden sind. Die Indexbetrachtung ermöglicht eine vergleichende Bewertung der Entwicklung der Bezugsgrößen im Zeitablauf. Der Anstieg des Indikators zeigt an, inwieweit die Nutzung nicht erneuerbarer Rohstoffe vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden konnte. Dabei ist allerdings eine Schwachstelle des Indikators zu beachten: Der Rohstoffverbrauch, der durch die Produktion von Importgütern im Ausland verursacht wird, wird durch den Indikator nur teilweise erfasst. Indikatoren, die Material und Materialströme

berücksichtigen und damit den Rohstoffverbrauch realistischer widerspiegeln, sollen im Rahmen der Landesstrategie Ressourceneffizienz Baden-Württemberg erarbeitet werden.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Von 2012 auf 2013 stieg der Rohstoffverbrauch in Baden-Württemberg deutlich an und lag so hoch wie zuletzt im Jahr 2006. Ausschlaggebend hierfür war die stark erhöhte Einfuhr an Energieträgern, insbesondere von Kohle für die Energiewirtschaft im Land. Bei nur gering-

fällig gestiegenem BIP führte dies zu einem Rückgang der Rohstoffproduktivität gegenüber dem Vorjahr um knapp sieben Prozent. Der seit 1994 zu beobachtende Anstieg der Rohstoffproduktivität um 45 % zeigt jedoch, dass insgesamt offenbar eine Entkopplung von Rohstoffverbrauch und Wirtschaftswachstum stattgefunden hat. Die effizientere Nutzung von Rohstoffen, aber auch eine stärkere Einbindung des Auslands in die Fertigungsprozesse von Industriegütern können hierzu beigetragen haben.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



2

Rohstoffproduktivität (absolut)



DEFINITION

Der Indikator Rohstoffproduktivität absolut drückt aus, welche volkswirtschaftliche Gesamtleistung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen – mit einer Tonne nicht erneuerbarer Rohstoffe erzeugt wird (EUR/t). Die volkswirtschaftliche Gesamtleistung wird in Euro angegeben, der Verbrauch in Tonnen. Die materielle Bezugszahl absolut setzt sich zusammen aus verwerteten abiotischen Rohstoffen (z. B. Kohle, Erdöl, Erze, Mineralien) aus dem Inland zuzüglich importierter abiotischer Güter und dem Saldo aus Empfang und Versand abiotischer Güter aus dem Handel zwischen den Bundesländern. Die Rohstoffproduktivität absolut wird nur für das aktuelle Bilanzjahr 2013 ausgewiesen.

BESCHREIBUNG

Nachhaltiges Wirtschaften verlangt einen schonenden Umgang mit der Natur, damit auch den nachfolgenden Generationen noch eine intakte Umwelt zur Verfügung steht. Die Gewinnung und Nutzung eines Rohstoffs geht mit Flächen-, Material- und Energieinanspruchnahme, Stoffverlagerung sowie Schadstoffemissionen einher.

Außerdem trägt der effiziente Umgang mit Rohstoffen gerade für ein Rohstoffe importierendes und Industriegüter exportierendes Land wie Baden-Württemberg zur Wettbewerbsfähigkeit bei, denn Rohstoffe werden auf den Weltmärkten knapper und teurer.

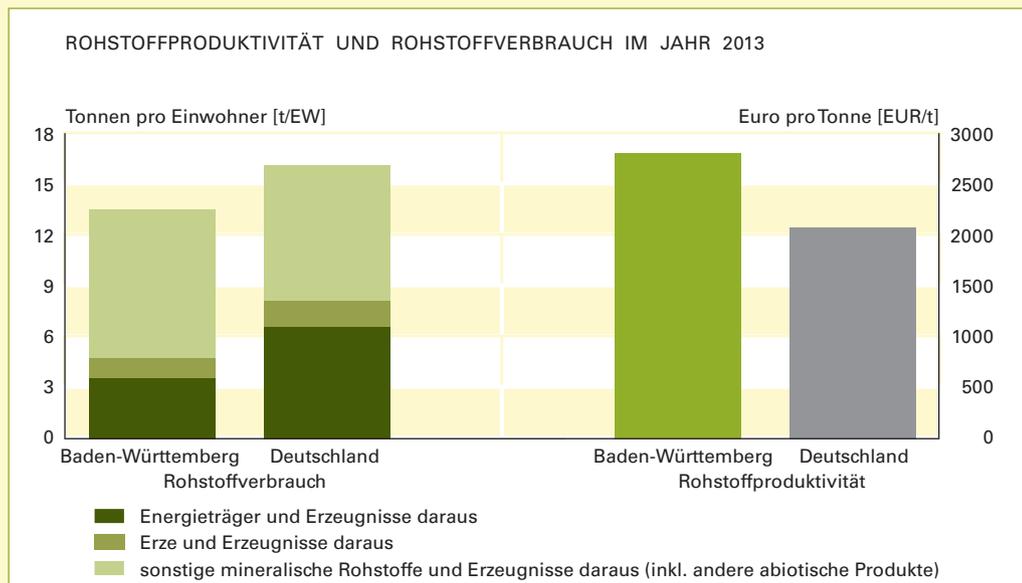
TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die absolute Rohstoffproduktivität lag 2013 für Baden-Württemberg bei 2927 EUR/t und damit im Vergleich zur absoluten Rohstoffproduktivität in Deutschland relativ hoch.

Ein wichtiger Grund hierfür ist die Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs, mit einem vergleichsweise geringen Anteil des

Bergbaus und der Grundstoffindustrien. Dies erklärt teilweise auch die stark abweichende Zusammensetzung des Rohstoffverbrauchs von Deutschland und Baden-Württemberg. Während in Baden-Württemberg die Entnahme von Kies, Sand und Natursteinen (sonstiger mineralischer Rohstoffe) ein

überdurchschnittliches Gewicht hat, liegt der Anteil der verbrauchten Energieträger deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Der gesamte Rohstoffverbrauch je Einwohner liegt in Baden-Württemberg deutlich unter dem Bundeswert.



3

Häusliche Abfälle



DEFINITION

Häusliche Abfälle bestehen aus verschiedenen Fraktionen. Für den Indikator wird das Aufkommen von Haus- und Sperrmüll, der Anteil der getrennt erfassten Wertstofffraktionen (z. B. Verpackungen, Glas oder Papier) sowie die Abfälle aus der Biotonne berücksichtigt. Die Darstellung erfolgt in Kilogramm pro Einwohner und Jahr (kg/EWa). Die im Rahmen des Zensus 2011 erhobene Bevölkerungszahl für Baden-Württemberg liegt um etwa 2,5 % niedriger als die auf Basis der Volkszählung von 1987 fortgeschriebenen Einwohnerzahlen. Dadurch entsteht auch in der Darstellung des einwohnerbezogenen Indikators im Jahr 2011 ein Sprung.

BESCHREIBUNG

Der Verbrauch natürlicher Ressourcen ist ein globales Problem mit regionalen Ursachen und Folgen. Ein beständig zu hoher Verbrauch an Ressourcen (z. B. Rohstoffe, Energie), deren zu wenig effiziente Nutzung und nicht optimierte Stoffkreisläufe können bei gleichzeitig zu geringer Substitution oder Regeneration zu Ressourcenmangel führen. Mit der Herstellung und der Verteilung von Produkten werden insbesondere Rohstoffe wie Erdöl und Metalle sowie Energie verbraucht. Nach dem Gebrauch der Produkte sind diese als Abfall zu entsorgen (Sammlung, Verwertung, Beseitigung). Neben der Vermeidung von Abfällen kommt damit der Rückführung von Rohstoffen in den Wirtschaftskreislauf z. B. durch Recycling eine zentrale Rolle zu. Sie hat Vorrang vor der energetischen Verwertung von Abfällen durch Verbrennen und der Beseitigung durch Deponierung. Das Aufkommen an häuslichen Abfällen beschreibt den Bereich des Konsums und den daraus resultierenden Entsorgungsbedarf, der von jedem Einzelnen unmittelbar beeinflusst werden kann.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Im Jahr 2014 wurden in Baden-Württemberg rund 3,8 Mio. Tonnen (t) häusliche Abfälle über die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger erfasst. Das waren insgesamt 356 kg je Einwohner. Davon entfielen 143 kg auf Haus- und Sperrmüll und 167 kg auf getrennt erfasste Wertstoffe. Mit 46 kg pro Einwohner und Jahr lag die Menge der erfassten Bioabfälle noch deutlich unter dem für 2020 angestrebten Ziel von 60 kg/EWa. Zum Jahresende 2015 sind jedoch vier weitere Kreise bei der

getrennten flächendeckenden Bioabfallsammlung hinzugekommen, sodass ab 2016 deutlich höhere Erfassungsmengen erwartet werden können. Seit Inkrafttreten des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes im Jahr 1996 ist die anfallende Haus- und Sperrmüllmenge pro Kopf in Baden-Württemberg um 14 % gesunken. Dies ist in erster Linie auf die Ausweitung der getrennten Erfassung von Wertstoffen und Bioabfällen zurückzuführen. Die insgesamt erfasste Menge häuslicher Abfälle blieb in etwa konstant.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



4

Täglicher Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche



DEFINITION

Dargestellt wird die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) in Hektar pro Tag (ha/d).

Die SuV setzt sich aus folgenden Kategorien des Liegenschaftskatasters zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauand, Erholungsfläche, Friedhofsfläche sowie Verkehrsfläche. Knapp die Hälfte der SuV ist versiegelt. Dabei wird die versiegelte Fläche mittels eines Schätzverfahrens, das den Versiegelungsanteil der unterschiedlichen Nutzungsarten und die Besiedelungsdichte berücksichtigt, ermittelt.

BESCHREIBUNG

Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche, die Flächenneuanspruchnahme, steht als wichtiger Indikator für die Nachhaltigkeit der Raumnutzung. Sie beschreibt die Umnutzung von Freiflächen, in der Regel vormals forst- und landwirtschaftlich genutzte Areale, in Siedlungs- und Verkehrsfläche. Dabei gehen, insbesondere mit der Versiegelung von Flächen, ökologische Funktionen des Bodens selbst wie auch Lebensräume für Flora und Fauna verloren. Auswirkungen treten in der Regel schleichend und über längere Zeiträume auf.

Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche ist darüber hinaus oft verbunden mit der Abnahme der Siedlungsdichte, einer Zunahme des Verkehrsaufkommen und des Energieverbrauchs und dem kostenträchtigen Ausbau von Infrastruktur. Die Flächenneuanspruchnahme indiziert daher auch Entwicklungen, die über die in Anspruch genommenen Flächen hinausgehen.

Die Bundesregierung hat mit 30 Hektar maximaler täglicher Flächenneuanspruch-

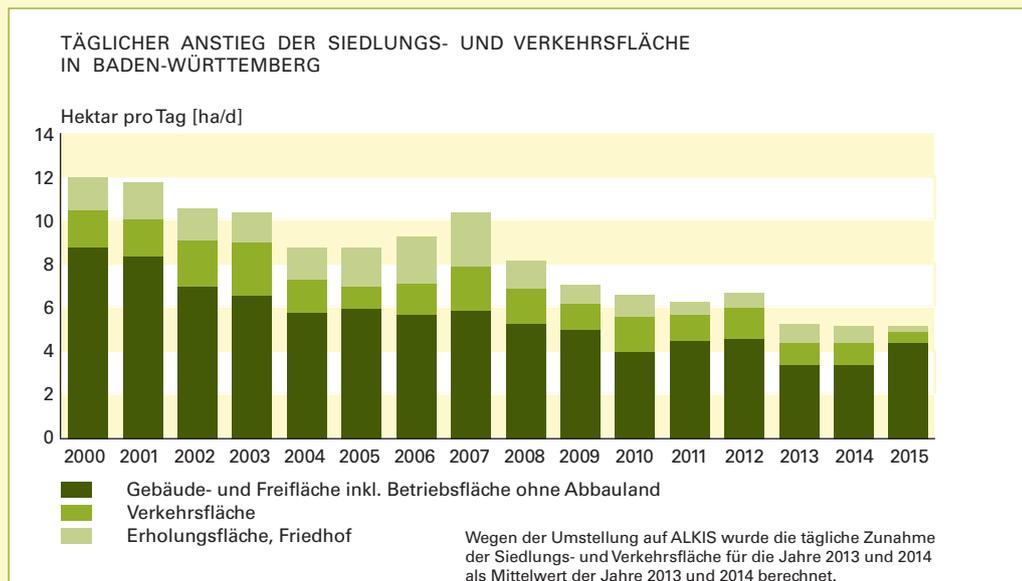
nahme im Jahr 2020 ein anspruchsvolles Ziel formuliert. Für Baden-Württemberg leitet sich daraus für 2020 ein Zielwert von 3 Hektar pro Tag ab. Langfristiges Ziel für Baden-Württemberg ist die Netto-Null.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Im Jahr 2015 wurde in Baden-Württemberg täglich eine Fläche von 5,2 Hektar für Bau- maßnahmen beansprucht. Das entspricht einem täglichen Zuwachs an Siedlungs-

und Verkehrsfläche in der Größenord- nung von mehr als sieben Fußballplätzen (70 m mal 100 m). Die täglichen Zuwachs- raten der SuV sind seit dem Jahr 2000 ins- gesamt rückläufig.

Der Anteil der SuV an der Landesfläche betrug 2015 14,4 %. Davon entfielen 7,9 % auf die Gebäude- und Freifläche inkl. Betriebs- fläche ohne Abbauland sowie 5,5 % auf die Verkehrsfläche.



Stickstoffdioxidbelastung im städtischen Hintergrund



DEFINITION

Dargestellt wird die Stickstoffdioxidbelastung im städtischen Hintergrund als langfristige, mittlere Luftbelastung in städtischen Gebieten unabhängig von einzelnen lokalen Spitzenwerten. Zum Vergleich sind auch die mittleren Stickstoffdioxidkonzentrationen an hochbelasteten Straßenabschnitten und in den quellfernen, unbelasteten Höhenlagen des Schwarzwaldes aufgenommen. Die Berechnung erfolgte auf der Grundlage von Messdaten aus den Stationen des städtischen Hintergrunds bzw. von Messstationen in Verkehrsnähe als arithmetischer Mittelwert der Jahresmittelwerte in Mikrogramm pro Kubikmeter ($\mu\text{g}/\text{m}^3$). Für die Hintergrundbelastung in ländlichen Gebieten steht die Messstation Schwarzwald-Süd.

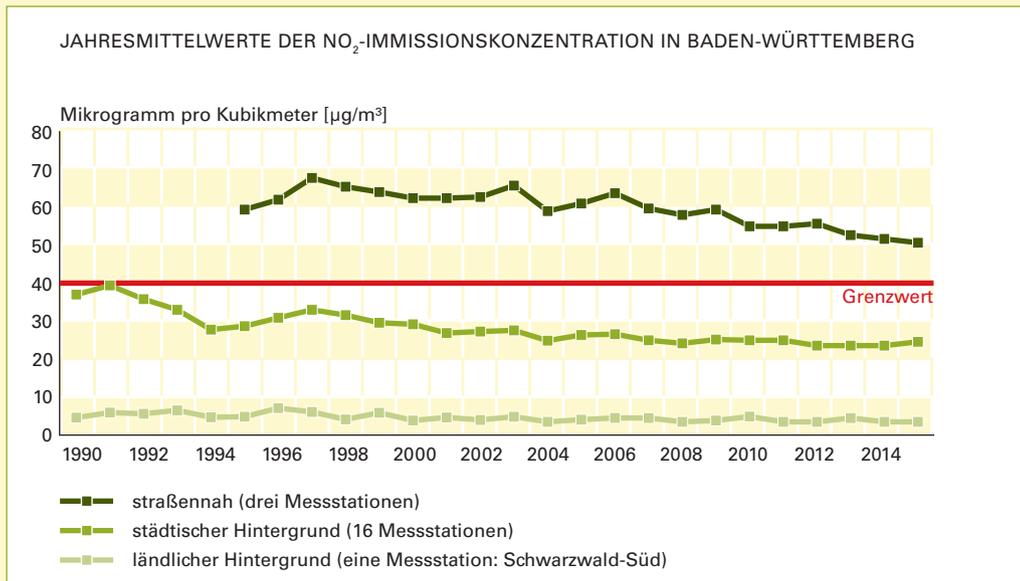
BESCHREIBUNG

Die im städtischen Hintergrund gemessenen Schadstoffkonzentrationen sind für einen Großteil der Stadtfläche repräsentativ und entsprechen damit dem Schadstoffniveau, dem die Mehrzahl der Stadtbewohner ausgesetzt ist. Der Luftschadstoff Stickstoffdioxid (NO_2) ist aufgrund seiner gesundheitlichen Wirkung von besonderer Bedeutung zur Beurteilung der Immissionsbelastung in Städten. Erhöhte NO_2 -Konzentrationen können beim Menschen zu Reizungen der Atemwege führen. NO_2 ist zudem eine wichtige Vorläufersubstanz für die sommerliche Ozonbildung in den bodennahen Luftschichten. In Baden-Württemberg verursacht der Verkehr – und hier vor allem der Straßenverkehr – knapp 50 % der Stickstoffoxidemissionen. Weitere wichtige Quellen von Stickstoffoxiden sind große Kraft- und Heizwerke, die Zementindustrie und die Mineralölverarbeitung. Es spielen aber auch Emissionen aus sonstigen technischen Einrichtungen, privaten Haushalten und biogenen Systemen eine Rolle.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Seit Anfang der 1990er Jahre ist ein leicht abnehmender Trend bei der Stickstoffdioxidbelastung im städtischen Hintergrund (16 Messstationen) erkennbar. Die Entwicklung ähnelt somit derjenigen anderer Luftschadstoffe, z. B. Partikel PM_{10} (Feinstaub). Im Jahr 2015 lag der Jahresmittelwert von NO_2 bei $25 \mu\text{g}/\text{m}^3$ und damit auf einem seit 2010 nahezu gleichbleibenden Niveau. Die

höchsten NO_2 -Konzentrationen werden nicht im städtischen Hintergrund, sondern an Straßen mit hohem Verkehrsaufkommen und geschlossener Randbebauung gemessen. Hier wird der Grenzwert von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ im Jahresmittel immer noch deutlich überschritten. Es ist deshalb erforderlich, insbesondere dort die Belastung weiter zu reduzieren. In ländlichen Gebieten werden nur geringe NO_2 -Konzentrationen gemessen.



Datenquelle: LUBW



6

Treibhausgasemissionen



DEFINITION

Der Indikator Treibhausgasemissionen erfasst die Emissionen von drei der sechs so genannten Kyoto-Gase: Kohlendioxid (CO_2), Methan (CH_4) und Distickstoffoxid (N_2O) in Tonnen CO_2 -Äquivalenten. Die Darstellung des Indikators erfolgt als Index (1990 = 100). Um die Mengen der unterschiedlichen Gase vergleichbar zu machen, wird die Klimawirksamkeit der einzelnen Gase mit ihrem spezifischen Treibhauspotenzial auf die Wirkung der entsprechenden Menge an CO_2 umgerechnet. Methan wird dabei mit dem Faktor 21 multipliziert, N_2O mit dem Faktor 310. Die hier nicht berücksichtigten Kyoto-Gase machen deutschlandweit nur ca. 1,5 % der gesamten Treibhausgase aus und werden daher nicht dargestellt.

BESCHREIBUNG

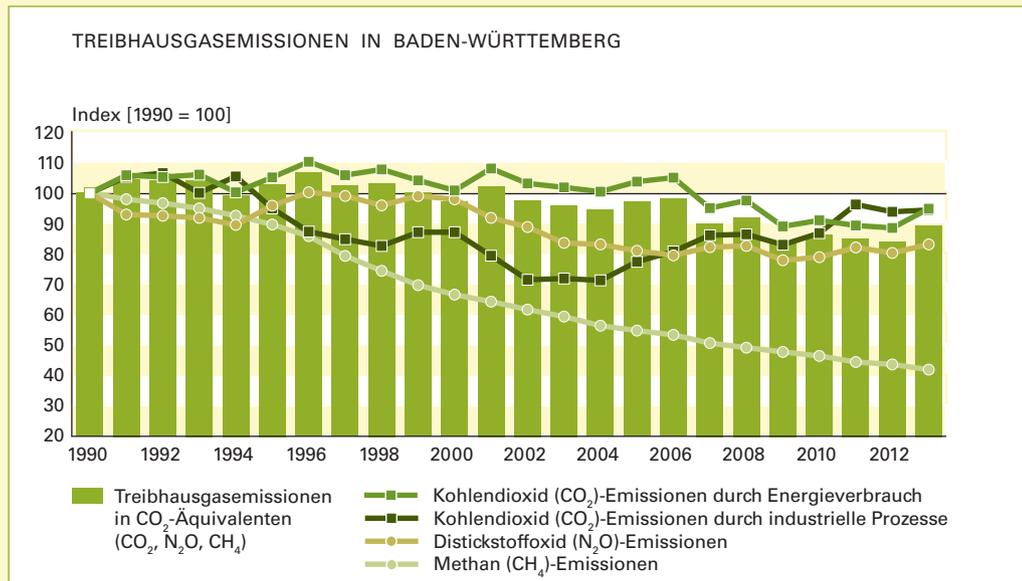
Treibhausgase (THG) sind verantwortlich für den Treibhauseffekt. Vom Menschen verursachte Emissionen verstärken die Erwärmung der Erdatmosphäre. Die damit einhergehende globale Klimaänderung hat nachhaltige Auswirkungen auf die Ökosysteme sowie damit verbunden erhebliche wirtschaftliche und soziale Folgen. Vor diesem Hintergrund wurde im Paris-Abkommen das Ziel formuliert, die globale Erwärmung langfristig auf höchstens 2°C , verglichen mit vorindustriellen Werten, zu begrenzen. Um dies zu erreichen, müssen die jährlichen Treibhausgasemissionen weltweit deutlich gesenkt werden.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die Emissionen an Treibhausgasen lagen 2013 um 5,2 Millionen Tonnen (t) oder 6,2 % höher als im Vorjahr. Dieser vergleichsweise starke Anstieg der THG-Emissionen wurde hauptsächlich durch eine außerordentliche Steigerung des Einsatzes von Steinkohle in der Stromerzeugung im Land verursacht. Vorläufige Berechnungen für das Jahr 2014 zeigen zwar einen erneuten Rückgang der THG-Emissionen um 6,2 %. Jedoch sind die aktuellen

Rahmenbedingungen, wie beispielsweise die anhaltend niedrigen Energie- und CO₂-Zertifikatepreise sowie fehlende Impulse von der Bundesebene, ungünstige Voraussetzungen für weitere Treibhausgasminderungen im Land. Mit einem Anteil von insgesamt 91 % (bezogen auf die Treibhauswirksamkeit) leistet CO₂ den größten Beitrag zu den THG-Emissionen. Hiervon wurden 2013 wiederum 96 % durch die Erzeugung von Energie – sowohl für die Erzeugung von Wärme und Strom als auch

für den Verkehr – verursacht. In dem im Jahr 2013 in Kraft getretenen Klimaschutzgesetz hat sich Baden-Württemberg zum Ziel gesetzt, die Gesamtsumme der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 % im Vergleich zum Jahr 1990 zu verringern. Bis zum Jahr 2050 wird eine Minderung um 90 % angestrebt. Bis zum aktuellen Berichtsjahr 2013 wurde eine Minderung um knapp 10 % gegenüber 1990 erreicht, 2014 ergeben die vorläufigen Werte eine Minderung um rund 15 %.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



7

Temperaturentwicklung



DEFINITION

Der Indikator Temperaturentwicklung wird häufig zur Darstellung des Klimawandels herangezogen. Die Jahresmitteltemperatur für Baden-Württemberg wird vom Deutschen Wetterdienst aus dem Durchschnitt der zwölf Monatsmitteltemperaturen für die verschiedenen Wetterstationen im Land errechnet. An den Wetterstationen wird die Lufttemperatur in Bodennähe in einer Höhe von 2 m über Grund gemessen. Aufgrund der orographischen Vielfalt in Baden-Württemberg können die regionalen Mittelwerte von dieser Jahresmitteltemperatur abweichen. Gleichwohl ist die Jahresmitteltemperatur geeignet, die langfristige Veränderung des Klimas im Land zu verdeutlichen.

BESCHREIBUNG

Im aktuellen 5. Sachstandbericht stellt der International Panel of Climate Change (IPCC) fest, dass die Erwärmung des Klimasystems eindeutig ist und viele der seit den 1950er Jahren beobachteten Veränderungen vor Jahrzehnten bis Jahrtausenden nicht aufgetreten sind. Die Klimaveränderungen haben verschiedenartigste Auswirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

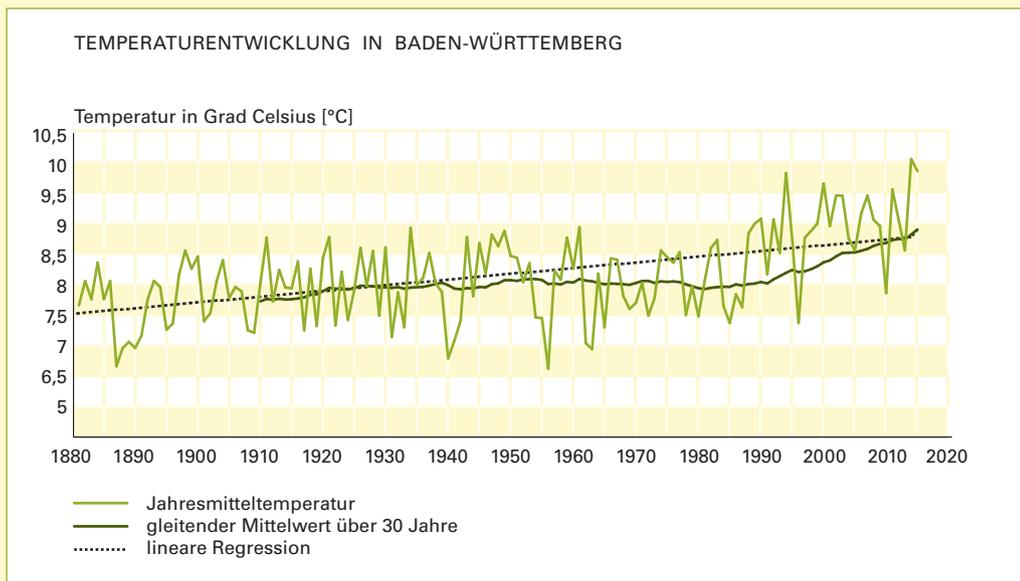
Auch in Baden-Württemberg setzte sich der langjährige Trend der Erwärmung fort. Beim Vergleich einzelner Jahre und einzelner Jahrzehnte zeigt sich aber auch eine große Variabilität der Jahresmitteltemperaturen, die auf natürliche Schwankungen zurückgeführt wird. Um eine langfristige Änderung des Klimas von diesen natürlichen Schwankungen abzugrenzen, werden deswegen die Mittelwerte für 30-jährige Zeiträume verglichen. In den letzten Jahrzehnten sind diese 30-jährigen Mittelwerte annähernd stetig angestiegen. Seit dem Beginn des letzten Jahrhunderts hat die Jahresmitteltemperatur um fast 1,2 °C zugenommen. Trotz



der regionalen Abweichung ist an allen Wetterstationen im Land der Trend zur Erwärmung festzustellen.

Das Jahr 2014 war mit einer Mitteltemperatur von 10,1 °C das bisher wärmste in Baden-Württemberg, gefolgt vom Jahr 2015 mit einer Mitteltemperatur von 9,9 °C. Damit lagen beide Werte deutlich über dem Wert von 8,1 °C der offiziellen Klimanormalperiode von 1961 bis 1990.

Wenn es nicht gelingt, die Treibhausgasemissionen ausreichend zu begrenzen, können die Jahresmitteltemperaturen nach Auswertungen der LUBW bis zur Mitte des Jahrhunderts um weitere 0,8 °C bis 1,7 °C steigen.



Datenquelle: DWD





DEFINITION

Dargestellt wird der Anteil der deutlich geschädigten Bäume der Stufe 2 (mittelstark geschädigt) und höher in Prozent (%). Die Erfassung der Waldschäden basiert vor allem auf einer Beurteilung der Baumkronen, da der Kronenzustand als Weiser für den Vitalitätszustand der Wälder dient. Als wichtigste Kriterien werden hierbei der Nadel-/Blattverlust und die Vergilbung der Blattoorgane vom Boden aus eingeschätzt (Terrestrische Waldschadensaufnahme). Die Bewertung des Waldzustandes erfolgt in fünf Schadstufen von 0 = ungeschädigt bis 4 = abgestorben. Bei der Bewertung des Waldzustandes werden darüber hinaus auch andere „Vitalitätskennzeichen“ wie die Naturnähe, die Baumartenmischung und Totholzanteile aus den Bundeswaldinventuren berücksichtigt.

BESCHREIBUNG

Mit einer Waldfläche von 1,4 Mio. Hektar (ha), das sind 38 % der Landesfläche, zählt Baden-Württemberg zu den walddreichen Bundesländern. Der Wald ist Ort der Erholung und Freizeitgestaltung und erfüllt wichtige Funktionen im Bereich Naturschutz, Bodenschutz und Wasserschutz.

Die bestehende Bodenversauerung, Schadstoff- und erhöhte Nährstoffeinträge in Form von Stickstoff aus der Luft sowie zunehmend der Klimawandel und die damit einhergehenden Wetterextreme bedeuten Stress für die Wälder und machen sie auch anfälliger für Schädlingsbefall.

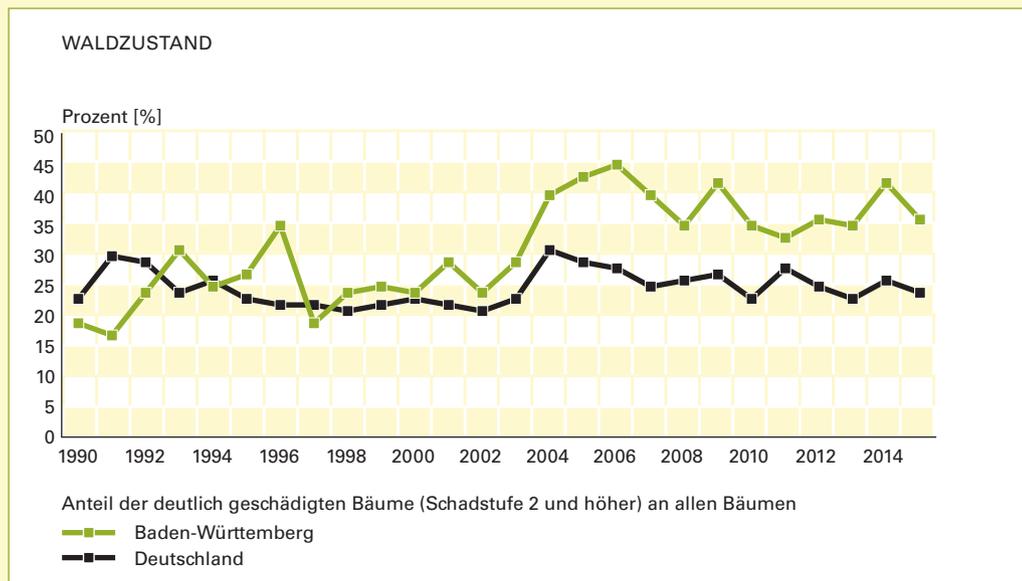
TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Der Anteil deutlich geschädigter Bäume verbesserte sich im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr von 42 % auf 36 %. Trotz dieses Rückgangs liegt der Wert in Baden-Württemberg seit nunmehr bald 20 Jahren über dem bundesdeutschen Mittelwert. Bedingt ist dies zum einen durch die Folge ungewöhnlich trockener Jahre, die im Südwesten ausgeprägt auftraten, zum anderen durch die zunehmend

stärkere Fruktifikation der Buche, die sich in einem schlechteren Kronenzustand niederschlägt.

Zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Wälder hat Baden-Württemberg mit dem Konzept der naturnahen Waldbewirtschaftung den Anteil naturnaher Bestockungen in den letzten Jahren erhöht und lag bei der Bundeswaldinventur III im Jahr 2012 auf einem im Bundesvergleich sehr hohen Niveau von 50,4 %. Für nahezu alle Parameter

bezüglich Naturnähe wurden Verbesserungen gegenüber der letzten Inventur aus dem Jahr 2002 festgestellt. Rund 6,7 Mio. Biotopbäume (etwa 5 Stück je ha), die von hohem ökologischem Wert sind und zur biologischen Vielfalt beitragen, finden sich in Baden-Württembergs Wäldern. Auch der Totholzvorrat, ein wichtiger Lebensraum für Pilze, Flechten, Insekten und Vögel, erreicht mit 28,8 m³ je ha in Baden-Württemberg den im Bundesvergleich höchsten Wert.





DEFINITION

Dargestellt ist der Anteil der bundeseinheitlich nach Naturschutzrecht streng geschützten Gebiete an der Landesfläche in Prozent (%). Einbezogen werden Naturschutzgebietsflächen gemäß § 23 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), Nationalparke gemäß § 24 BNatSchG und Biosphärenreservate bzw.-gebiete gemäß § 25 BNatSchG bzw. § 28 NatSchG (nur Kern- und Pflegezonen). Bei Überschneidungen wird der mehrfach geschützte Flächenanteil nur einmal mitgezählt. Eine Aussage zum Zustand der Normallandschaft erlaubt zukünftig die Betrachtung der Bestandsentwicklung repräsentativer Vogelarten. Für Baden-Württemberg liegen die Daten für diesen Indikator jedoch noch nicht in der vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit empfohlenen Methodik vor.

BESCHREIBUNG

Um die biologische Vielfalt nachhaltig zu sichern, sind ausreichend große Flächen erforderlich, auf denen sich die Natur ohne belastende Eingriffe des Menschen entfalten kann – streng geschützte Gebiete mit „Vorrang für Natur“. Die Ausweisung von Schutzgebieten gehört deshalb zu den wichtigsten Instrumenten des Naturschutzes. Ihr Flächenanteil sagt etwas aus über die Aktivitäten der Länder zur Erhaltung, Wiederherstellung und Entwicklung von Existenzmöglichkeiten für empfindliche Arten und Biotope.

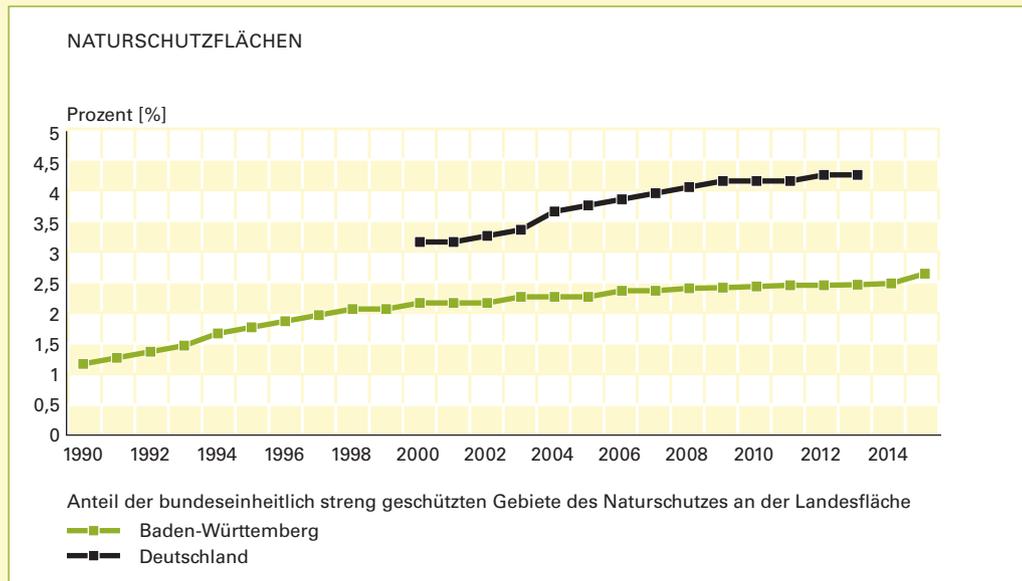
TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Der Anteil der Naturschutzflächen an der Landesfläche hat sich seit 1990 stetig erhöht. Die Ausweisung des Nationalparks Schwarzwald im Jahr 2014 führte zu einer deutlichen Ausweitung der Naturschutzflächen auf 2,68 % der Landesfläche.

Den Erfolgen des Natur- und Artenschutzes, die sich bei der Ausweitung der Naturschutzflächen und auch durch Erholung der Brutbestände von Flaggschiffarten wie dem Weißstorch oder dem Wanderfalken abbilden,

steht eine wachsende Gefährdung ehemals häufiger und weitverbreiteter Arten der Normallandschaften innerhalb wie außerhalb der streng geschützten Gebiete gegenüber. Unter anderem auf die zunehmende Intensivierung der Landnutzung ist es zurückzuführen, dass etwa 40 % der Landesfauna und -flora in Baden-Württemberg als gefährdet einzustufen sind. Bei Säugetieren beträgt der Anteil der gefährdeten Arten sogar 50 %, bei Kriechtieren über 70 %. Auch bei den sehr artenreichen Farn- und Blütenpflanzen liegt

der Anteil gefährdeter Arten bei knapp 40 %. Besonders dramatisch stellt sich die Situation in der offenen Agrarlandschaft dar. Durch die starke Reduzierung der Nahrungsbasis im gesamten Jahresverlauf in Folge des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln sowie die Reduktion der Fruchtfolgen und der Kulturpflanzenvielfalt in Verbindung mit dem Rückgang von Landschaftselementen, Ackerbrachen und des strukturreichen Grünlandes geraten typische Artengruppen dieser Lebensräume weiter zunehmend unter Druck.



Datenquelle: LUBW





DEFINITION

Angegeben wird der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen Baden-Württembergs an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Prozent (%). Grundlage hierfür ist die EG-Öko-Verordnung („Verordnung Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen“).

BESCHREIBUNG

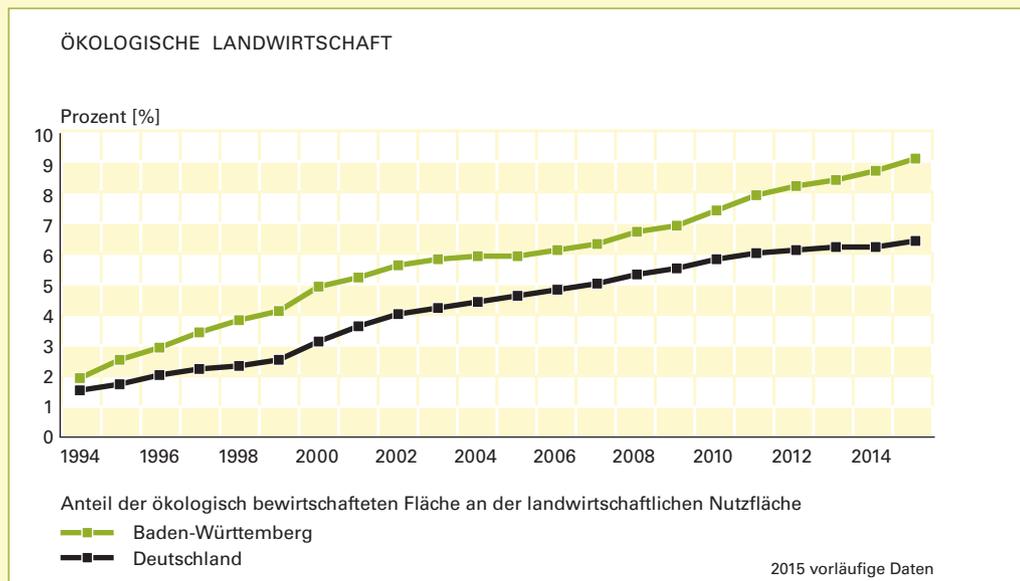
Im ökologischen Landbau kommt dem Boden besondere Bedeutung zu. Die Steigerung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit durch Kulturmaßnahmen, die die Gesetzmäßigkeiten der Bodenregeneration und die langen Zeiten der Bodenbildung beachten, ist Grundlage einer dauerhaften Ertragsfähigkeit und damit nachhaltiger Wirtschaftsweise. Der Verzicht auf den Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutz- und Düngemittel schont die Gewässer und trägt zur Vielfalt der Arten und Lebensgemeinschaften bei. Die EG-Öko-Verordnung beinhaltet die Grundregeln des ökologischen Landbaus. Damit gibt sie für den ökologischen Landbau in der Europäischen Union einen einheitlichen Standard für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel sowohl pflanzlicher als auch tierischer Herkunft vor.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Der Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen lag 2015 bei insgesamt 9,2 %, die von 7130 Betrieben bewirtschaftet werden. Damit liegt Baden-Württemberg deutlich über dem Bundesschnitt von 6,5 %. Der Zuwachs der ökologisch bewirtschafteten Fläche betrug in den letzten zehn Jahren in Baden-Württemberg damit nahezu 50 %. Der hohen Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher nach Lebensmitteln aus öko-

logischer Erzeugung steht allerdings immer noch ein begrenztes Angebot von heimischen Erzeugern gegenüber.

Um die Umstellung und Beibehaltung des Ökolandbaus weiterhin zu fördern, hat die Landesregierung 2012 den Aktionsplan ‚Bio aus Baden-Württemberg‘ aufgelegt. Er soll die Rahmenbedingungen für bereits ökologisch wirtschaftende Betriebe verbessern und den Neueinstieg im Ökolandbau erleichtern.



Datenquelle: BMEL, RP Karlsruhe





DEFINITION

Dargestellt wird der Anteil der Messstellen mit einem Nitratgehalt über 50 Milligramm pro Liter (mg/l) sowie der Anteil der Messstellen mit einem Nitratgehalt über 25 mg/l. Die Messstellen mit Nitratgehalten über 50 mg/l sind eine Teilmenge der Messstellen mit Nitratwerten größer 25 mg/l. Grundlage für die Berechnung sind 120 seit 1994 durchgehend beprobte Messstellen in ganz Baden-Württemberg. Die Daten dieses Messnetzes werden auch für die jährliche Berichterstattung an die Europäische Umweltagentur (EUA) herangezogen.

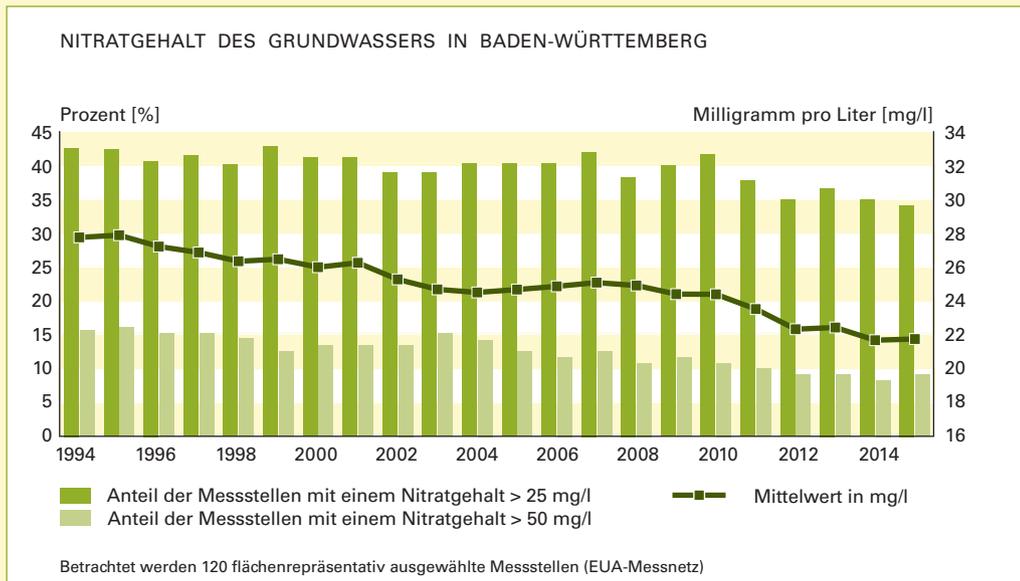
BESCHREIBUNG

In Baden-Württemberg werden über 70 % des Trinkwassers aus Grund- und Quellwasser gewonnen. Stickstoff aus der landwirtschaftlichen Düngung kann im Grundwasser erhöhte gesundheitsschädliche Nitratgehalte verursachen. Außerdem verändern sich die Lebensraumfunktionen der Gewässer durch Nährstoffeinträge. Andauernde hohe Einträge führen zur Eutrophierung. Mit der Nitratbelastung als Indikator lassen sich die Auswirkungen von Schutzmaßnahmen zur Verminderung des Eintrages diffuser Stoffe aus der Landwirtschaft auf die Grundwasserbeschaffenheit dokumentieren. Insbesondere die Resultate durch Veränderungen in landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsformen werden langfristig durch die Entwicklung der Nitratgehalte belegt.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Nach der europäischen Wasserrahmenrichtlinie gilt der Zustand des Gewässers als gut, wenn die Nutzbarkeit des Grundwassers erhalten ist und u. a. die Nitratkonzentration 50 mg/l nicht überschreitet. Diese Konzentration ist in der Grundwasserverordnung als Schwellenwert festgelegt. In Baden-Württemberg zeigt der Anteil der Messstellen, an denen ein Nitratgehalt über 50 mg/l gemessen

wurde, einen rückläufigen Trend, der jedoch Schwankungen unterliegt. Im Jahr 2015 wurde der Schwellenwert der Grundwasserverordnung an elf Messstellen überschritten. Der Nitratmittelwert der 120 Messstellen zeigt ebenfalls insgesamt einen rückläufigen Trend. Nach einem Anstieg der Nitratgehalte nach dem Trockenjahr 2003 nehmen die Nitratmittelwerte seit 2007 wieder ab.





DEFINITION

Als erneuerbare Energien werden Energien aus Quellen bezeichnet, die entweder permanent vorhanden sind, sich kurzfristig von selbst erneuern oder deren Nutzung nicht zur Erschöpfung der Quelle beiträgt. Zu den erneuerbaren Energien zählen u. a. Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie, Geothermie, Biomasse und der biologisch abbaubare Anteil von Haushaltsabfällen.

Dargestellt wird der Anteil erneuerbarer Energie am Primärenergieverbrauch in Prozent (%). Primärenergieverbrauch beschreibt die Energieträger in ihrer ursprünglichen Form, z. B. als Kohle, Rohöl oder Biomasse.

BESCHREIBUNG

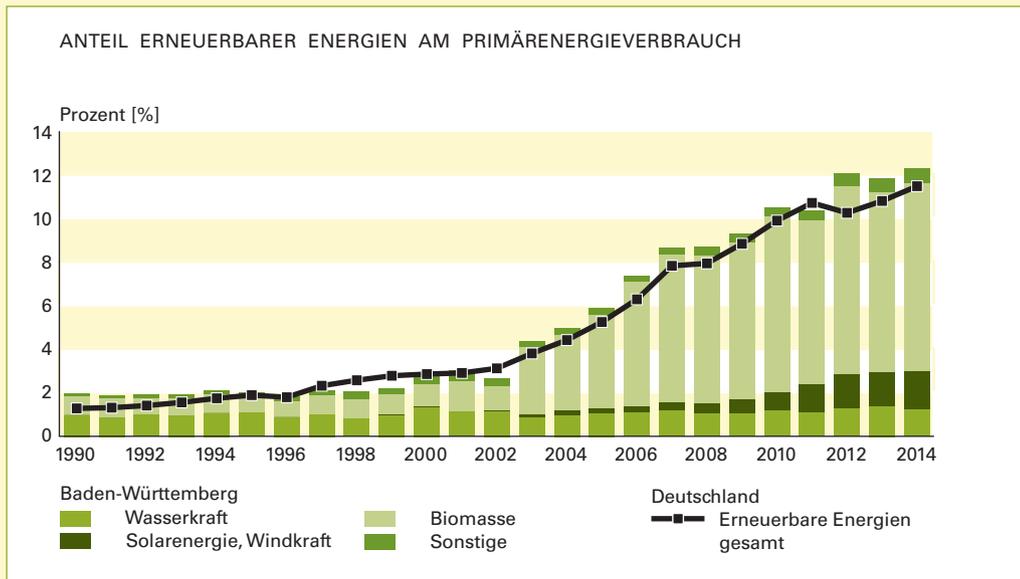
Die erneuerbaren Energien stellen neben der Energieeinsparung und der Steigerung der Energieeffizienz den entscheidenden Baustein in der Energiewende dar. Durch die Umstellung auf erneuerbare Energieträger können der Ausstoß von Treibhausgasen reduziert und der Verbrauch von fossilen Energieträgern gesenkt werden. Damit verdeutlicht der Anteil erneuerbarer Energie am Primärenergieverbrauch den Beitrag zum Klimaschutz und zur Ressourceneinsparung auf dem Gebiet der Energieerzeugung. Gleichzeitig reduziert der Umstieg auf Energiequellen, die sich selbst regenerieren, gegenüber fossilen Energieträgern die Abhängigkeit von Energieimporten.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die Bedeutung erneuerbarer Energieträger für die Energieversorgung in Baden-Württemberg ist in den letzten zehn Jahren deutlich gewachsen. Im Jahr 2014 lag der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch in Baden-Württemberg bei 12,3 %. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte die Energiegewinnung aus Biomasse, deren Anteil am Primärenergieverbrauch seit 1990 von knapp 1 % auf 8,6 % stieg. Damit stam-

men 70 % der erneuerbaren Primärenergie aus Biomasse. Den größten Anteil hat hierbei bisher die Nutzung von Holz als Brennstoff in Feuerungen.

Der Anteil der Solarenergie und Windkraft am Primärenergieverbrauch konnte seit 2010 mehr als verdoppelt werden. Mit einem Beitrag von 1,8 % zum Primärenergieverbrauch ist der Anteil jedoch immer noch vergleichsweise gering.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



Endenergieverbrauch privater Haushalte



DEFINITION

Dargestellt wird der Endenergieverbrauch des Sektors private Haushalte in Gigajoule pro Einwohner und Jahr (GJ/EW). Der Endenergieverbrauch für die privaten Haushalte ist Teilmenge des Endenergieverbrauchs privater Haushalte und Kleinverbraucher, der Bestandteil der Energiebilanz ist. Das Herausrechnen des Endenergieverbrauchs der privaten Haushalte erfolgt durch den Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder mit Hilfe eines von ihm entwickelten Rechenverfahrens. Angaben über den Energieverbrauch dieser Verbrauchergruppe stehen nur aufgrund abgeleiteter statistischer Ermittlungen zur Verfügung. In der Energiebilanz werden daher die Lieferungen an diese Verbrauchergruppe dem Endenergieverbrauch gleichgesetzt.

BESCHREIBUNG

Endenergie ist die durch Umwandlung bzw. Aufbereitung aus den Primärenergieträgern gewonnene Energie, die dem Verbraucher zur Erzeugung von Nutzenergie wie Wärme oder Licht dient. Dies sind zum Beispiel Fernwärme, Strom oder Mineralölprodukte.

Rund 35 % des Endenergieverbrauchs entfällt auf den Gebäudebereich. Damit haben private Haushalte einen erheblichen Anteil am Endenergieverbrauch und an den energiebedingten Treibhausgasemissionen. Sie bergen ein beträchtliches Potential zur Senkung der Treibhausgasemissionen durch Maßnahmen zur Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energieträger.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Den mit 68 % größten Anteil der Endenergie benötigen die privaten Haushalte zur Raumwärme- und Warmwasserbereitung. Dementsprechend ist der Endenergieverbrauch privater Haushalte stark von der Witterung abhängig. So ist z. B. der niedrige Endenergieverbrauch im Jahr 2007 in erster Linie auf die

milden Temperaturen in diesem Jahr zurückzuführen.

Auch im Jahr 2014 war die Witterung außergewöhnlich mild, mit einer Mitteltemperatur von 10,1 °C war es das wärmste Jahr in Baden-Württemberg seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Der dadurch geringere Heizbedarf führte zu einem vergleichsweise niedrigen

Endenergieverbrauch von 25,7 GJ pro Einwohner, das ist der niedrigste Wert seit 1991.

Etwa ein Viertel des Endenergieverbrauchs privater Haushalte wird durch den Stromverbrauch verursacht. Er lag 2014 bei 5,5 GJ/EW, der übrige Endenergieverbrauch umfasste 20,2 GJ/EW.





DEFINITION

Die Energieproduktivität ergibt sich aus der wirtschaftlichen Leistung, dargestellt durch das Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet), bezogen auf den Primärenergieverbrauch. Um die Größen vergleichbar zu machen und ihre Entwicklung im Zeitablauf darzustellen, werden sie als Indexgrößen dargestellt (Basisjahr 1991 = 100).

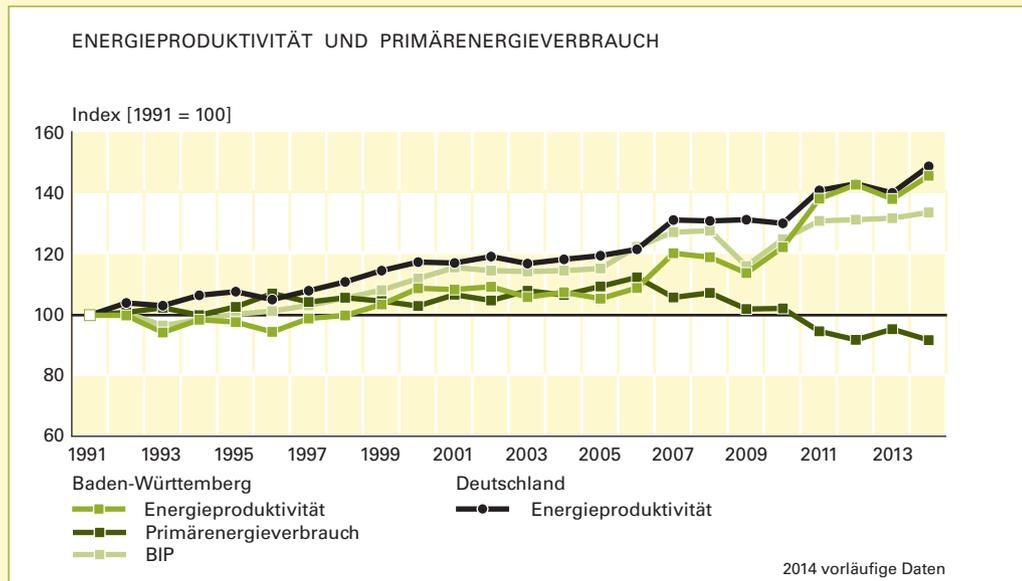
BESCHREIBUNG

Die Energieproduktivität stellt ein Maß für die Effizienz der Energieverwendung dar. Sie zeigt, wie viel Euro wirtschaftlicher Leistung pro Einheit Primärenergie erzeugt wird und gilt damit als Maßstab für die Effizienz einer Volkswirtschaft im Umgang mit den Energieressourcen: Je mehr volkswirtschaftliche Leistung (BIP) aus einer Einheit eingesetzter Primärenergie erwirtschaftet wird, umso effizienter geht die Volkswirtschaft mit Energie um.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die Energieproduktivität ist von strukturellen Effekten abhängig. Eine von Dienstleistung geprägte Wirtschaft erreicht eine höhere Energieproduktivität als eine von energieintensiven Industriezweigen dominierte. Der Strukturwandel und die Abschaltung alter, ineffektiver Anlagen in den neuen Bundesländern in den 1990er Jahren führte dort zu einem z. T. steilen Anstieg der Energieproduktivität, was sich auch in der Entwicklung für Deutschland niederschlägt.

In Baden-Württemberg hat sich die Energieproduktivität seit 1991 um 45,7 % erhöht, mehr als die Hälfte davon allein in den Jahren 2010 und 2011. Durch diesen deutlichen Anstieg erreichte die Energieproduktivität in Baden-Württemberg das Niveau der Energieproduktivität in Deutschland. Die Entwicklungen laufen seither in etwa parallel.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg





Subjektive Indikatoren: Umweltschutz und Klimawandel

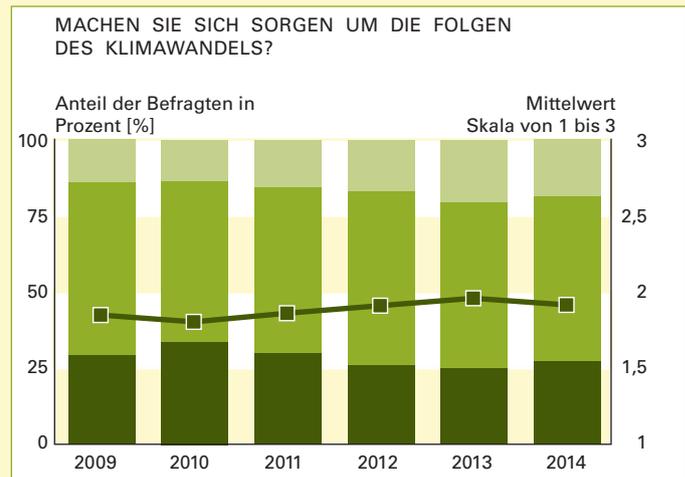
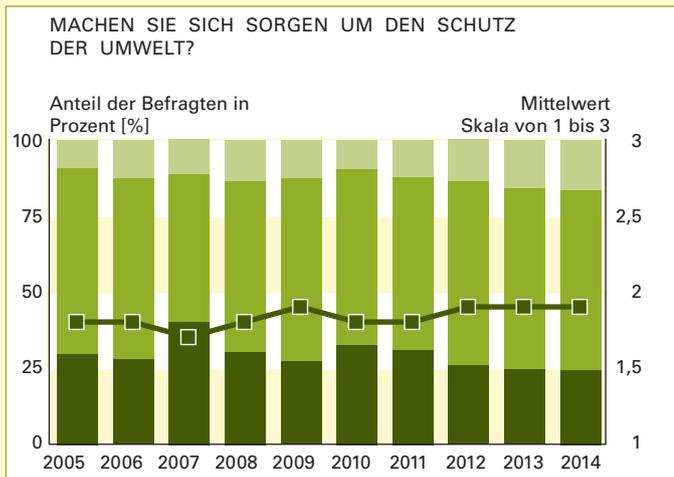
Subjektive Indikatoren spiegeln die persönlichen Einstellungen der Menschen wider. Sie basieren auf einer repräsentativen Wiederholungsbefragung des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), die bereits seit 25 Jahren durchgeführt wird. Jährlich werden in Baden-Württemberg rund 2500 Personen aus rund 1400 Haushalten befragt. Im Bereich „Umweltschutz und Klimawandel“ wurden zwei Meinungsbilder aus dem SOEP herausgegriffen, die nach der Sorge der Menschen um den Schutz der Umwelt bzw. die Folgen des Klimawandels fragen.

Im Jahre 2014 machte sich insgesamt ein Viertel der Menschen in Baden-Württemberg „große Sorgen“ sowie knapp 60 % „einige Sorgen“ um den Schutz der Umwelt, wohingegen nur 17 % der Bürgerinnen und Bürger angaben, sich „keine Sorgen“ zu machen. Der Anteil der Befragten, die sich große Sorgen um den Schutz der Umwelt machen, unterliegt erheblichen Schwankungen. So stieg der Anteil von 30 % im Jahr 2005 nur zwei Jahre später auf 40 %, um dann auf 27 % im Jahr 2009 zu sinken. 2014 liegt der Anteil bei

25 %. Auch beim Anteil derer, die sich „einige Sorgen“ machen, sind starke Schwankungen zu verzeichnen. Insgesamt ist der Anteil der Menschen, die sich große bzw. einige Sorgen um den Schutz der Umwelt machen, hoch und liegt deutlich über 80 %.

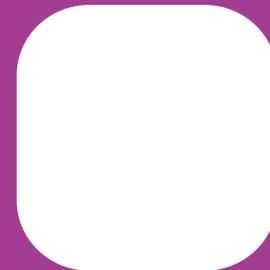
Für die Frage nach der Sorge um die Folgen des Klimawandels steht ein kürzerer Zeitraum zur Verfügung. Auch hier lässt sich feststellen, dass sich ein großer Teil der Menschen in Baden-Württemberg große bzw. einige Sorgen macht, im Jahr 2014 knapp über 80 %. Der Anteil derjenigen, die sich keine Sorgen über den Klimawandel machen, stieg in den letzten Jahren von 14 % im Jahr 2009 auf 19 % im Jahr 2014.

Für beide subjektiven Indikatoren ist derzeit eine Trendentwicklung noch nicht erkennbar.





Teilhabe und Gutes Leben



- 15 BRUTTOINLANDSPRODUKT
- 16 BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN
- 17 EIGENKAPITALQUOTE
- 18 UNTERNEHMENSINSOLVENZEN
- 19 PRIVATINSOLVENZEN
- 20 ARMUTSGEFÄHRDUNGSQUOTE
- 21 EINKOMMENSREICHTUMSQUOTE
- 22 ERWERBSTÄTIGENQUOTE
- 23 ARBEITSLOSIGKEIT
- 24 ATYPISCHE BESCHÄFTIGUNG
- 25 VERDIENSTABSTAND ZWISCHEN FRAUEN UND MÄNNERN
- 26 FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN
- 27 FRAUEN IM GEMEINDERAT
- 28 KINDERTAGESBETREUUNG
- 29 INKLUSION
- 30 ENGAGEMENTQUOTE
- 31 STRAFTATEN
- 32 ÜBERGEWICHT
- 33 VORZEITIGE STERBLICHKEIT
- 34 VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR
- 35 LÄRMBELASTUNG



DEFINITION

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) umfasst den Wert aller produzierten Waren und Dienstleistungen innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode. Wird das BIP auf Einwohner bezogen, können unterschiedlich große Volkswirtschaften hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft verglichen werden. Hier wird das BIP preisbereinigt (inflations- und deflationsbereinigt), das heißt Waren und Dienstleistungen werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres berechnet und verkettet pro Einwohner als Index mit dem Referenzjahr 2010 = 100 % dargestellt.

BESCHREIBUNG

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dient zur Messung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und gibt Aufschluss über Konjunktur und Wirtschaftswachstum. Ausreichendes Wirtschaftswachstum kann Strukturwandel ermöglichen, Beschäftigung sichern und neue Arbeitsplätze schaffen. Es kann die Sozialsysteme vor dem Hintergrund der alternden Gesellschaft und der anzustrebenden Generationengerechtigkeit stabilisieren. Andererseits kann Wirtschaftswachstum auch mit negativen Auswirkungen auf die Umwelt durch zunehmenden Energie-, Rohstoff- und Flächenverbrauch verbunden sein. Ziel ist deshalb eine weitere Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

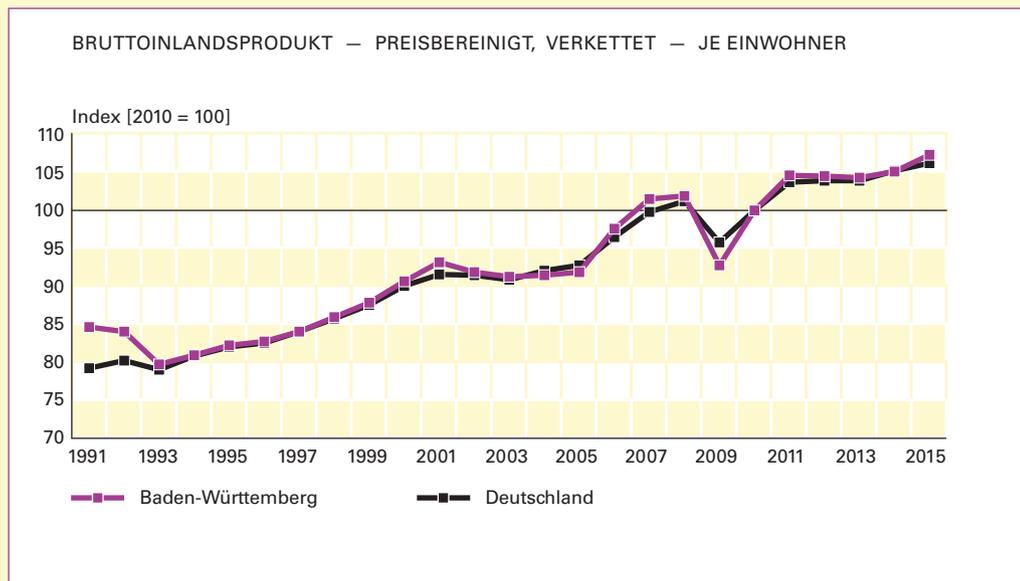
Die Änderung des BIP je Einwohner in Baden-Württemberg verläuft seit Mitte der 1990er Jahre weitgehend parallel zur Änderung des BIP je Einwohner auf Bundesebene und ist von 1995 bis 2015 um gut 30 % angestiegen.

2015 betrug der Wert aller in Baden-Württemberg hergestellter Waren und Dienstleistungen nominal 460,7 Mrd. Euro. Das bedeutet, dass jeder in Baden-Württemberg im Schnitt ein Bruttoinlandsprodukt von 42 745 Euro erwirtschaftete. Das durchschnittliche deutsche BIP lag bei 37 099 Euro pro Einwohner.

Im Vergleich zum Vorjahr stieg das preisbereinigte, verkettete BIP je Einwohner in

Baden-Württemberg um 2,1 % und überstieg damit das Wachstum der vorangegangenen drei Jahre. In die letzten zehn Jahre fällt auch das Jahr 2009, in dem das BIP aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise je Einwohner um 9 % zurückging.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Wachstumsdebatte wird auf eine Trendbewertung des Indikators verzichtet.



Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länderr“, Statistisches Bundesamt



DEFINITION

Die Bruttoanlageinvestitionen setzen sich aus dem Erwerb neuer Anlagen und dem Saldo aus Käufen und Verkäufen von gebrauchten Anlagen zusammen. Die neuen Anlagen gliedern sich in Ausrüstungen (Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen), sonstige Anlagen (Investitionen in geistiges Eigentum wie Forschung und Entwicklung, Software und Datenbanken und Urheberrechte sowie Investitionen in Nutztiere und Nutzpflanzungen) und Bauten. Der Anteil von Bruttoanlageinvestitionen (in jeweiligen Preisen) am Bruttoinlandsprodukt (BIP, in jeweiligen Preisen) wird als Investitionsquote bezeichnet.

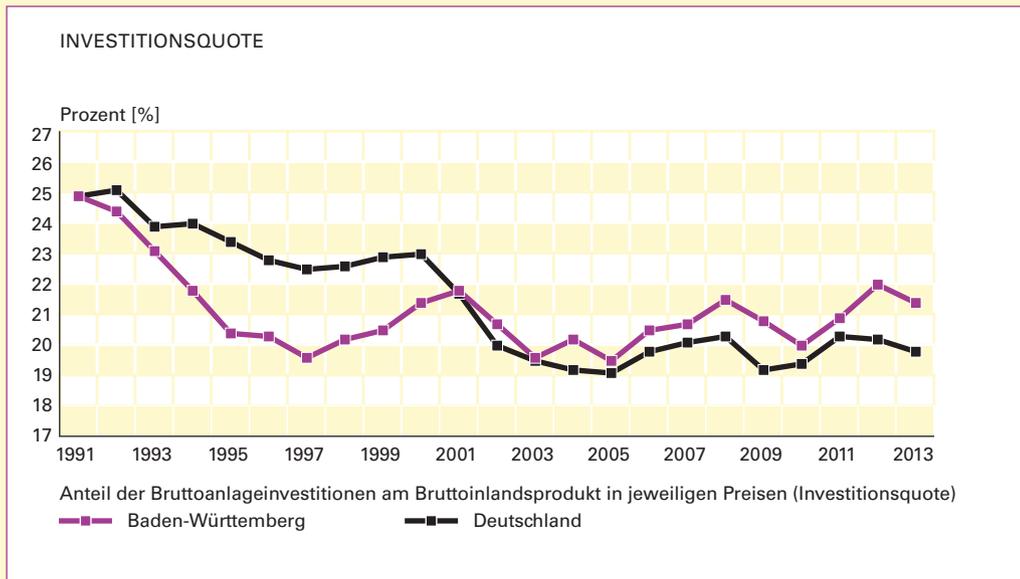
BESCHREIBUNG

Zur Sicherung der künftigen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft sind Investitionen von Unternehmen und Staat unabdingbar: Sie sorgen für den Erhalt, die Modernisierung und den Ausbau von Produktionskapazitäten und ermöglichen so Wirtschaftswachstum und Folgeinvestitionen. Insbesondere durch Investitionen in neue Ausrüstungen und geistiges Eigentum können Innovationen realisiert und somit Märkte und Arbeitsplätze gesichert werden. Die Umweltwirkungen von Investitionen reichen von Steigerungen der Rohstoff- und Energieproduktivität, z. B. durch neue Produktionstechniken, bis zu zusätzlichem Flächenverbrauch durch Baumaßnahmen.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die Investitionsquote Baden-Württembergs bewegt sich seit 1995 zwischen 19 % und 22 %. Zu Beginn der 1990er Jahre lag sie noch bei 24,9 %. Der stetige Rückgang der Investitionen bis Mitte der 1990er Jahre dürfte hauptsächlich auf die rückläufigen Bauinvestitionen zurückzuführen sein, die sich nach dem Bauboom Ende der 1980er Jahre und Anfang der 1990er Jahre wieder zu normalisieren

begannen. Dass die Investitionen im Krisenjahr 2009 nicht stärker zurückgingen, ist den Konjunkturprogrammen zur Förderung der Binnenwirtschaft zu verdanken. Mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme war wieder ein Zurückgehen der Investitionsquote bis 2010 festzustellen. Im Jahr 2013 beträgt die Investitionsquote im Land 21,4 % und ist damit höher als im Bundesdurchschnitt.



Datenquelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Statistisches Bundesamt





DEFINITION

Mit dem Indikator wird das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital in Prozent (%) der Bilanzsumme von nichtfinanziellen Unternehmen abgebildet. Hierbei handelt es sich um Unternehmen, deren Hauptfunktion in der Produktion von marktbestimmten Waren und in der Erbringung von nichtfinanziellen Dienstleistungen besteht. Die Angaben stammen aus dem Jahresabschlussdatenpool der Deutschen Bundesbank.

BESCHREIBUNG

Der Statusindikator Eigenkapitalquote bildet die Finanzstruktur der Unternehmen ab. Eine gesunde Finanzstruktur ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg.

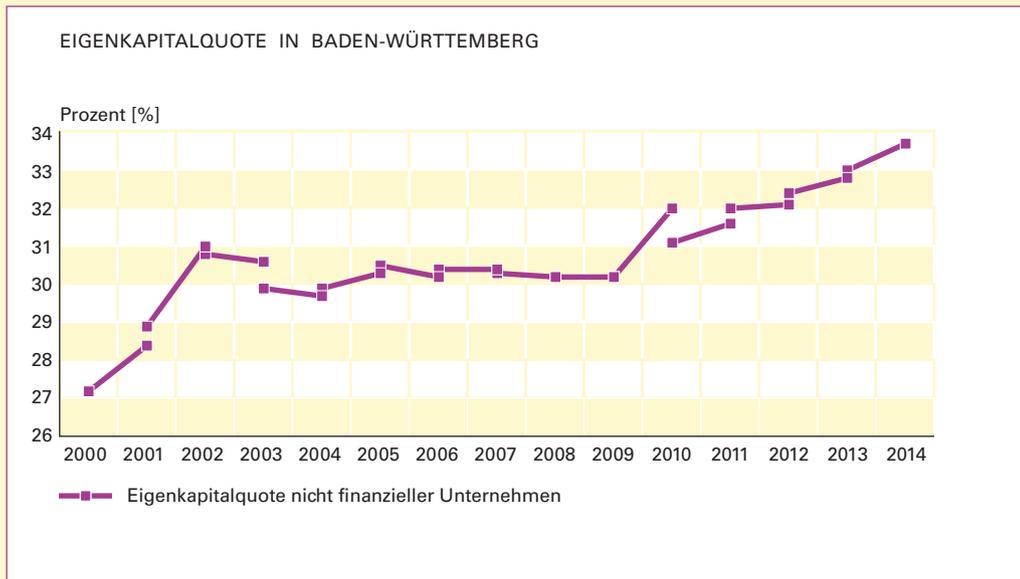
Besonders nachhaltig wirtschaftende Unternehmen haben in der Regel einen großen Anteil an Eigenkapital. Das Risiko einer Insolvenz ist damit vergleichsweise niedriger, weil Unternehmen mit einem hohen Eigenkapitalanteil einen geringeren Kapitaldienst benötigen, sollten sie gegebenenfalls temporär Verluste erwirtschaften. Da Eigenkapitalgeber stark an Erhalt und Erfolg des Unternehmens interessiert sind, steht Unternehmen Eigenkapital letztlich unbegrenzt zur Verfügung, während Fremdkapitalgeber Zinsen und Geld zurückfordern können.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Da die Vorlage der Jahresabschlüsse an die Deutsche Bundesbank freiwillig ist und die Abschlüsse aus verschiedenen Quellen stammen, ist die Datengrundlage in jedem Jahr leicht anders. Es werden daher für die Jahre 2000 bis 2014 jeweils zwei Werte angegeben. Der erste Wert beschreibt jeweils den gewogenen Durchschnitt derjenigen Unternehmen, für die auch im Vorjahr Jahresabschlüsse verfügbar waren, der zweite Wert bezieht sich auf diejenigen Unternehmen, für die auch im

folgenden Jahr Abschlüsse vorliegen (sogenannte vergleichbare Kreise). Tendenzen im Zeitverlauf sind aber deutlich erkennbar.

Die Eigenkapitalquote der nicht finanziellen Unternehmen in Baden-Württemberg lag im Jahr 2014 bei 33,7 % und damit um mehr als 6 Prozentpunkte höher als im Jahr 2000 (27,2 %). Gleichzeitig haben größere Unternehmen durchschnittlich eine höhere Eigenkapitalquote.



Datenquelle: Deutsche Bundesbank

8 MENSCHENWÜRDIGE
ARBEIT UND
WIRTSCHAFTS-
WACHSTUM





DEFINITION

Der Indikator erfasst die Anzahl an Unternehmensinsolvenzen in Baden-Württemberg und die Anzahl unmittelbar davon betroffener Beschäftigter.

BESCHREIBUNG

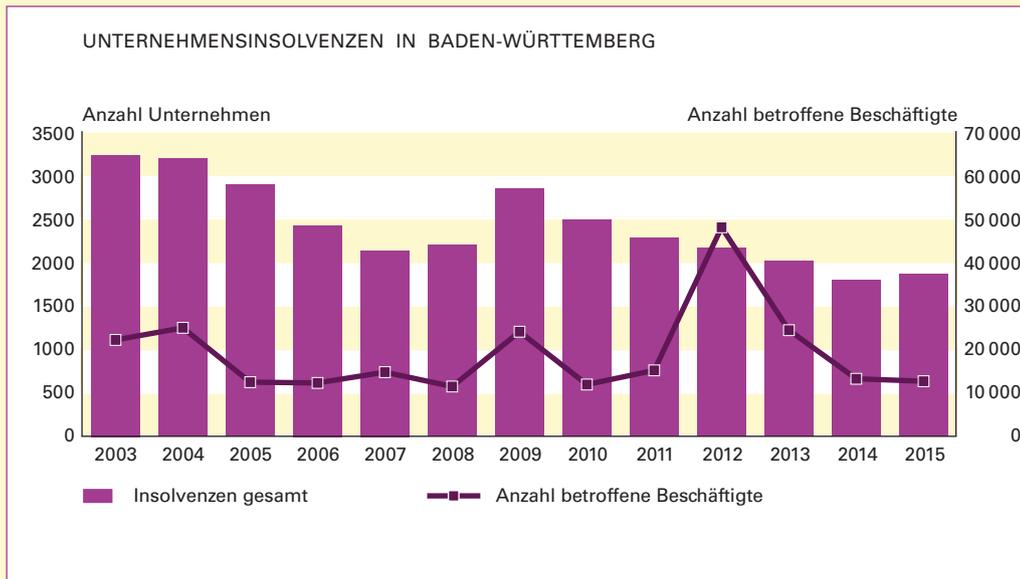
Unternehmensinsolvenzen können beispielsweise durch ein nicht (mehr) tragfähiges Geschäftsmodell oder durch Zahlungsausfälle bei Kunden eintreten, aber auch durch Managementfehler ausgelöst werden. Die Folge sind Forderungen von Gläubigern, die das Unternehmen nicht begleichen kann. Regelmäßig droht auch den Beschäftigten des Unternehmens der Verlust ihres Arbeitsplatzes, wenn dieses nicht saniert werden kann.

Ein Insolvenzverfahren kann nur auf Antrag eröffnet werden. Antragberechtigt sind Gläubiger und Schuldner. Gründe für die Verfahrenseröffnung können Zahlungsunfähigkeit oder drohende Zahlungsunfähigkeit des Unternehmens sowie dessen Überschuldung sein. Für manche Unternehmen ist die Geschäftsführung bei Eintritt von Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung zur Stellung eines Insolvenzantrags verpflichtet. Der Antrag auf Verfahrenseröffnung wird mangels Masse abgewiesen, wenn das Vermögen des Schuldners voraussichtlich nicht ausreicht, um die Kosten des Verfahrens zu decken.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Mit insgesamt 1869 Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2015 stieg die Zahl an Unternehmensinsolvenzen gegenüber dem Vorjahr zwar um 4,1 % an, bleibt aber dauerhaft auf niedrigem Niveau. Eröffnet wurden davon 1272 Insolvenzverfahren, 597 wurden mangels Masse abgewiesen. Insgesamt waren 12 827 Arbeitsplätze durch die Insolvenz des Arbeitgebers gefährdet, 4,9 % weniger als im Vorjahr. Werden, wie im Jahr 2012, Insolvenzanträge von großen Unternehmen gestellt, die

in beschäftigungsintensiven Branchen tätig sind, dominieren diese das Landesergebnis. Die voraussichtlichen Gläubigerforderungen gingen 2015 im Vergleich zum Vorjahr um gut die Hälfte auf 1,34 Mrd. Euro zurück (entspricht 719 000 Euro je Fall). Begründet werden kann dieser positive Trend durch die gute Konjunktur. Auch 2015 bestimmten vor allem kleine Unternehmen das Insolvenzgeschehen im Land. 23,5 % der insolventen Unternehmen hatten ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Bereich Handel.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg





DEFINITION

Der Indikator erfasst alle beantragten Insolvenzen von Privatpersonen bezogen auf 10 000 Einwohner. Zu den Privatinsolvenzverfahren zählen Verbraucherinsolvenzen, Verfahren ehemals selbstständig Tätiger und ehemaliger Gesellschafter von Personengesellschaften sowie Nachlassinsolvenzen.

BESCHREIBUNG

Zu den häufigsten Ursachen für die Überschuldung von Privatpersonen gehören Arbeitslosigkeit, Verlust des Partners, Krankheit, unwirtschaftliche Haushaltsführung oder die gescheiterte Finanzierung des Eigenheims. Einmal in der Schuldenspirale gefangen, bleibt der überschuldeten Privatperson eine selbstbestimmte Lebensgestaltung oft verwehrt. Für Gläubiger können die finanziellen Ausfälle trotz der von ihnen erbrachten Leistung ebenfalls weitreichende Folgen haben. Ziel des Insolvenzverfahrens für Privatschuldner ist primär die bestmögliche Befriedigung der Gläubiger, aber auch die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Neubeginns über eine Restschuldbefreiung der Schuldner.

Zu den Privatinsolvenzen zählen Verbraucherinsolvenzen und zu deutlich kleineren Anteilen Insolvenzverfahren ehemals selbstständig Tätiger und ehemaliger Gesellschafter von Personengesellschaften sowie Nachlassinsolvenzen. Der Indikator zeigt, wie häufig Privatpersonen, die in eine extreme finanzielle Notlage geraten sind, den Ausweg aus der Schuldenspirale suchen und bildet damit

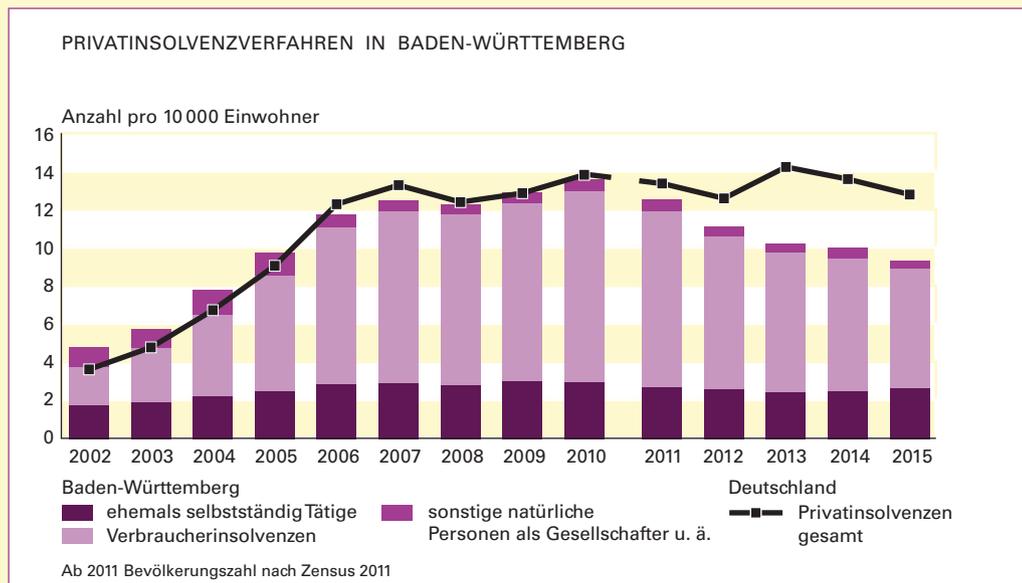
einen Aspekt des materiellen Wohlstands der Gesellschaft ab.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die Häufigkeit einer Insolvenz privater Schuldner lag 2015 in Baden-Württemberg bei 9,4 Fällen je 10 000 Einwohner. Dies ist das niedrigste Niveau seit 2004. Die Entwicklung in den Jahren bis 2006 erklärt sich vor allem aus der Zunahme der Insolvenzverfahren nach Einführung der Insolvenzverordnung

1999 und der ergänzenden Novellierung 2001. Mit der seit 2001 möglichen Stundung der Verfahrenskosten bis zur Restschuldbefreiung können auch völlig mittellose Schuldner ein Insolvenzverfahren durchlaufen. Den größten Anteil an Privatinsolvenzen haben nach wie vor die Verbraucherinsolvenzen.

Deutschlandweit waren im Jahr 2015 12,8 Personen je 10 000 Einwohner von einer privaten Insolvenz betroffen.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg





DEFINITION

Der Indikator ist definiert als der Anteil der Personen, die über weniger als 60 % des mittleren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung im jeweiligen Bundesland verfügen. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes und nach einer Skala der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-Skala) gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Es wird benutzt, um Einkommen von allein lebenden Personen, mit jenen, die in Hausgemeinschaften wohnen, zu vergleichen. Das mittlere Äquivalenzeinkommen ist hier als Median zu verstehen, d. h. die Hälfte der Einkommen liegt unter diesem Wert, die andere Hälfte darüber. Das Qualifikationsniveau bezieht sich auf den Bildungsabschluss und wird entsprechend der International Standard Classification of Education (ISCED) bestimmt.

BESCHREIBUNG

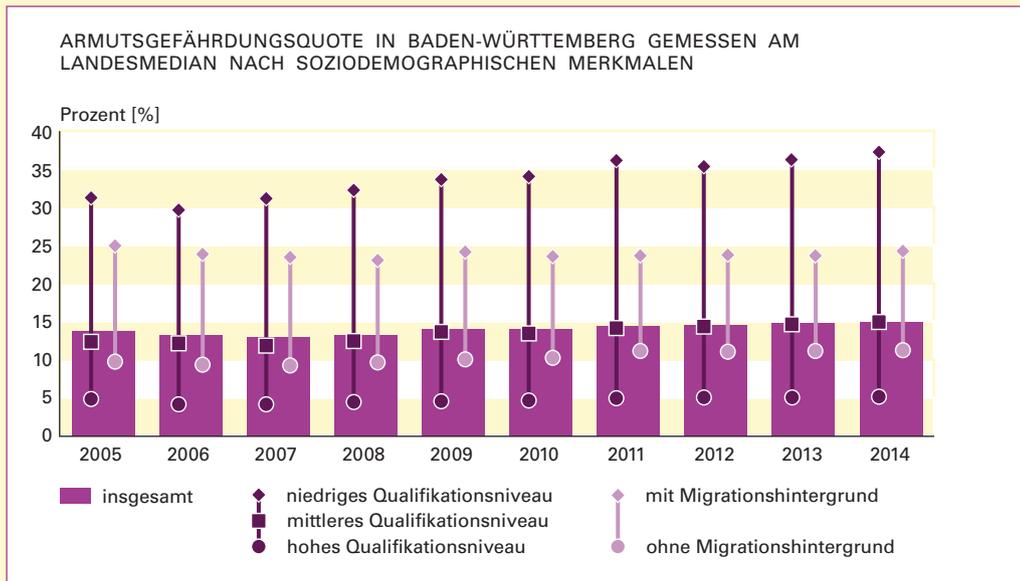
Der Indikator zeigt auf, wie hoch der Anteil an Baden-Württembergern ist, der über weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens im Land zur Verfügung hat. Er ist somit ein Gradmesser für Ungleichheiten in der Einkommensverteilung.

Relativ arm ist, wer im Vergleich zur übrigen Bevölkerung so geringe Mittel zur Verfügung hat, dass er am gesellschaftlichen Leben nur sehr begrenzt teilhaben kann. Für Kinder und Jugendliche kann das Aufwachsen unter solchen Bedingungen zu schlechten Schul- und Ausbildungsergebnissen führen. Dies wiederum erhöht das Risiko von künftiger Arbeitslosigkeit und Armut. Damit schränkt relative Armut nicht nur die persönliche Lebensqualität ein. Sie führt auch zu weniger aktiver Mitwirkung in der Gesellschaft, zu höheren Sozialausgaben und verringert auf Dauer das Angebot qualifizierter Arbeitskräfte.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Im Jahr 2014 waren 15,0 % der Bevölkerung in Baden-Württemberg von Armut bedroht. Die Armutsgefährdungsquote im Land zeigt damit seit 2007 (13,0 %) eine steigende Tendenz. Nicht alle Teile der Bevölkerung sind gleichermaßen von Armut gefährdet. So liegt das Armutsrisiko für Personen in Haushalten, in denen der Haupteinkommensbezieher ein niedriges Qualifikationsniveau aufweist,

bei 37,4 %, wohingegen nur 5,3 % der hoch Qualifizierten im Jahre 2014 armutsgefährdet waren. Auch die Herkunft spielt beim Armutsrisiko eine Rolle. 2014 waren Menschen mit Migrationshintergrund mit 24,4 % mehr als doppelt so stark von Armut bedroht wie der Teil der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (11,4 %). Die Quote betrug 2005 25,1 %, fiel dann unter 24 % und stieg 2014 wieder leicht an auf 24,4%.





DEFINITION

Die Einkommensreichumsquote ist definiert als Anteil der Personen mit einem Einkommen von mehr als 200 % des mittleren Äquivalenzeinkommens in Baden-Württemberg. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes und nach einer Skala der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-Skala) gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Das mittlere Äquivalenzeinkommen ist hier als Median zu verstehen, d. h. die Hälfte der Einkommen liegt unter diesem Wert, die andere Hälfte darüber. Die Einkommensreichumsquote für die Bundesrepublik wird wiederum am nationalen Äquivalenzeinkommen gemessen; so wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den Bundesländern Rechnung getragen.

BESCHREIBUNG

Dieser Indikator weist Personen, die über ein Einkommen von mehr als 200 % des durchschnittlichen Einkommens in Baden-Württemberg verfügen, als einkommensreich aus. Wie auch bei der Armutsgefährdungsquoten beziehen sich die Daten lediglich auf (laufendes) monetäres Einkommen. Auf vorhandene Vermögenswerte (Geld, Sachvermögen) wird kein Bezug genommen.

Die Einkommensreichumsquote ist, wie auch die Armutsgefährdungsquote, ein Gradmesser für Ungleichheiten in der Einkommensverteilung. Bei gemeinsamer Betrachtung der beiden Indikatoren kann die Schere zwischen Arm und Reich in den Blick genommen werden.

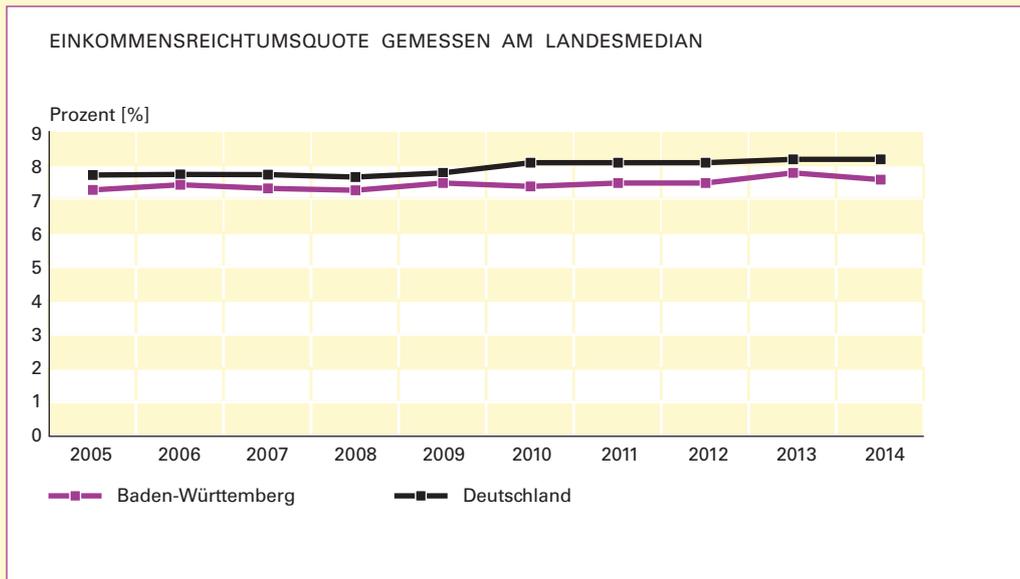


TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

In Baden-Württemberg galten im Jahr 2014 7,6 % der Menschen als vergleichsweise einkommensreich. Die Landesquote war in den letzten zehn Jahren leichten Schwankungen unterworfen und lag 2014 um 0,3 Prozentpunkte über dem Wert des Jahres 2005. Dies folgt von der Tendenz her dem bundesweiten Trend. Über 8,2 % der deutschen Bevölkerung verfügen über mehr als 200 % des bundes-

durchschnittlichen Einkommens. Im Jahr 2005 lag die nationale Quote noch bei 7,7 %.

Legt man für die Einkommen in Baden-Württemberg allerdings das bundesweite mittlere Äquivalenzeinkommen zugrunde, haben 10,4 % der Baden-Württemberger im Jahr 2014 mehr als 200 % des bundesdurchschnittlichen Einkommens zur Verfügung.



Datenquelle: Mikrozensus / Statistisches Landesamt Baden-Württemberg





DEFINITION

Der Indikator Erwerbstätigenquote der 20- bis unter 65-Jährigen ist definiert als Zahl der erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 20 bis unter 65 Jahren, dividiert durch die Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe. Die zugrunde liegende Erhebung erfasst die gesamte in privaten Haushalten lebende Bevölkerung. Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen ab 15 Jahren, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt gearbeitet haben oder einer auf Bezahlung ausgerichteten Tätigkeit nachgegangen sind. Dazu zählen außerdem Personen, die z. B. aufgrund von Urlaub, Krankheit, Mutterschutz oder Elternzeit vorübergehend nicht gearbeitet haben.

Im Jahr 2011 wurde die Hochrechnungsbasis umgestellt sowie die Erfassung kleiner Erwerbstätigkeiten verbessert. Die Ergebnisse vor und ab 2011 sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.

BESCHREIBUNG

Der zunehmende Anteil Älterer an der Bevölkerung bei künftig stagnierenden oder abnehmenden Bevölkerungszahlen (demographischer Wandel) führt langfristig dazu, dass Arbeitskräfte knapp werden. Daneben wird die künftige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme umso schwieriger, je mehr sich das Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentnern verringert. Daher ist es erforderlich, das vorhandene Arbeitskraftpotential noch besser auszuschöpfen.

Für den Einzelnen bedeutet Erwerbstätigkeit in der Regel Schutz vor Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Der Indikator Erwerbstätigenquote der 20- bis unter 65-Jährigen zeigt, wie hoch der Anteil der Erwerbstätigen in dieser Altersgruppe ist. Er gibt keine Auskunft über die Zahl geleisteter Arbeitsstunden, da zwischen geringfügiger Erwerbstätigkeit, Teilzeit- und Vollzeit-Erwerbstätigkeit nicht unterschieden wird.

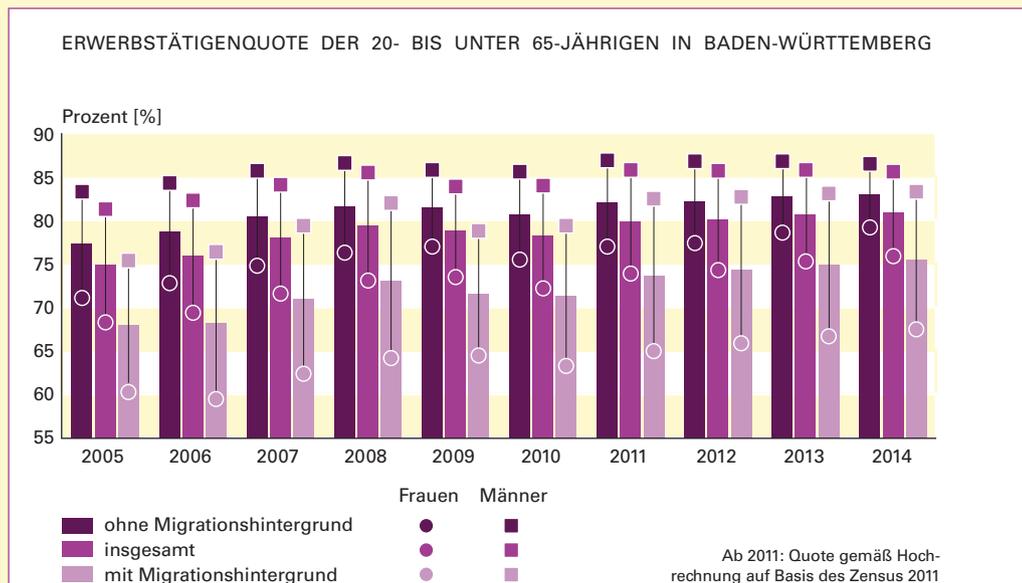
TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Ziel der Strategie „Europa 2020“ des Europäischen Rates ist es, die Erwerbsbeteiligung zu

steigern. Bis zum Jahr 2020 sollen 75 % der 20- bis unter 65-jährigen Bevölkerung erwerbstätig sein. Die Erwerbsbeteiligung der 20- bis unter 65-Jährigen in Baden-Württemberg ist von 74,9 % im Jahr 2005 auf 80,9 % im Jahr 2014 gestiegen und liegt über dem bundesweiten Durchschnitt von 77,7 %. Das vom Europäischen Rat formulierte Ziel für 2020 ist damit in Baden-Württemberg bereits erreicht.

Die Gründe für die hohe Erwerbstätigkeit im Land sind vielfältig. So hat beispielsweise die

Erwerbsbeteiligung der Frauen deutlich zugenommen. Die Erwerbstätigenquote der 20- bis unter 65-jährigen Frauen stieg von 68,4 auf 76,0 %, liegt damit aber immer noch deutlich unter dem Vergleichswert der Männer von knapp 85,7 %. Auch gehen Frauen häufiger einer Teilzeitbeschäftigung nach als Männer. Die Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund ist deutlich geringer als die aller 20- bis unter 65-Jährigen. Allerdings ist auch hier ein Anstieg von 68,0 % im Jahr 2005 auf 75,5 % im Jahr 2014 zu beobachten.





DEFINITION

Der Indikator Arbeitslosigkeit setzt sich aus der Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) und dem Anteil der Langzeitarbeitslosen (länger als 12 Monate arbeitslos) an den Arbeitslosen zusammen. Als arbeitslos gelten Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen, dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen und sich bei der Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet haben (§ 16 Abs. 1 SGB III). Teilnehmende an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme gelten nicht als arbeitslos.

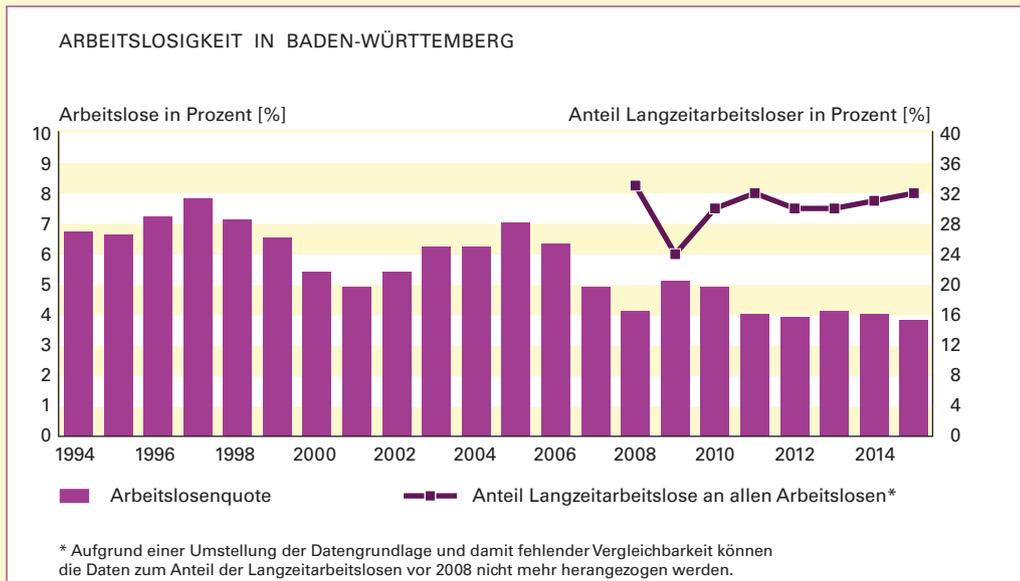
BESCHREIBUNG

Einer Arbeit nachzugehen bedeutet für die meisten Menschen mehr als den Lebensunterhalt zu sichern. Die Folgen von Arbeitslosigkeit haben sowohl eine individuelle als auch eine gesellschaftliche Dimension. Mögliche individuelle Folgen von Arbeitslosigkeit, insbesondere von Langzeitarbeitslosigkeit, sind z. B. psychische und gesundheitliche Probleme, Entqualifizierung oder gesellschaftlich-kulturelle und soziale Isolation.

Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik ist es, den Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt zu fördern, die Struktur der Beschäftigung zu verbessern, die Entstehung von Arbeitslosigkeit zu vermeiden bzw. deren Dauer zu verkürzen sowie zur sozialen Sicherung von Arbeitslosen beizutragen. Ziel der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik des Landes ist es, die Arbeitsmarktpolitik des Bundes mit gezielten Maßnahmen für schwer vermittelbare arbeitslose Menschen zu flankieren, um ihnen eine faire und gerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt zu eröffnen.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die Arbeitslosenquote folgt seit Ende der 1990er Jahre insgesamt einem positiven Trend und wies im Jahr 2015 mit 3,8 % den niedrigsten Stand in diesem Zeitraum auf. Der Anteil Langzeitarbeitsloser an den Arbeitslosen liegt (von kurzfristigen konjunkturell bedingten Abweichungen abgesehen) seit Jahren bei rund einem Drittel.



Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit



DEFINITION

Zu den atypisch Beschäftigten zählen befristet Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte mit bis zu 20 Wochenstunden, ausschließlich geringfügig Beschäftigte und Zeitarbeiter. Normalarbeitnehmer, die im Nebenjob noch einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, zählen nicht zum Personenkreis der atypisch Beschäftigten. Ausgewiesen wird hier der Anteil der atypisch Beschäftigten an den Kernerwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Kernerwerbstätige sind Erwerbstätige, die sich nicht in Bildung, Ausbildung oder einem Freiwilligendienst befinden.

Im Jahr 2011 wurde die Hochrechnungsbasis umgestellt sowie die Erfassung kleiner Erwerbstätigkeiten verbessert. Die Ergebnisse ab 2011 sind mit den Vorjahren daher nur eingeschränkt vergleichbar.

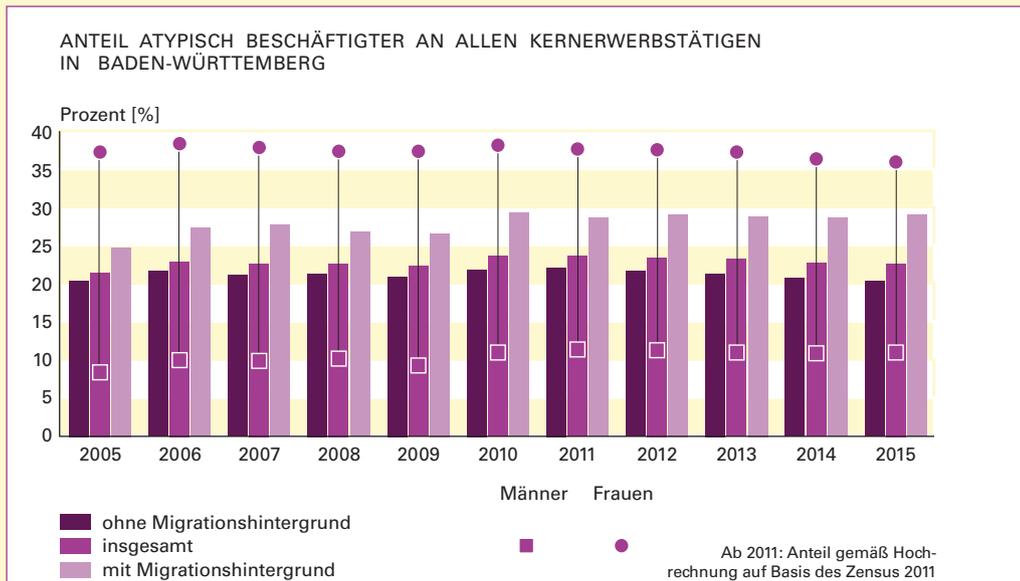
BESCHREIBUNG

Im Gegensatz zu einem Normalarbeitsverhältnis, das in der Regel darauf ausgerichtet ist, den eigenen Lebensunterhalt und eventuell den von Angehörigen voll zu finanzieren, erfüllen atypische Beschäftigungsformen diesen Anspruch nur bedingt. Atypische Beschäftigungsformen sind jedoch nicht durchgängig mit prekärer Beschäftigung gleichzusetzen. Prekäre Beschäftigung zeichnet sich durch ein erhöhtes Armutsrisiko des Beschäftigten aus, welches zusätzlich von der persönlichen Berufsbiografie und dem persönlichen Haushaltskontext abhängig ist. Die hier angesprochenen Formen atypischer Beschäftigung können jedoch Personen eine Berufstätigkeit ermöglichen, die aus persönlichen oder sonstigen Gründen keinem Normalarbeitsverhältnis nachgehen können oder wollen und somit beschäftigungslos wären. Auch bietet die atypische Beschäftigung als solche für die Arbeitgeberseite eine Möglichkeit, bei vorübergehend hohen Auftragseingängen flexibel zu reagieren.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Der Anteil atypisch Beschäftigter an den Kernerwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ging in Baden-Württemberg zwischen 2012 und 2015 von 23,5 % auf 22,7 % zurück und lag somit knapp zwei Prozentpunkte über dem deutschlandweiten Wert (20,8 %). Seit 2005 hat sich der Anteil atypisch Beschäftigter kaum verändert, 2010 wurde der bislang höchste Wert von 23,7 % erreicht. Seit-

dem sank er leicht ab. Mit einem Anteil von 15,3 % an den sogenannten Kernerwerbstätigen stellten die Teilzeitbeschäftigten mit unter 20 Wochenstunden im Jahr 2015 die größte Gruppe bei den atypisch Beschäftigten. Frauen sind deutlich häufiger atypisch beschäftigt als Männer. Des Weiteren ist der Anteil atypisch Beschäftigter unter den Personen mit Migrationshintergrund höher als unter den Personen ohne Migrationshintergrund.



Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern



DEFINITION

Der Gender Pay Gap betrachtet den geschlechtsspezifischen Verdienstunterschied. Er wird als prozentualer Anteil des durchschnittlichen Verdienstes der Männer angegeben. Für die Berechnung werden die Bruttostundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten einbezogen. Es wird der unbereinigte Gender Pay Gap betrachtet, das heißt: Unterschiede in den Wirtschaftszweigen oder Tätigkeitseigenschaften, wie etwa Teilzeitarbeitsverhältnisse, werden nicht gewichtet. Es lässt sich somit keine Aussage zum Unterschied in den Verdiensten von weiblichen und männlichen Beschäftigten mit gleichem Beruf, vergleichbarer Tätigkeit und äquivalentem Bildungsabschluss treffen.

BESCHREIBUNG

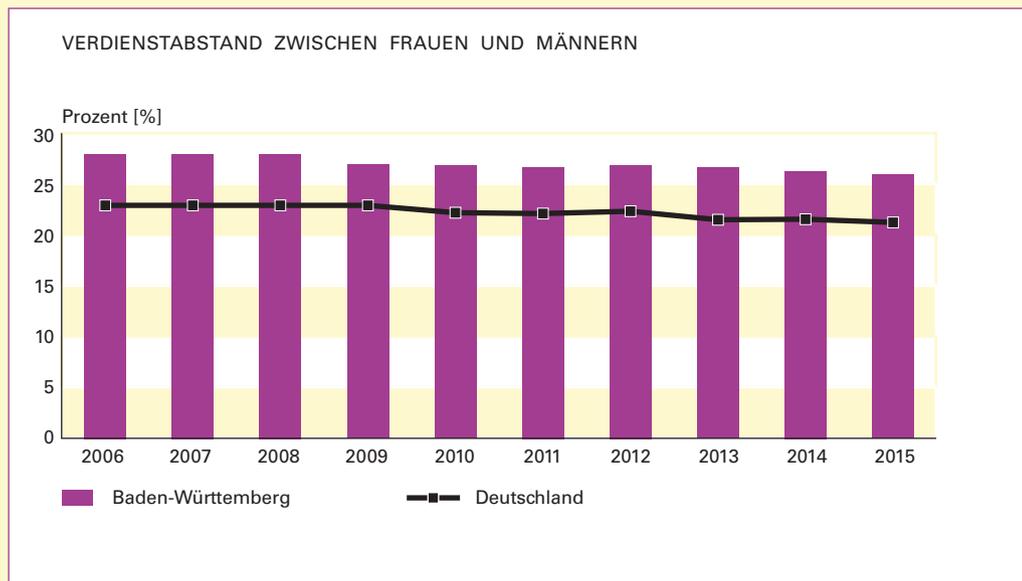
„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, heißt es im Artikel 3 des Grundgesetzes. Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen vermieden, bestehende Nachteile beseitigt und somit Chancengleichheit gewährleistet werden.

Im unbereinigten Gender Pay Gap schlagen sich nicht nur Unterschiede in der individuellen Entlohnung nieder, sondern auch die unterschiedliche Verteilung von Frauen und Männern auf Wirtschaftszweige, Berufe, Tätigkeiten und Beschäftigungsgruppen. Häufig werden geringer bezahlte Tätigkeiten von Frauen besetzt, in höheren Positionen sind Frauen dagegen deutlich weniger vertreten. Familienbedingt reduzieren Frauen ihre Erwerbstätigkeit häufiger und länger als ihre männlichen Kollegen. Dadurch werden Frauen auch bei gleicher Qualifikation oft schlechter bezahlt und haben geringere Aufstiegsmöglichkeiten.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Im Jahr 2015 lag der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (Gender Pay Gap) in Baden-Württemberg bei 26 %. Im Jahr 2006 lag dieser noch bei 28 %. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen liegt demnach um mehr als ein Viertel niedriger als der von Männern. Damit lag im Jahr 2015 der unbereinigte Gender Pay Gap

in Baden-Württemberg höher als der deutschlandweite Durchschnittswert von 21 %. Der Lohnunterschied hat sich in den letzten zehn Jahren nur gering verändert. Verdienststrukturen ändern sich nur langsam und werden maßgeblich von Zu- und Abgängen beeinflusst, d. h. für das Gros der Beschäftigten ergibt sich auf kurze Sicht keine Veränderung in ihrer beruflichen Situation.





DEFINITION

Der Indikator zeigt die Geschlechterverteilung bei den Führungspositionen.

Berücksichtigt wurden alle Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Die Führungskräfte wurden nach der Klassifikation der Berufe 2010 (Stand 2011) abgegrenzt. Als Führungskräfte gelten fachlich zugeordnete Führungskräfte sowie Geschäftsführer und Vorstände, Angehörige gesetzgebender Körperschaften sowie leitende Bedienstete von Interessenorganisationen.

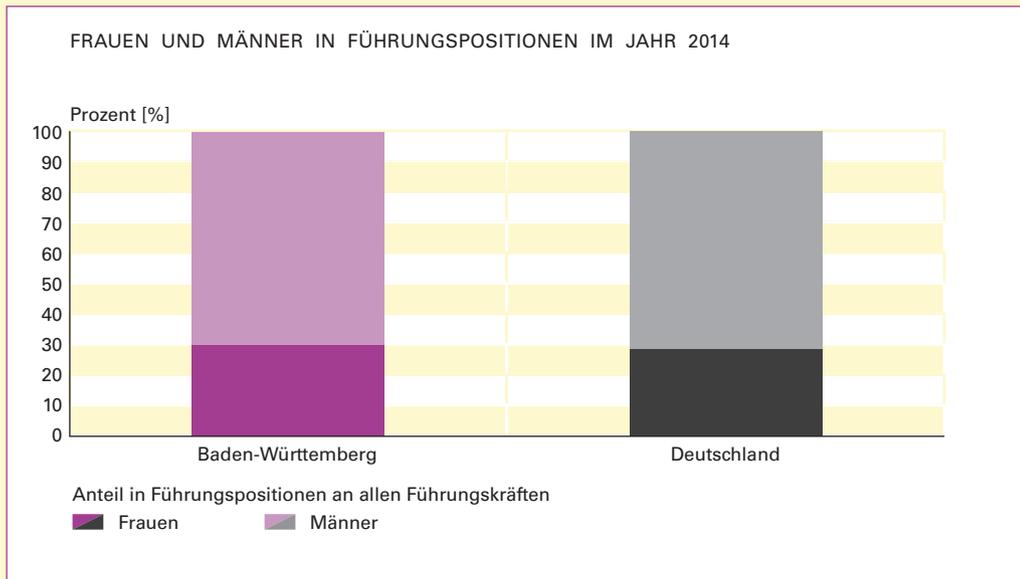
BESCHREIBUNG

Nach dem Grundgesetz Artikel 3 sind Frauen und Männer gleichberechtigt. Trotz gleicher Rechte unterscheidet sich jedoch weiterhin der Alltag von Frauen und Männern in Deutschland. In einigen Lebensbereichen sind Frauen und Männer näher zusammengedrückt. In anderen bestehen Unterschiede fort. Zur Überwindung der Unterschiede wurde das Organisations- und Politikkonzept Gender Mainstreaming zur aktiven Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern entwickelt. Gender Mainstreaming bedeutet zusammengefasst, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Bedürfnisse von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen. In allen Lebensbereichen sollen Bedingungen geschaffen werden, die es Frauen und Männern ermöglichen, gleichberechtigt miteinander zu leben.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Im Bereich der Führungspositionen in der deutschen Wirtschaft und Verwaltung ist der Grundsatz der Gleichberechtigung noch keine Realität. Rund die Hälfte aller Erwerbstätigen im Jahr 2014 waren Frauen. Frauen sind in den Chefetagen jedoch deutlich unterrepräsentiert. Mit einem Anteil von 28,5 % Frauen an

allen Führungskräften in Baden-Württemberg stellen Cheffinnen noch immer eine Minderheit dar. Deutschlandweit liegt der Anteil mit 29,8 % etwas höher. Da die Zahl qualifizierter Frauen in den vergangenen Jahren stetig zugenommen hat, kann der geringere Anteil nicht mehr mit deren mangelndem Qualifikationsniveau gerechtfertigt werden.



Datenquelle: Mikrozensus 2014, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg





DEFINITION

Die Zahl der Frauen im Gemeinderat wird zur Gesamtzahl der gewählten Mandatsträger in Bezug gesetzt und als Prozentanteil dargestellt. Die Angaben beziehen sich jeweils auf das unmittelbare Ergebnis der alle fünf Jahre stattfindenden Kommunalwahlen. Im Einzelfall kann es durch das vorzeitige Ausscheiden eines Mandatsträgers und der dann fälligen Neubesetzung durch Nachrücker zu geringfügigen Verschiebungen während der Wahlperioden kommen, die hier unberücksichtigt bleiben.

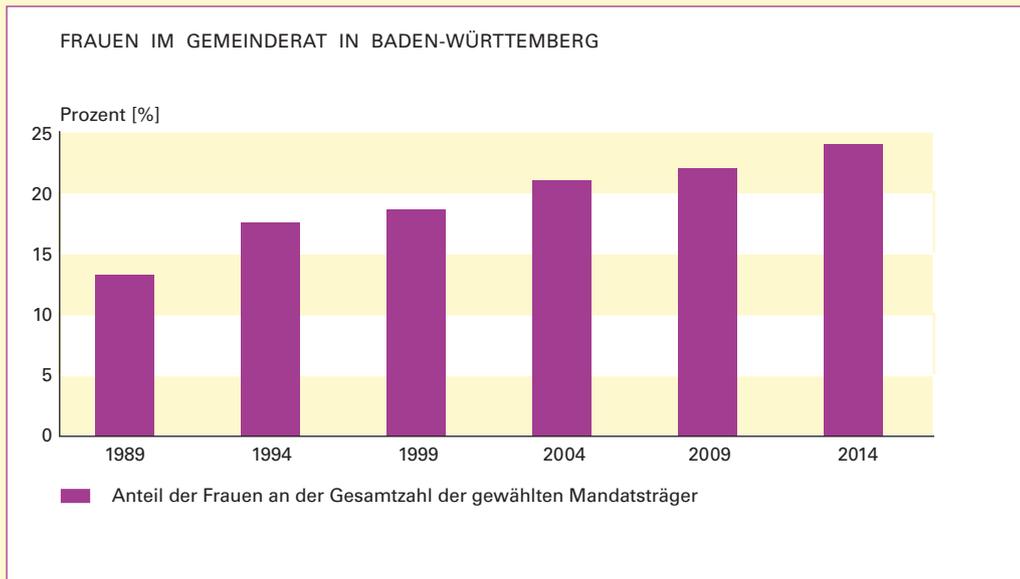
BESCHREIBUNG

Der Indikator stellt einen wichtigen Aspekt der Partizipation von Frauen am öffentlichen Leben dar. Frauen sind anders von politischen Entscheidungen betroffen und bringen häufig eine andere Sicht in politische Diskussionen ein. Es ist davon auszugehen, dass die Berücksichtigung dieser spezifischen Interessen eher sichergestellt werden kann, wenn der Anteil der Frauen in den politischen Entscheidungsgremien nicht allzu weit von ihrem Anteil an der Bevölkerung entfernt ist.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Ein Spiegel für die sich verändernde Partizipation von verschiedenen Bevölkerungsgruppen ist der Frauenanteil im wirtschaftlichen und politischen Leben. Ihr Anteil in den Gemeinderäten stieg von 13,2 % im Jahr 1989 auf 23,9 % im Jahr 2014. Im Vergleich mit dem

Anteil der Frauen an der Bevölkerung, der in Baden-Württemberg etwa 50,7 % beträgt (2014), ist die Vertretung von Frauen in den Gemeinderäten noch viel zu gering, auch wenn der Trend zu einer höheren Beteiligung der Frauen in den Gemeinderäten eindeutig positiv ist.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

TRENDBEWERTUNG





DEFINITION

Der Indikator beschreibt den Anteil der Kinder in Ganztagesbetreuung an allen Kindern im jeweiligen Alter. Zur Ganztagsbetreuung zählen Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege sowie Kinder in Kindertageseinrichtungen, die durchgehend mehr als sieben Stunden pro Betreuungstag betreut werden. Kinder, die in Kindertagespflege betreut werden und zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen, werden nur einmal berücksichtigt.

BESCHREIBUNG

Neben anderen familienpolitischen Leistungen, wie z. B. Eltern- oder Kindergeld, gilt der Ausbau der Kindertagesbetreuung als eine wichtige Voraussetzung, um Paare bei der Realisierung bestehender Kinderwünsche zu unterstützen. Zusätzlich zu dem damit verbundenen Ziel, die Geburtenrate in Deutschland langfristig wieder zu erhöhen, werden gut ausgebildeten und qualifizierten Müttern und Vätern bessere Chancen als bislang auf dem Arbeitsmarkt eröffnet und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert. Die Förderung der Kinder im Rahmen von bedarfsgerechten Angeboten, insbesondere von Ganztagsangeboten, ist aber auch ein wichtiger Beitrag zur Chancengleichheit. Das gilt unter anderem für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern, und zur Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund. Außerdem vermittelt die Kindertagesbetreuung Kindern, die häufig ohne oder nur mit einem Geschwister aufwachsen, wichtige Sozialisationserfahrungen.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

2015 wurden in Baden-Württemberg 10,4 % der unter 3-Jährigen jeweils durchschnittlich

mehr als sieben Stunden pro Betreuungstag in einer Kindertageseinrichtung oder von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut (ohne Doppelzählungen). Damit hat sich dieser Anteil im Land seit 2007 vervielfacht. Er ist aber immer noch gering im Verhältnis zum deutschen Durchschnitt, hier liegt die Ganztagsbetreuungsquote der unter 3-Jährigen bei 18,1 %. Für die Altersgruppe der Kinder von 3 bis unter 6 Jahren belief sich die Ganztagsquote landesweit auf 21,5 %. Bundesweit werden 43,9 % der Kinder dieser Altersklasse ganztägig

betreut. Insgesamt werden in Baden-Württemberg 15,9 % aller Kinder unter sechs Jahren (ohne Ganztagszuschüler) durchgehend mehr als sieben Stunden am Tag betreut. Berechnet wird die durchschnittliche Betreuungsdauer je Kind und Betreuungstag aus dem vertraglich vereinbarten Stundenumfang und den Betreuungstagen pro Woche. Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist es, bis zum Jahr 2020 35 % der unter 3-Jährigen und 69 % der 3- bis unter 6-Jährigen eine Ganztagsbetreuung zu ermöglichen.



Datenquelle: Kinder- und Jugendhilfestatistiken / Statistisches Landesamt Baden-Württemberg





DEFINITION

Gemäß Sozialgesetzbuch, neuntes Buch § 2 (§ 2 SGB IX) sind Menschen schwerbehindert, wenn ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 vorliegt. Behinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von weniger als 50, aber mindestens 30, die einen geeigneten Arbeitsplatz nicht erlangen oder nicht behalten können, sollen schwerbehinderten Menschen gleichgestellt werden.

Der Indikator spiegelt den Anteil der Arbeitsplätze wider, die mit schwerbehinderten und gleichgestellten Beschäftigten besetzt sind. Die Statistik basiert auf Daten, die der Bundesagentur für Arbeit gemäß § 80 Abs. 2 SGB IX von Arbeitgebern mit 20 und mehr Arbeitsplätzen anzuzeigen sind. Der Anteil der schwerbehinderten und gleichgestellten Beschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten lässt sich daraus nicht ableiten.

BESCHREIBUNG

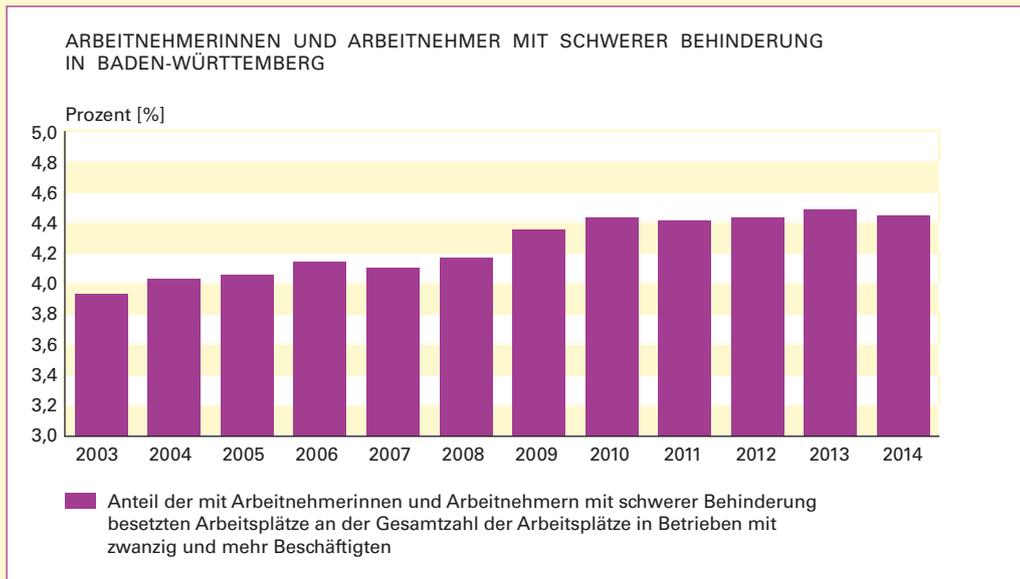
Inklusion bedeutet, dass Menschen mit und ohne Behinderungen gleichberechtigt in allen Lebensbereichen zusammenleben. Ein zentraler Lebensbereich ist das Arbeitsleben. Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention, in dem das Recht auf Arbeit geregelt ist, verpflichtet die Vertragsstaaten daher zur Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes. Auch der Arbeitsmarkt für Menschen mit schweren Behinderungen ist von der Konjunktur abhängig, er wird aber in besonderem Maße von der demografischen Entwicklung beeinflusst und ist außerdem von besonderen rechtlichen Regelungen zum Schutz von schwerbehinderten und gleichgestellten Beschäftigten geprägt.

Besonders ältere Menschen sind von Behinderungen betroffen. Oft ist eine im Laufe des Lebens eingetretene Krankheit die Ursache (85 %). In Folge des demografischen Wandels wird der Anteil der Menschen mit schweren Behinderungen weiter steigen. Die Teilhabe dieser Menschen am Arbeitsleben – idealerweise auf dem ersten Arbeitsmarkt – bleibt eine große Herausforderung.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Der Anteil der schwerbehinderten oder gleichgestellten Beschäftigten ist in Betrieben mit mindestens 20 Arbeitsplätzen jahrelang gestiegen und hat stärker zugenommen als der Anteil der Menschen mit Behinderungen an der Bevölkerung. Zu berücksichtigen ist aber, dass die Erhöhung des Anteils der schwerbehinderten oder gleichgestellten Beschäftigten auch darauf zurückgeht, dass bei immer mehr Beschäftigten erst im Laufe

ihres Arbeitslebens die Schwerbehinderteneigenschaft festgestellt wird oder sie gleichgestellt werden. Im Jahr 2014 ist der Anteil der schwerbehinderten oder gleichgestellten Beschäftigten – trotzdem – leicht rückläufig. In Baden-Württemberg waren 4,4 % aller Arbeitsplätze mit schwerbehinderten oder gleichgestellten Menschen besetzt. Das Land liegt damit unterhalb der von § 71 SGB IX geforderten Quote von mindestens 5 %.



Datenquelle: Statistik Bundesagentur für Arbeit

30

Engagementquote



DEFINITION

Der Indikator erfasst den Anteil der über 14-Jährigen in Baden-Württemberg, die sich freiwillig engagieren oder sich dies zukünftig vorstellen können.

Für die Messung wird auf den Freiwilligensurvey zurückgegriffen, der seit 1999 alle fünf Jahre erstellt wird. Die jüngste Erhebung stammt aus dem Jahr 2014. Als freiwillig engagiert wird gezählt, wer in der Befragung angibt, freiwillige, unentgeltliche und gemeinwohlorientierte Tätigkeiten zu leisten, die öffentlich (außerhalb von Beruf und Familie) und in der Regel kooperativ ausgeübt werden. Der Freiwilligensurvey berücksichtigt sowohl klassische ehrenamtliche Tätigkeiten als auch solche, die als „Freiwilligenarbeit“ oder „bürgerschaftliches Engagement“ bezeichnet werden sowie die vielfältigen Formen der Selbsthilfe und der Initiativ- und Projektarbeit.

BESCHREIBUNG

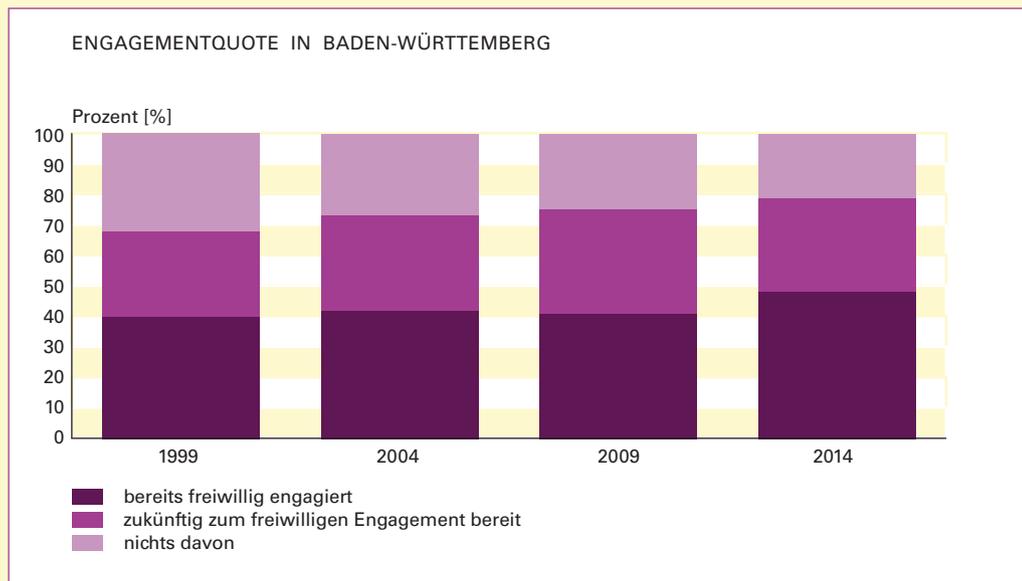
Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement, das sich aus der Mitte der Gesellschaft organisiert, bereichert die Gesellschaft um vielfältige Leistungen zum Wohle und Nutzen der Bürgerinnen und Bürger und gibt Gelegenheit zur Teilhabe. Der soziokulturelle, ökologische und ökonomische Wert kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

2014 engagierten sich 48,2 % der Baden-Württemberger ab 14 Jahre freiwillig in der Gesellschaft. Seit 1999 ist die Engagementquote um mehr als 8 Prozentpunkte angestiegen und hat im Jahr 2014 den bisher höchsten Wert erreicht. Männer sind mit 49,8 % etwas häufiger engagiert als Frauen (46,6 %), Ältere ab 65 Jahren (43,1 %) engagieren sich zwar seltener als Jüngere liegen mit dieser Quote jedoch noch erheblich über dem Bundesdurchschnitt von rund 34 %. Es gibt keine signifikanten Unterschiede zwischen den Altersgruppen der 14- bis 29-Jährigen (49,2 %), der 30- bis 49-Jährigen (49,7 %) und 50- bis 64-Jährigen

(50,0 %) hinsichtlich des Engagements. Die Zunahme des Engagements ist laut Simonson et al. (2016) „auf gesellschaftliche Veränderungen, wie beispielsweise die Bildungsexpansion oder die gestiegene Thematisierung und Förderung des freiwilligen Engagements in Politik und Öffentlichkeit, zurückzuführen.“ (Simonson et. al., 2016)

Von den nicht freiwillig engagierten Personen in Baden-Württemberg ist über die Hälfte (58, %) gewillt sich in Zukunft einem freiwilligen Engagement zu widmen, das entspricht 30,1 % der Wohnbevölkerung im Alter über 14 Jahren. Lediglich 21,4 % der Baden-Württemberger möchte sich auch zukünftig nicht gesellschaftlich betätigen. Dies ist der niedrigste Stand seit 1999.



**DEFINITION**

Der Indikator beschreibt die Anzahl der Straftaten je 100 000 Einwohner und Jahr, die der Polizei angezeigt und in der polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden (Kriminalitätsbelastung). Darin nicht enthalten sind Ordnungswidrigkeiten, politisch motivierte Straftaten, Verkehrsdelikte und Auslandsstraftaten. Der Betrachtungszeitraum für Kriminalitätsentwicklung ist auf 15 Jahre festgelegt.

BESCHREIBUNG

Ein wichtiger Aspekt von Lebensqualität ist das Sicherheitsempfinden. Ein Umfeld, in dem die Bürger eines Staates ohne Angst vor Willkür und Kriminalität leben können, ist eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren sozialer Systeme und für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

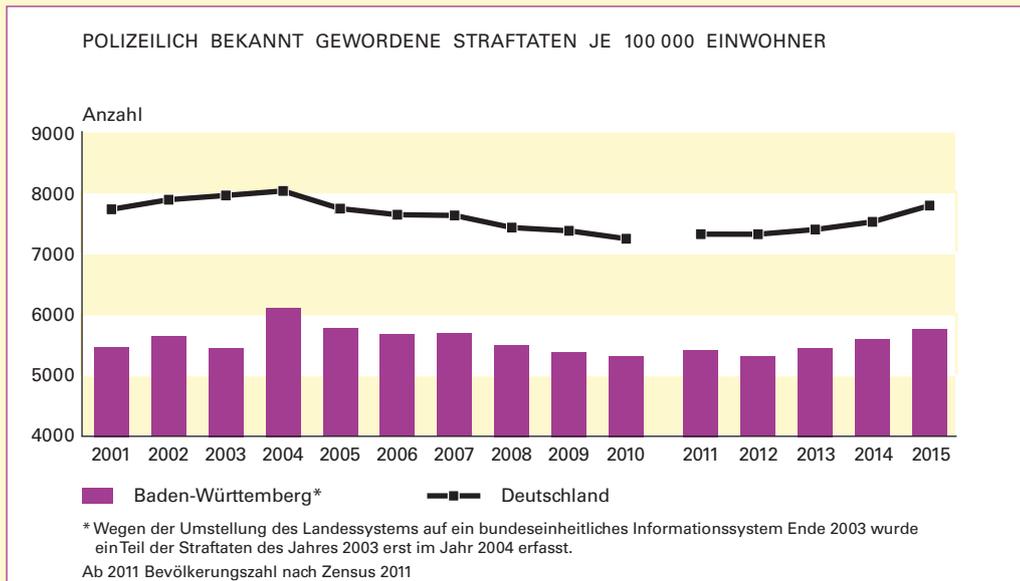
Als ein wichtiger Indikator der persönlichen Sicherheit gilt die Zahl der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten bezogen auf 100 000 Einwohner. Die Straftatenhäufigkeit gibt Hinweise auf die Kriminalitätsbelastung der Bevölkerung bzw. die innere Sicherheit sowie Entwicklungstendenzen der Kriminalität. Veränderungen in der polizeilichen Kriminalstatistik können allerdings auch beispielsweise auf Änderungen im Anzeigeverhalten, in der Verfolgungsintensität der Polizei, der statistischen Erfassung sowie des Strafrechts zurückzuführen sein.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Im Jahr 2015 wurden in Baden-Württemberg 5761 Straftaten je 100 000 Einwohner erfasst. Dies stellt einen leichten Anstieg der Kriminalitätsbelastung von etwa 3 % im Vergleich zum Vorjahr dar. Ohne Berücksichtigung der im besonderen Maße im Jahr 2015 registrierten Straftaten (23 901 Fälle) gegen das Aufenthalts- bzw. Asylgesetz mit Blick auf die herausragenden Flüchtlingsbewegungen wären 5538 Straftaten pro 100 000 Einwohner

zu verzeichnen gewesen und damit lediglich ein geringfügiger Anstieg um 1,4 %.

Im Zeitverlauf betrachtet bewegen sich die in Baden-Württemberg insgesamt bekannt gewordenen Straftaten auf einem gleichbleibenden Stand von rund 30 % unter dem Bundesdurchschnitt (2015: 7797 Straftaten je 100 000 Einwohner). Ziel der Landesregierung ist, die nachhaltige Gewährleistung eines niedrigen Niveaus von deutlich unter 6000 Straftaten je 100 000 Einwohner.



Datenquelle: Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts / Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

16 FRIEDEN,
GERECHTIGKEIT
UND STARKE
INSTITUTIONEN





DEFINITION

Der Indikator zeigt den Anteil der übergewichtigen Erwachsenen differenziert nach Altersgruppen und Geschlecht. Als übergewichtig gilt, wer einem BMI (Body Mass Index) von 25 und mehr aufweist. Der BMI wird berechnet als Körpergewicht in Kilogramm geteilt durch das Quadrat der Körpergröße in Metern. Alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede bleiben unberücksichtigt. Grundlage der Berechnung sind Erwachsene ab 20 Jahren, die im Rahmen der im Jahr 2013 erfolgten Zusatzerhebung zum Mikrozensus die Fragen zu Körpergewicht und Körpergröße beantwortet haben.

BESCHREIBUNG

Übergewicht kann im Zusammenspiel mit anderen Risikofaktoren den Gesundheitszustand erheblich beeinträchtigen. So besteht bei starkem Übergewicht ein erhöhtes Risiko, an Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder Bluthochdruck zu erkranken. Übergewicht wird unmittelbar durch unausgewogene Ernährung und Bewegungsmangel verursacht, ist mittelbar aber auch in Zusammenhang mit sozialen Ursachen zu sehen. Neben den gesundheitlichen und sozialen Folgen wirken sich Übergewicht und die dadurch resultierenden Krankheitskosten auch negativ auf die Volkswirtschaft aus.

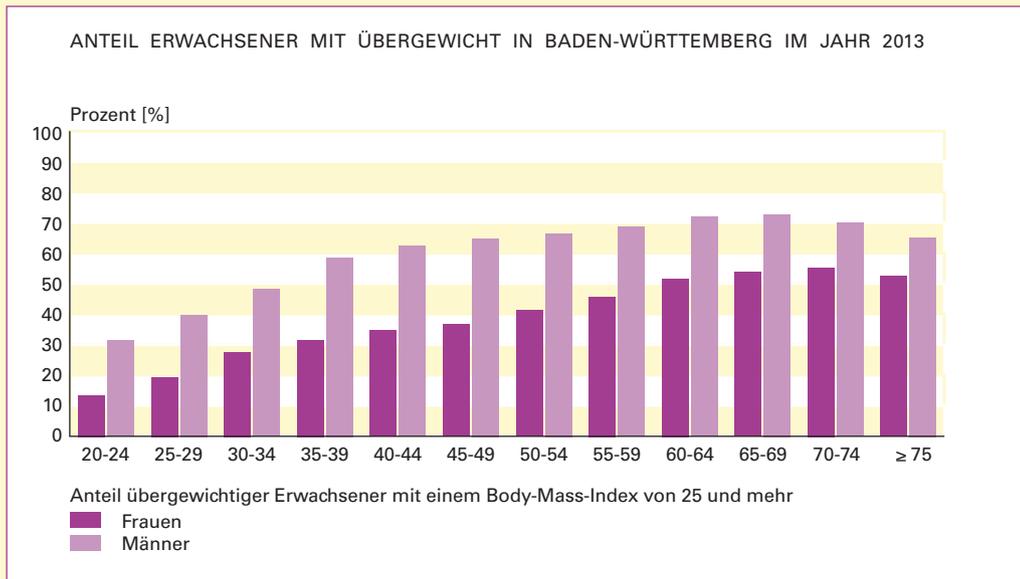
Einen Hinweis auf die Gesundheitsgefährdung durch Übergewicht ergibt sich aus der Kombination der Merkmale Körpergröße und -gewicht, dem Body-Mass-Index (BMI). Menschen mit einem BMI ab 25 gelten nach Klassifikation der Weltgesundheitsorganisation als übergewichtig. Wenn das Übergewicht ein bestimmtes Maß (BMI ab 30) übersteigt, wird es als Adipositas (Fettleibigkeit) bezeichnet.

BEWERTUNG

Das Risiko zum Übergewicht nimmt mit dem Alter grundsätzlich zu. So weisen im Jahr 2013 die 20- bis unter 25-jährigen Männer (31,5 %) und Frauen (13,6 %) den niedrigsten Anteil übergewichtiger Menschen mit einem BMI von 25 oder mehr auf. Am höchsten hingegen liegt der Anteil an übergewichtigen Frauen in der Altersgruppe der 70- bis unter 75-Jährigen (55,4 %). Bei Männern ist dies die Altersgruppe der 65- bis unter 70-Jährigen (73,0 %).

Die vorliegenden Daten lassen aktuell noch keine Trendbewertung zu.

Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2020 das Ernährungs- und Bewegungsverhalten der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern und die Verbreitung von Übergewicht zu verringern.



Datenquelle: Mikrozensus 2013 / Statistisches Landesamt Baden-Württemberg





DEFINITION

Der Indikator „Vorzeitige Sterblichkeit“ misst die Zahl der Todesfälle der unter 65-jährigen Bevölkerung. Diese Zahl wird bezogen auf 100 000 Einwohner der standardisierten unter 65-jährigen Bevölkerung nach der Volkszählung von 1987, einschließlich der unter 1-Jährigen.

BESCHREIBUNG

Gesundheit und Lebenserwartung werden von zahlreichen Einflussfaktoren bestimmt. So auch der Anteil der Bevölkerung, der vor dem 65. Lebensjahr verstirbt. Individuelle Lebensgewohnheiten, beispielsweise der Konsum von Tabak und Alkohol, die Ernährungsweise sowie Umfang und Regelmäßigkeit körperlicher Betätigung, beeinflussen die Lebensdauer. Aber auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen, wie Einkommen und Bildung, die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen oder die Qualität der medizinischen Versorgung spielen eine Rolle.

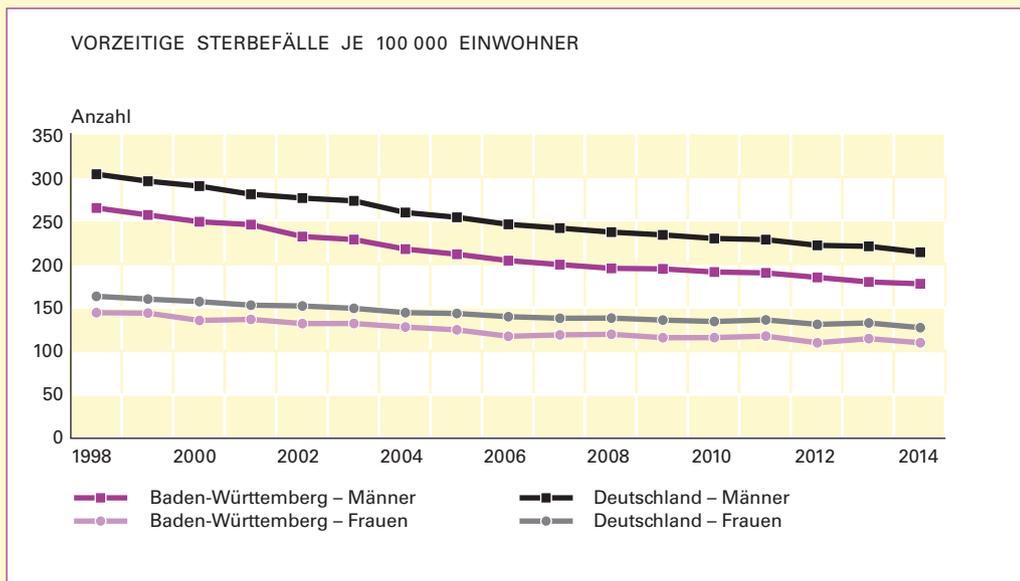
TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist es, die vorzeitige Sterblichkeit zu senken. Entsprechend der unterschiedlichen Lebenserwartung von Männern und Frauen ist der Zielwert für 2015 bei Männern auf höchstens 190 Todesfälle und bei Frauen auf maximal 115 Todesfälle je 100 000 der entsprechenden Bevölkerungsgruppe festgelegt.

Die vorzeitige Sterblichkeit geht in Baden-Württemberg stetig zurück. Bei Männern war

der Rückgang deutlich stärker als bei Frauen. Im Jahr 2014 starben im Land 178 Männer und 111 Frauen je 100 000 der entsprechenden Bevölkerung, bevor sie das 65. Lebensjahr erreichten. Der nationale Zielwert wurde somit in Baden-Württemberg bereits 2014 unterschritten. Wie auch im Bundesdurch-

schnitt hat sich der geschlechterspezifische Abstand bei der vorzeitigen Sterblichkeit von Männern und Frauen weiter leicht verringert. Bundesweit liegt die vorzeitige Sterblichkeit für Männer bei 215 und für Frauen bei 128 Fällen je 100 000 Einwohner und ist damit weitaus höher als in Baden-Württemberg.



Datenquelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes / Statistisches Landesamt Baden-Württemberg





DEFINITION

Der Indikator misst die Anzahl der Verunglückten im Straßenverkehr je 100 000 Einwohner. Verunglückte sind Personen (auch Mitfahrer), die bei einem Straßenverkehrsunfall schwer- oder leichtverletzt bzw. getötet wurden.

BESCHREIBUNG

Die Anzahl der Verunglückten ist ein Maßstab für die Beurteilung des Sicherheitsniveaus im Straßenverkehr. Die Betrachtung der Zahl der Verunglückten bezogen auf die Einwohner bringt als Risikokennziffer das Ausmaß der bevölkerungsbezogenen Gefährdung zum Ausdruck. Sie erlaubt z. B. auch einen Vergleich mit anderen Krankheits- oder Todesursachen, die nicht dem Straßenverkehr zugeordnet werden. Das Verkehrsaufkommen, das sich maßgeblich auf die Unfallhäufigkeit auswirkt, wird bei dieser Kennziffer nicht berücksichtigt.

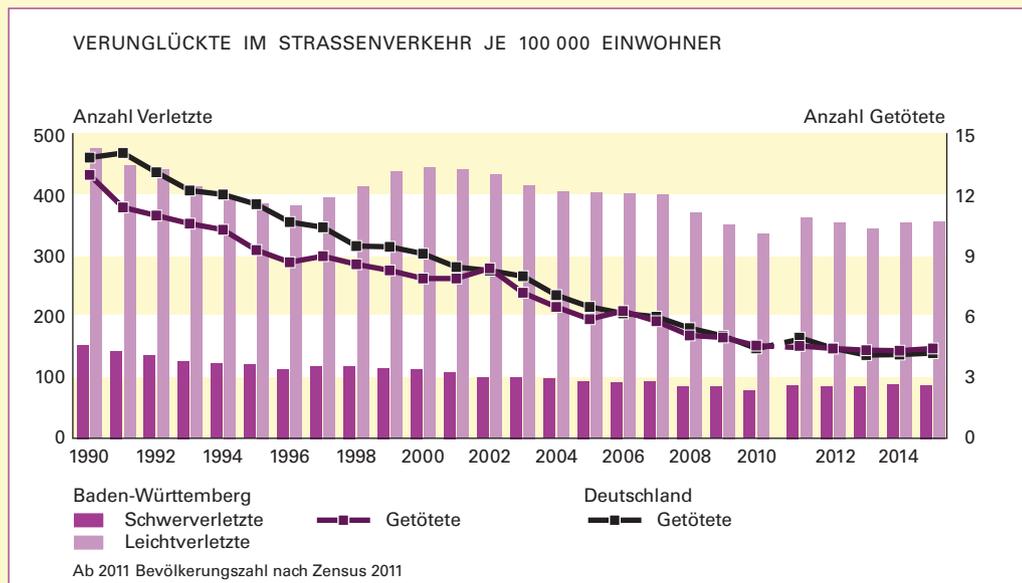
TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Verkehrsunfälle sind eine der häufigsten nicht natürlichen Todesursachen. Die Landesregierung hat sich daher ein ehrgeiziges Ziel gesetzt: Die Anzahl der Verkehrsunfalltoten soll im Vergleich zum Jahr 2010 bis 2020 um 40 % reduziert werden.

Im Jahr 2015 wurden auf Baden-Württembergs Straßen 483 Personen getötet und 48 135 verletzt. Das sind ca. 449 Verunglückte je 100 000 Einwohner. Damit hat sich die

günstige Entwicklung der letzten Jahre (bis auf 2011) bei den Verunglückten je Einwohner seit 2001 tendenziell fortgesetzt, allerdings erhöhte sich im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr sowohl die Zahl der Getöteten als auch die Zahl der Leichtverletzten. Dementsprechend ist die Zahl der Getöteten je Einwohner weiterhin im Vergleich der vergangenen Jahrzehnte seit Einführung der Straßenverkehrsunfallstatistik im Jahr 1953, zwar niedrig, 2015 stieg sie jedoch, ausgehend vom Jahr 2014, wieder leicht an.

Sowohl bei den Schwer- als auch bei den Leichtverletzten wurde das niedrige Niveau von 2010 noch nicht wieder erreicht. Durchschnittlich starb im vergangenen Jahr immer noch ein Mensch täglich im Straßenverkehr, an jedem dritten Tag des Jahres sogar zwei. Als Hauptunfallursachen gelten die nicht angepasste Geschwindigkeit, die Missachtung der Vorfahrt und ungenügender Sicherheitsabstand. Insbesondere bei schweren Verkehrsunfällen spielt auch Alkoholeinfluss eine bedeutende Rolle.





DEFINITION

Durch den Indikator wird der prozentuale Anteil der Bevölkerung in geräuschbelasteten Gebieten erfasst, der dauerhaft einer Belastung oberhalb eines definierten Geräuschpegels ausgesetzt ist. Hierzu werden die Lärmindizes nach der Umgebungslärmrichtlinie der Europäischen Union herangezogen. Dies sind zum einen die über 24 Stunden gemittelte Lärmbelastung L_{den} (Tag, Abend, Nacht) mit Zuschlägen für den Abend- und Nachtzeitraum und zum anderen die ausschließlich über die Nacht gemittelte Lärmbelastung L_{night} (22:00 Uhr bis 6:00 Uhr).

BESCHREIBUNG

Lärm ist ein flächiges Umweltproblem. Bei Dauerbelastungen oberhalb von 65 dB(A) am Tag und 55 dB(A) während der Nacht besteht nach medizinischen Erkenntnissen ein signifikant höheres gesundheitliches Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, für Bluthochdruck und weitere Erkrankungen. Dies ist unabhängig davon, ob die Geräusche von den Betroffenen bewusst als störend wahrgenommen werden oder nicht. Eine physische Gewöhnung an Lärm findet nicht statt.

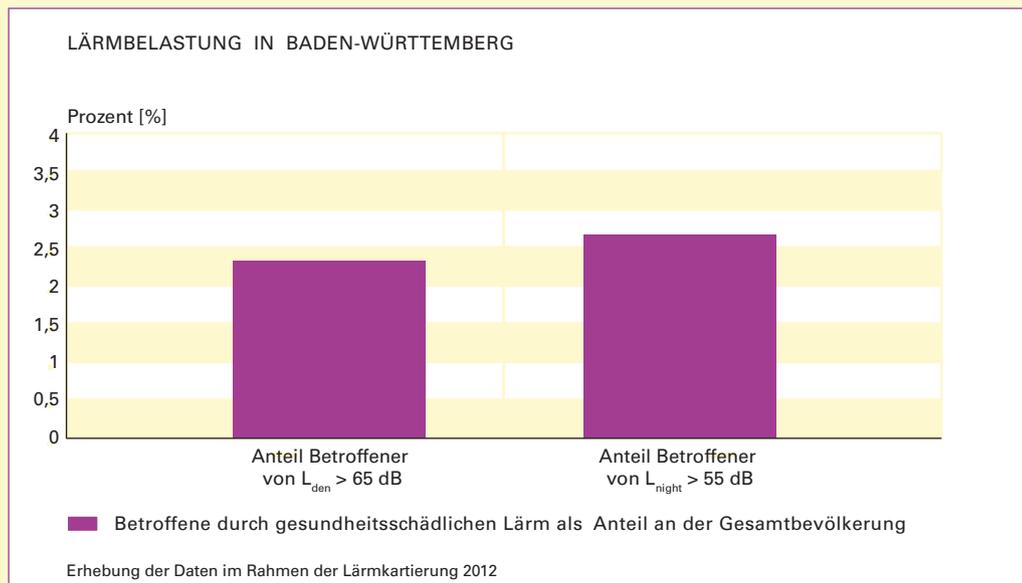
Die Hauptlärmquelle ist der Straßenverkehr. Er hat großen Anteil daran, dass weite Teile der Landesfläche nicht mehr als ruhig bezeichnet werden können. Daneben zählen der Schienen- und Flugverkehr zu den Lärmquellen, die die Anwohner am meisten beeinträchtigen.

Daher hat sich die Landesregierung das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 die Anzahl der Menschen, die einer straßenverkehrsbedingten, gesundheitsschädlichen Lärmbelastung ($L_{night} > 55$ dB(A)) ausgesetzt sind, gegenüber dem Jahr 2012 um 20 % zu reduzieren.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die Lärmkartierung 2012 ergab, dass in Baden-Württemberg 2,3 % der Bevölkerung tagsüber durch Straßenverkehr einer gesundheitsschädlichen Lärmbelastung ($L_{den} > 65$ dB) ausgesetzt sind. Nachts liegt der Anteil von Betroffenen ($L_{night} > 55$ dB) mit 2,7 % der Bevölkerung höher. In Übereinstimmungen mit den Untersuchungszeiträumen der EU-Umge-

bungslärmrichtlinie ist die Fortschreibung des Indikators alle fünf Jahre vorgesehen. Durch methodische Anpassungen der Erhebung von 2012 sind die Ergebnisse nicht mit der vorangegangenen Erhebung von 2007 vergleichbar. Daher wird auch in diesem Bericht auf eine Trendbewertung verzichtet. Die nächste Aktualisierung der Lärmkartierung ist für 2017 vorgesehen.



Datenquelle: LUBW





Subjektive Indikatoren: Zufriedenheit mit Gesundheit, Arbeit und Einkommen sowie allgemeine Lebenszufriedenheit

Subjektive Indikatoren spiegeln die persönlichen Einstellungen der Menschen wider. Sie basieren auf einer repräsentativen Wiederholungsbefragung des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), die bereits seit 25 Jahren durchgeführt wird. Jährlich werden in Baden-Württemberg rund 2500 Personen aus rund 1400 Haushalten befragt. Im Bereich „Teilhabe und Gutes Leben“ wurden vier Meinungsbilder zu Fragen aus dem SOEP herangezogen, die sich mit der Zufriedenheit der Menschen beschäftigen.

Im Jahre 2014 gaben 61 % der Befragten eine hohe Zufriedenheit (auf einer Skala von 0 – niedrig bis 10 – hoch diejenigen, die 7 bis 10 vergeben haben) mit ihrer Gesundheit an. Die Einschätzung von 11 % der Befragten lag bei einer niedrigen Zufriedenheit (0 bis 3 auf der Skala).

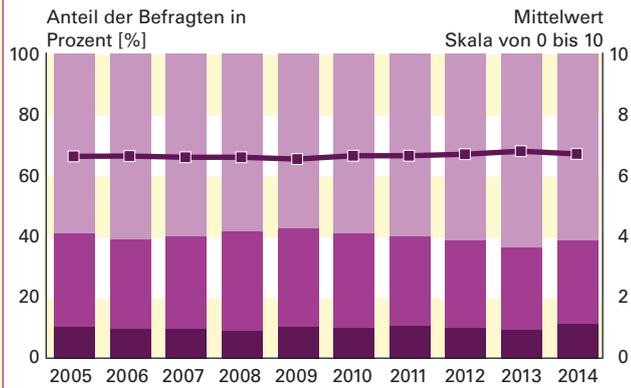
Etwas positiver stellt sich die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger des Landes mit ihrer Arbeit dar. Hier äußerten 2014 70 % der Befragten eine hohe Zufriedenheit gegenüber

6 %, die nicht zufrieden mit ihrer Arbeit sind. In den letzten zehn Jahren hat damit die Anzahl derer, die ihre Arbeit als zufriedenstellend empfinden, um mehr als 10 % erhöht.

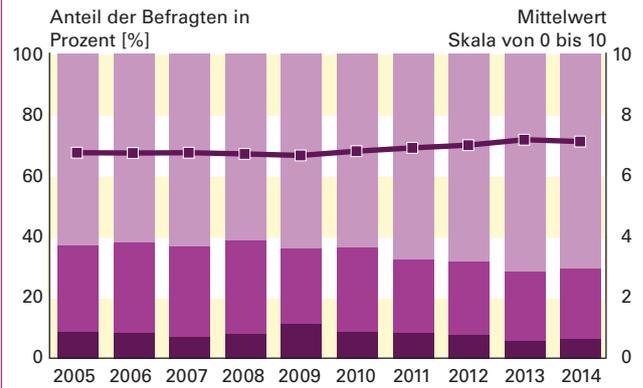
Eine deutlich positive Entwicklung zeigt sich bei der Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger des Landes mit ihrem Einkommen: Gaben 2005 insgesamt 40 % eine hohe Zufriedenheit (7 bis 10) an, lag der Anteil 2014 bei 56 %. Der Anteil derer, die unzufrieden mit ihrem Einkommen sind (0 bis 3), sank dagegen von 23 % im Jahr 2005 auf 14 % im Jahr 2014.

Auf die Frage nach der allgemeinen Lebenszufriedenheit geben drei Viertel der Befragten im Jahr 2014 einen hohen Wert an (7 bis 10), während der Anteil derjenigen, die unzufrieden mit ihrem Leben sind (0 bis 3), bei nur 5 % liegt. Damit hat der Anteil der Befragten, die ihre Zufriedenheit als relativ hoch einschätzen, in den letzten zehn Jahren um etwa 10 % zugenommen, während der Anteil derer, die sich als eher unzufrieden beschreiben, relativ konstant zwischen 4 % und 6 % liegt.

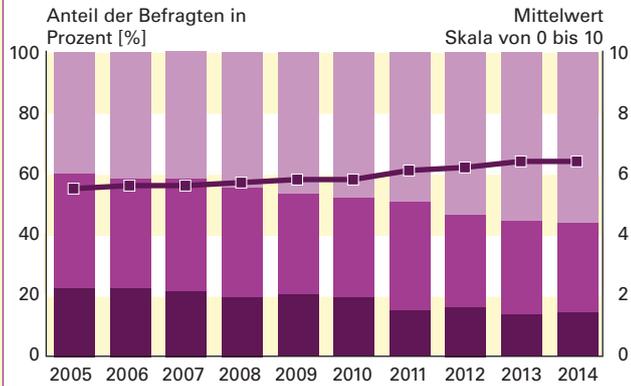
WIE ZUFRIEDEN SIND SIE MIT IHRER GESUNDHEIT?



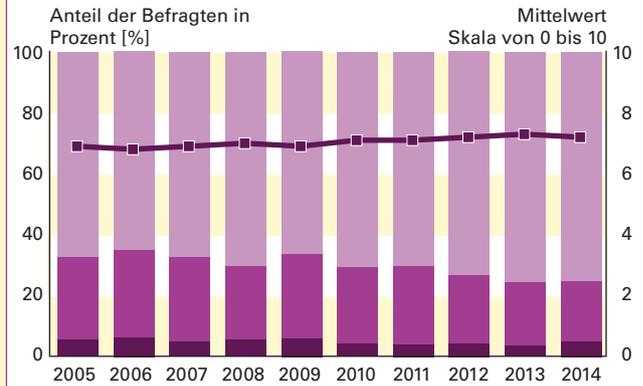
WIE ZUFRIEDEN SIND SIE MIT IHRER ARBEIT?



WIE ZUFRIEDEN SIND SIE MIT IHREM PERSÖNLICHEN EINKOMMEN?



WIE ZUFRIEDEN SIND SIE GEGENWERTIG, ALLES IN ALLEM, MIT IHREM LEBEN?



Skala von 0 – niedrig bis 10 – hoch

0 bis 3

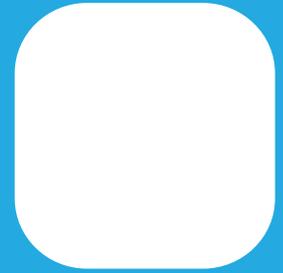
4 bis 6

7 bis 10

Mittelwert



Rahmenbedingungen und vermittelnde Faktoren



- 36 ARZTVERSORGUNG
- 37 TEILNAHME AN VORSORGEUNTERSUCHUNG
- 38 BETEILIGUNG BEI WAHLEN ZUM GEMEINDERAT UND KREISTAG
- 39 FRÜHE SCHULABGÄNGER
- 40 ABSCHLÜSSE IM TERTIÄREN SEKTOR
- 41 INNOVATIONSFÄHIGKEIT
- 42 GÜTERBEFÖRDERUNG DURCH SCHIENENVERKEHR UND BINNENSCHIFFFAHRT
- 43 GÜTERTRANSPORTINTENSITÄT
- 44 ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR
- 45 MODAL SPLIT DES PERSONENVERKEHRSAUFWANDS
- 46 HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG
- 47 ÖFFENTLICHE AUSGABEN FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

**DEFINITION**

Der Indikator beschreibt die Versorgungssituation der Bevölkerung in Baden-Württemberg mit niedergelassenen Ärzten bzw. Ärzten, die in freier Praxis tätig sind. Diese sind in der Regel die erste Anlaufstelle bei gesundheitlichen Problemen. Sie sind für die ambulante Versorgung der Bevölkerung zuständig.

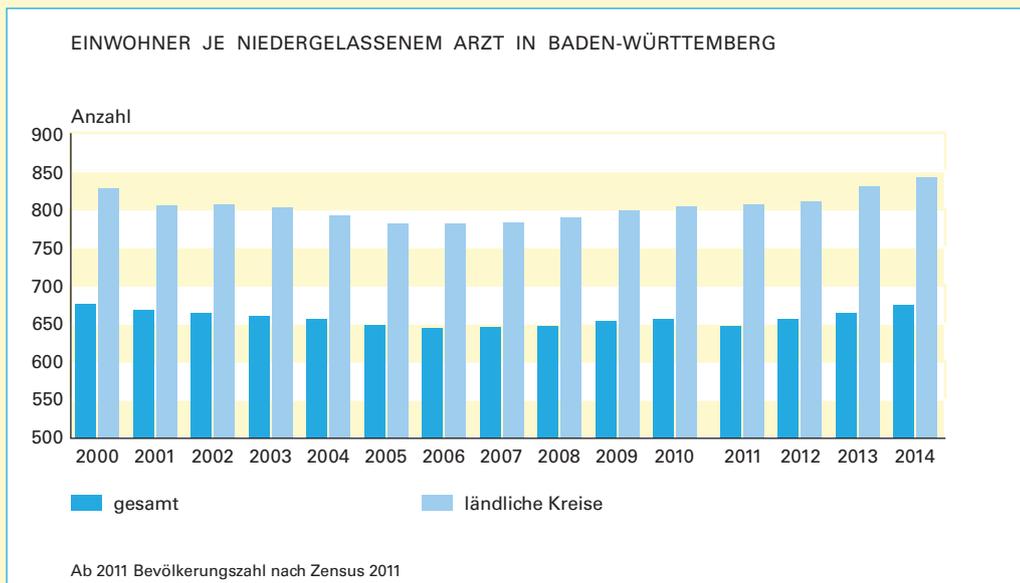
BESCHREIBUNG

Viele junge Ärztinnen und Ärzte zieht es in Städte und Ballungsgebiete. Auf dem Land bestehen zum Teil Nachwuchsprobleme, insbesondere im hausärztlichen Bereich. Die derzeit in den ländlichen Gebieten Baden-Württembergs grundsätzlich stabile Versorgungssituation soll trotz der demographischen und gesellschaftlichen Entwicklungen verbessert werden. Angestrebt wird eine flächendeckende, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg. Im Zusammenwirken mit allen Beteiligten im Gesundheitswesen werden durch bereits eingeleitete Maßnahmen die erforderlichen Versorgungsstrukturen geschaffen.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Bis zum Jahr 2006 ist die Zahl der Einwohner je niedergelassenem Arzt kontinuierlich bis auf 644 zurückgegangen und damit die Versorgungsdichte gestiegen. Seit 2007 hat sie leicht abgenommen: Im Schnitt teilten sich im Jahr 2014 675 Einwohner einen niedergelassenen Arzt, was dem Niveau zur Jahrtausendwende entspricht.

Ähnlich, jedoch auf anderem Niveau, sieht die Entwicklung in den ländlichen Kreisen aus. Die Zahl der Einwohner, die auf einen niedergelassenen Arzt kommen, nahm von 782 im Jahr 2006 auf 843 im Jahr 2014 zu. Die ambulante Versorgungsdichte ist damit in ländlichen Kreisen niedriger als im Landesschnitt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei einigen ländlichen Kreisen Versorgungsfunktionen durch angrenzende Stadt- und hochverdichtete Landkreise wahrgenommen werden.





DEFINITION

Die Vorsorgeuntersuchung U8 wird kurz vor Vollendung des 4. Lebensjahres eines Kindes durchgeführt und gehört zu den gesetzlich vorgeschriebenen Krankheitsfrüherkennungsprogrammen für Kinder. Dieses ist ein mehrteiliges Screening-Programm, das die frühzeitige Aufdeckung wesentlicher Entwicklungsstörungen und Erkrankungen ermöglichen soll. Die Teilnahme ist Pflicht und die Inanspruchnahme und Ergebnisse werden im Vorsorgeheft festgehalten. Im Rahmen der Einschulungsuntersuchungen werden die Eintragungen im Vorsorgeheft durch den öffentlichen Gesundheitsdienst dokumentiert. Der Anteil der Inanspruchnahme bezieht sich immer auf die Zahl der Schulanfänger, die das Vorsorgeheft zur Einschulungsuntersuchung vorgelegt haben.

BESCHREIBUNG

Bei der U8-Untersuchung werden die körperliche und seelische Entwicklung sowie das soziale Verhalten des Kindes geprüft. Beispielsweise interessiert sich der Arzt oder die Ärztin dafür, was das Kind schon alleine machen kann, wie gut es sehen, hören und sprechen kann. Es wird nachgefragt, wie gut das Kind sich konzentrieren kann und ob es leicht oder schwer Kontakt zu anderen Kindern aufnimmt. Weiterhin wird die Beweglichkeit und Geschicklichkeit des Kindes getestet und der Impfstatus kontrolliert. Fehlende Impfungen werden nachgeholt und die weiteren Termine für Auffrischungsimpfungen besprochen. Außerdem verschafft sich der Arzt oder die Ärztin einen Eindruck über die Zähne und den Kiefer des Kindes. Wenn das Kind entwicklungsverzögert, chronisch krank oder behindert ist, wird der Kinderarzt bzw. die Kinderärztin die Entwicklungsschritte, die das Kind gemacht hat, überprüfen und mit den Eltern die weiteren Therapie- und Fördermaßnahmen besprechen.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die Daten zur U8-Untersuchung werden bei den Einschulungsuntersuchungen erhoben

und bieten damit einen stabilen Indikator zur Inanspruchnahme von präventiven Angeboten. Seit Neukonzeption der Einschulungsuntersuchung im Jahr 2009 ist die Vorlage des Vorsorgeheftes Pflicht. Die Daten aus den Jahren zuvor wurden zwar nicht in allen Landkreisen und kreisfreien Städten flächendeckend erfasst, sind aber als breite Datenbasis valide. Der Anteil an Kindern, die an der U8-Untersuchung teilnehmen, ist in den Jahren 2000 bis 2014 auf hohem Niveau mit

geringen Schwankungen leicht angestiegen und befindet sich bei etwas über 92 %, was einer sehr hohen Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung entspricht.

Anmerkung: Der etwas niedrigere Wert im Jahr 2012 beruht auf einer Untererfassung, bedingt durch die Umstellung des Dokumentationsverfahrens auf ein elektronisches Verfahren.



Datenquelle: Einschulungsuntersuchungen, Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg



Beteiligung bei Wahlen zum Gemeinderat und Kreistag



DEFINITION

Der Indikator umfasst den Anteil der Wählerinnen und Wähler bei Wahlen zum Gemeinderat und Kreistag an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten in Prozent (%), kurz Wahlbeteiligung. Dabei fließen sowohl gültige als auch ungültige Stimmen in die Wahlbeteiligung mit ein.

BESCHREIBUNG

Die Höhe der Wahlbeteiligung gilt als Maß für Demokratiebewusstsein bzw. demokratisches Engagement. Geringe Wahlbeteiligungen können mehrere Ursachen haben: Sie können aus mangelndem politischen Interesse resultieren, ein Ausdruck von Protest unzufriedener Bürgerinnen und Bürger sein, aber auch ein Zeichen dafür, dass die Wahl nicht als wichtig angesehen wird (Low-Interest-Wahlen). Eine hohe Wahlbeteiligung gilt als wünschenswert, weil sie ein Zeichen für Demokratiebewusstsein ist und der Legitimation der Gewählten und des demokratischen Staates dient. Die frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger insbesondere auf kommunaler Ebene stärkt die repräsentative Demokratie und damit auch das Wahlverhalten.



TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Mit einem Wert von nur 49,1 % sank die Wahlbeteiligung bei den Gemeinderatswahlen 2014 in Baden-Württemberg auf den niedrigsten Stand seit 1975, als die ersten Gemeinderatswahlen nach der Gemeindereform stattfanden. Auch bei den Kreistagswahlen

len 2014 sank die Wahlbeteiligung gegenüber 2009 um 1,9 Prozentpunkte auf nur noch 49,6 %. Dies ist der niedrigste Wert seit der Kreisreform 1973. Sowohl bei den Gemeinderats- als auch bei den Kreistagswahlen 2014 erstmals weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten teil.



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

16 FRIEDEN,
GERECHTIGKEIT
UND STARKE
INSTITUTIONEN





DEFINITION

Als frühe Schulabgänger werden Personen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren bezeichnet, die weder über eine Hochschulzugangsberechtigung noch über eine Berufsausbildung verfügen und derzeit nicht an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Der Indikator misst den Anteil dieser Personengruppe an allen 18- bis unter 25-Jährigen mit Angaben zum Bildungsabschluss in Prozent (%).

Die Hochrechnung der Jahre 2005 bis 2010 erfolgte anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987, ab 2011 anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011. Die Ergebnisse vor 2011 sind daher nur eingeschränkt vergleichbar.

BESCHREIBUNG

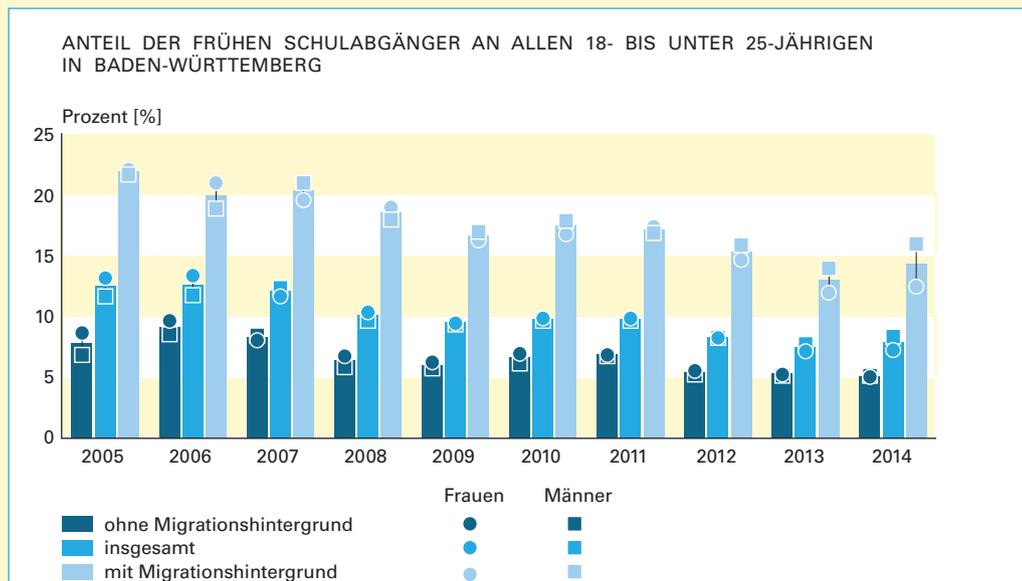
Junge Menschen, die die Schule vorzeitig oder mit einem niedrigeren Bildungsabschluss verlassen, haben auf dem Arbeitsmarkt schlechtere Chancen als Gleichaltrige mit höherem Bildungsabschluss. In einer immer stärker wissensbasierten Wirtschaft erhöht ein fehlender Schul- oder Berufsabschluss das Risiko späterer Arbeitslosigkeit und Armut. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und dem damit verbundenen Rückgang der Zahl der Menschen im Erwerbstätigenalter trägt die Erhöhung des Qualifikationsniveaus auch zur Sicherung des künftigen Arbeitskräfteangebots bei.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Ziel der Wachstumsstrategie Europa 2020 und der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist es, das Bildungssystem so zu verbessern, dass der Anteil der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger unter 10 % sinkt. Dieses Ziel ist im Südwesten bereits seit 2009 erfüllt. Von den 18- bis unter 25-Jährigen, die 2014 in Baden-Württemberg lebten, galten 7,9 % als frühe Schulabgänger. Vor zehn Jahren

lag der Anteil noch bei 12,5 %. Damals zählten Frauen in Baden-Württemberg noch deutlich häufiger zu den frühen Schulabgängern als Männer. Mittlerweile sind es die Männer, die die Schule häufiger ohne Abschluss verlassen, wobei der Abstand zwischen den Geschlechtern relativ gering ist.

Wesentlich größer ist dieser Abstand bei Männern und Frauen mit Migrationshintergrund. Hier sind insgesamt überdurchschnittlich viele frühzeitige Schulabgänger zu verzeichnen. Doch auch hier ist ein positiver Trend erkennbar. Von den Personen mit Migrationshintergrund gehörten 2005 noch 21,9 % zu den frühzeitigen Schulabgängern, 2014 waren dies noch 14,3 %.



Datenquelle: Mikrozensus / Statistisches Landesamt Baden-Württemberg





DEFINITION

Der Indikator misst den Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit einem Abschluss des Tertiärbereichs an allen 30- bis unter 35-Jährigen mit Angaben zum Bildungsabschluss. Zu Abschlüssen des Tertiärbereichs zählen Fachhochschul- oder Hochschulabschlüsse, die Meister/Technikerausbildung oder gleichwertige Fachschulabschlüsse, der Abschluss an einer Fachakademie, Berufsakademie oder Verwaltungsfachhochschule, die Promotion sowie bis 2013 die Abschlüsse der zwei- und dreijährigen Schulen des Gesundheitswesens. Klassifikation bis 2013 gemäß International Standard Classification of Education (ISCED) 97 Stufen 5 und 6, ab 2014 USCED 2011 mit den Stufen 5 bis 8.

Darüber hinaus gab es kleinere Anpassungen der Zuordnung sowie 2011 eine Umstellung der Hochrechnungsbasis. Ein Zeitvergleich ist dadurch nur eingeschränkt möglich.

BESCHREIBUNG

Hochqualifizierte leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und Verbreitung von Wissen und Technologien. Sie sind in entwickelten Volkswirtschaften stark nachgefragte Arbeitskräfte und gelten daher als einer der Schlüsselfaktoren für wirtschaftliches Wachstum, Fortschritt und Innovation. Im Rahmen der Wachstumsstrategie Europa 2020 hat die Europäische Union sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der jungen Erwachsenen mit einem Abschluss des Tertiärbereichs insgesamt zu steigern.

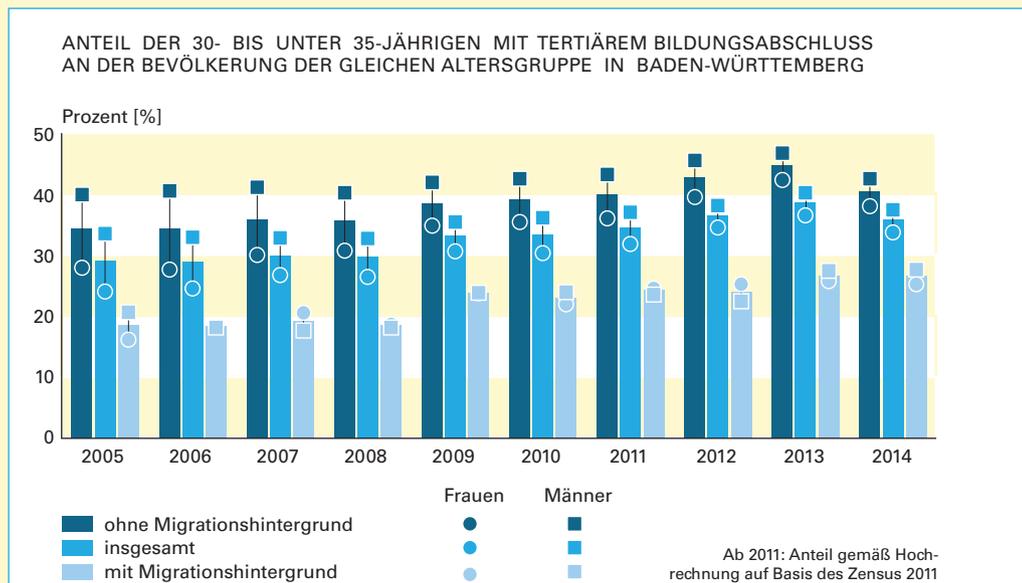
TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Der Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit einem tertiären Bildungsabschluss ist in Baden-Württemberg zwischen 2005 und 2013 von 29,1 % auf 38,6 % angestiegen. Sollte sich der Anstieg bis 2020 unverändert fortsetzen, dürfte der Zielwert der Wachstumsstrategie Europa 2020 von 42 % in Baden-Württemberg erreicht werden. Der Rückgang von 2013 bis 2014 auf 35,8 % ist im Wesentlichen dadurch bedingt, dass die Abschlüsse der 2- bzw. 3-jährigen Schulen des Gesundheitswesens ab 2014

nach ISCED 2011 nicht mehr zu den tertiären Abschlüssen zählen.

Im Jahr 2014 hatten 37,6 % der Männer und 33,9 % der Frauen im Alter von 30 bis unter 35 Jahren einen Hochschulabschluss oder entsprechenden beruflichen Abschluss. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern hat sich seit 2005 mehr als halbiert. Der Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit Migrationshintergrund und einem tertiären Bildungsab-

schluss ist unterdurchschnittlich. Es zeichnet sich allerdings ein eindeutig steigender Trend ab: Der Anteil der 30- bis unter 35-Jährigen mit Migrationshintergrund und einem tertiären Bildungsabschluss gemessen an den Personen mit Migrationshintergrund derselben Altersgruppe stieg in den letzten zehn Jahren von 18,6 % auf 26,6 %, wobei hier der Anstieg bei den Frauen noch deutlicher ausfiel von 16,3 % 2005 auf 25,4 % im Jahr 2014.





DEFINITION

Der Indikator besteht aus den Elementen private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie der Anzahl an Patentanmeldungen. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) von Wirtschaft, Staat und Hochschulen werden als prozentualer Anteil am nominalen Bruttoinlandsprodukt gemessen. Die Patentanmeldungen umfassen die Patentanmeldungen beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA), d. h. beim DPMA eingereichte Patentanmeldungen sowie internationale Patentszusammenarbeitsverträge, die beim DPMA in die nationale Phase eingetreten sind.

BESCHREIBUNG

Die Ausgaben für FuE und die Anzahl der Patentanmeldungen sind maßgebliche, wenn auch nicht alleinige Bestimmungsgrößen für die Innovation einer Wirtschaft. So haben beispielsweise auch Bruttoanlageinvestitionen Einfluss auf Innovationen (vgl. Indikator 16 Bruttoanlageinvestitionen). Die Wirkung höherer Ausgaben für FuE liegt darin, die Produktivität zu steigern, das Wachstum zu erhöhen, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und auch Produktions- und Konsummuster in Richtung Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln.

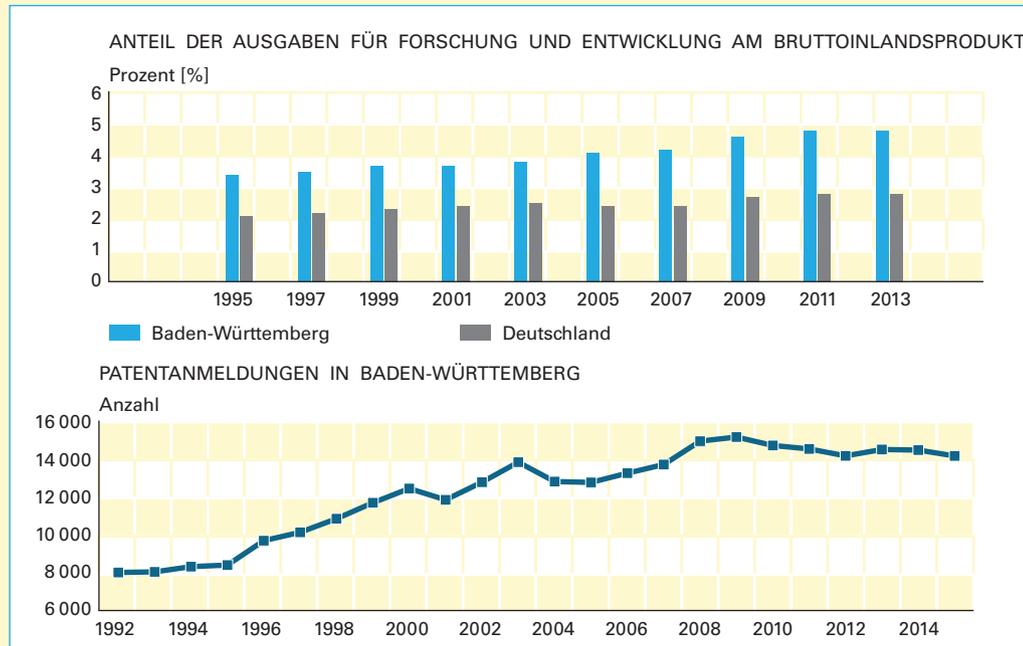
Ein Patent schützt neue technische Erfindungen und Innovationen. Es verleiht seinem Inhaber das räumlich und zeitlich befristete Privileg, allein über die Erfindung zu verfügen. Er erhält ein Exklusivrecht für die Verwertung seiner Erfindung und kann so wirtschaftlichen Nutzen aus dieser ziehen. Mit der Patentanmeldung stimmt der Patentinhaber gleichzeitig zu, dass seine Erfindung veröffentlicht wird. Ein Patent kann damit anderen Erfindern als Maßstab und Basis für Weiterentwicklungen auf dem betreffenden Gebiet der Technik dienen.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Seit 1995 ist ein kontinuierlicher Anstieg der FuE-Ausgaben zu verzeichnen. Im Jahr 2013 betragen diese in Baden-Württemberg 20,2 Mrd. Euro, was einem Viertel der gesamtdeutschen Ausgaben entspricht (79,7 Mrd. Euro). Kein anderes Bundesland investierte in dieser Größenordnung. Baden-Württemberg hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 den Anteil an Ausgaben

von FuE am Bruttoinlandsprodukt auf 5,5 % zu steigern, im Jahr 2013 lag dieser bei 4,8 %.

Im Jahr 2015 wurden deutschlandweit 47 377 Patente angemeldet, davon stammen 30 % (14 220) aus Baden-Württemberg. So kamen auf 100 000 Einwohner 133 Patentanmeldungen, das war im Bundesvergleich der höchste Wert. Im Bundesdurchschnitt lag dieser bei 58 Patentanmeldungen pro 100 000 Einwohner.



FuE: Datenquellen: Stifterverband Wissenschaftsstatistik, Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“
 Patente: Datenquelle: Jahresberichte des Deutschen Patent- und Markenamts



Güterbeförderung durch Schienenverkehr und Binnenschifffahrt



DEFINITION

Der Indikator setzt den Verkehrsaufwand von Binnenschifffahrt und Schienenverkehr in Relation zum insgesamt erfassten Verkehrsaufwand im Güterverkehr in Baden-Württemberg. In der Verkehrsstatistik ist für den Begriff Verkehrsaufwand auch der Begriff Verkehrsleistung geläufig.

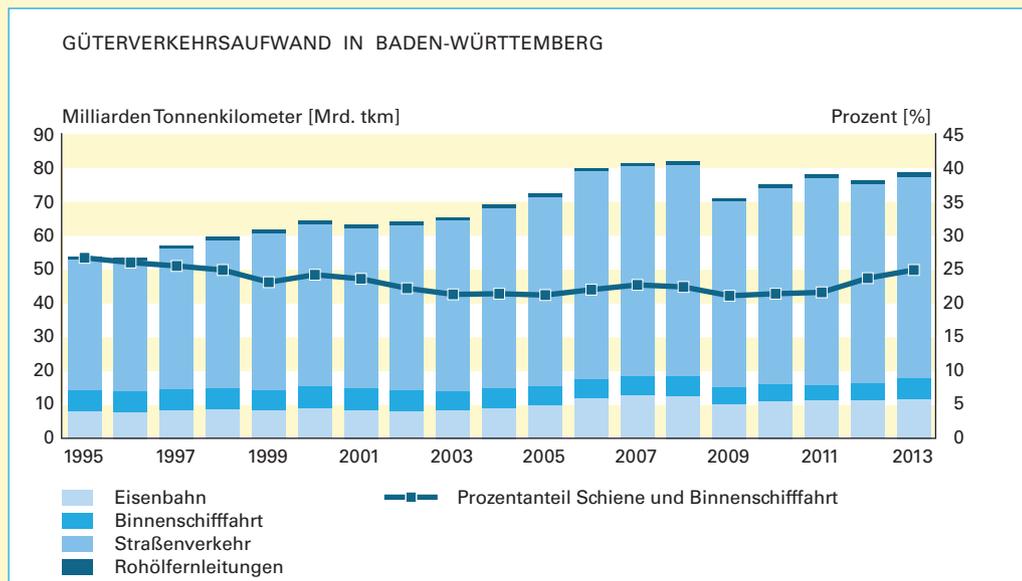
BESCHREIBUNG

Der Transport von Gütern auf der Schiene oder mit Binnenschiffen führt bei gleicher Transportleistung zu geringeren Umweltbelastungen als der Transport auf der Straße oder durch die Luft. Die dargestellte Relation von Verkehrsaufwand des Güterverkehrs per Schiene und Binnenschiff zum insgesamt erfassten Güterverkehr spiegelt in der Tendenz die Höhe der Umweltbeeinträchtigungen wider. Eine Veränderung zu Ungunsten des energie- und schadstoffärmeren Schienen- und Binnenschiffsverkehrs kann in der Regel mit einer Erhöhung der Umweltbelastung gleichgesetzt werden.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Der Anteil des Schienen- und Binnenschiffsverkehrs liegt im Jahr 2013 bei insgesamt steigendem Güterverkehrsaufwand bei 22,7 %. Er konnte sich somit, mit leichten Schwankungen, seit 2003 auf gleichem Niveau stabilisieren und ist niedriger als noch in den 1990er Jahren (ca. 26 %). Seit 2011 stieg der Anteil des Schienen- und Binnenschiffsverkehrs von 20,2 % auf 22,7 % im Jahr 2013 wieder leicht an.

Den kleineren Anteil hat der Gütertransport via Binnenschifffahrt mit 7,8 % (2013) am gesamten Güterverkehrsaufwand. Der Güterverkehrsaufwand auf Schienen erreichte hier im Jahr 2013 einen Anteil von 14,8 %. Der größte Anteil von Gütertransporten wird mit 75,1 % allerdings weiterhin auf der Straße zurückgelegt. Zwei Jahre zuvor lag dieser noch bei 78,3 % (2011).



Datenquelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



DEFINITION

Die Gütertransportintensität ist ein Maßstab für die Entwicklung des Güterverkehrsaufwands in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Der Güterverkehrsaufwand errechnet sich als Produkt aus den im betrachteten Zeitraum beförderten Gütern in Tonnen und den jeweils zurückgelegten Transportentfernungen in Kilometern.

Der Indikator gibt darüber Auskunft, ob das Wirtschaftswachstum von der Güterverkehrsnachfrage entkoppelt ist oder nicht. Die Zielrichtung stimmt, wenn die Transportintensität rückläufig ist.

Der Begriff Güterverkehrsaufwand wird synonym zum Begriff Güterverkehrsleistung verwendet.

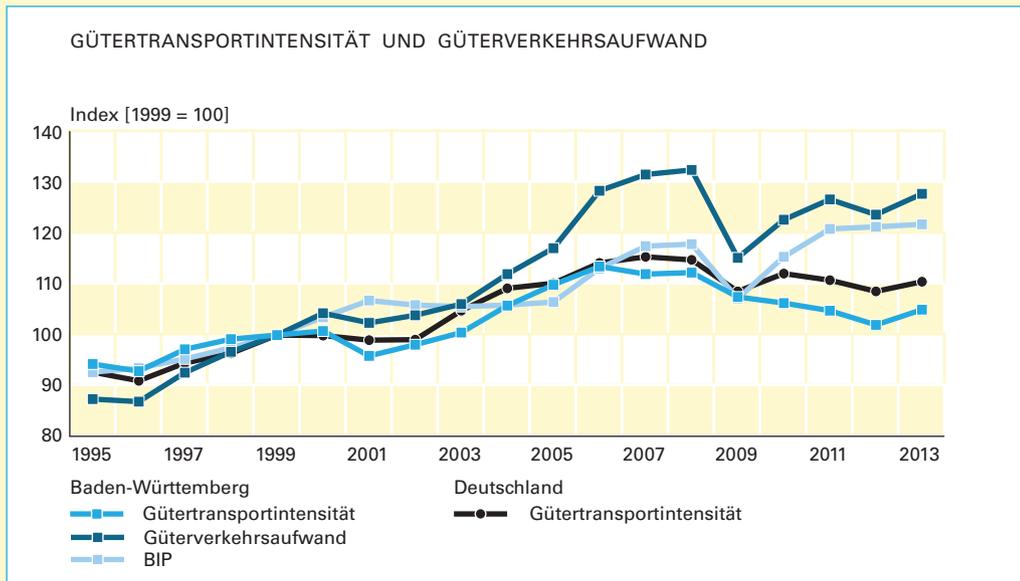
BESCHREIBUNG

Neben der Entkopplung von Wirtschaftsleistung und Verkehrsaufwand geht es darum, die verkehrlichen Belastungen durch Erhöhung der umweltfreundlicheren Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße zu bewältigen. Zunehmende Gütertransporte sind noch immer eine Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Wachstums. Der Anstieg ist allerdings mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt verbunden (Lärm, Schadstoffausstoß, Flächenverbrauch und Landschaftszerschneidung). Der verkehrsbedingte Schadstoffausstoß muss daher auf ein Niveau verringert werden, das die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt minimiert. Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sieht in einem möglichst umweltschonenden Verkehr eine große Bedeutung für das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Volkswirtschaft.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Ziel der Bundesrepublik ist die Reduzierung der Gütertransportintensität bis 2020 auf 95 % gegenüber 1999. In Baden-Württemberg ist die Transportintensität im Güterverkehr entgegen dieser formulierten Zielvorgabe bis 2006 deutlich angestiegen. Seit 2007 bewegt

sich der Indikator Gütertransportintensität trotz des leichten Anstiegs im aktuellen Berichtsjahr 2013 in die gewünschte Richtung. Trotzdem lag die Gütertransportintensität im Jahr 2013 um fünf Prozentpunkte höher als im Jahr 1999.





DEFINITION

Der Indikator beschreibt die Beförderungsleistung des Öffentlichen Personennahverkehrs ÖPNV. Er umfasst den Liniennahverkehr innerhalb Baden-Württembergs mit Eisenbahnen (inklusive des S-Bahn-Verkehrs), Straßenbahnen und Omnibussen. Der Gelegenheitsverkehr und der Personenfernverkehr mit Omnibussen bleiben unberücksichtigt. Angegeben wird die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in Personenkilometer pro Einwohner und Jahr (Pkm/EWa). Die Beförderungsleistung ergibt sich aus der Multiplikation der Zahl der Fahrgäste im ÖPNV mit deren durchschnittlicher Reiseweite in Kilometern. Der Begriff Verkehrsaufwand wird dabei synonym zum Begriff Verkehrsleistung verwendet.

BESCHREIBUNG

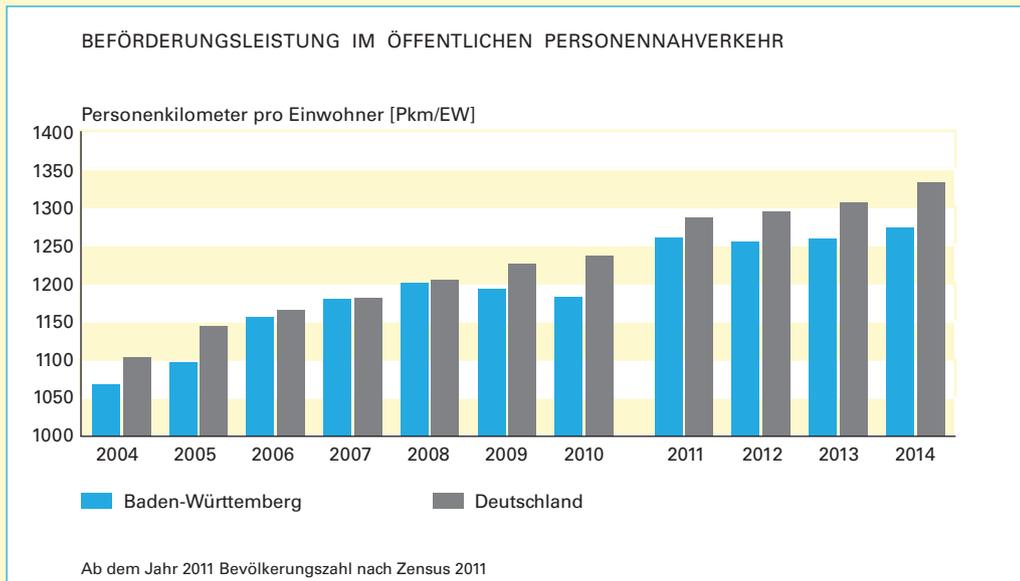
Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel entlastet besonders Innenstädte, Hauptverkehrsstraßen und Wohngebiete mit Durchgangsstraßen von Lärm und Abgasen. Eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs könnte auch den Flächenverbrauch für den Straßenausbau und für Parkraum verringern.

Die Veränderung des Verkehrsaufwands im ÖPNV spiegelt die Nachfrage der Bevölkerung nach Angeboten des öffentlichen Verkehrs wider. Sie ist ein Hinweis für eine nachweisbare Substitution von Umwelteffekten des motorisierten Individualverkehrs. Eine Veränderung zugunsten energie- und schadstoffarmer Verkehrsmittel geht dabei mit einer Verminderung der Umweltbelastung einher.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Trotz eines leichten Rückgangs in den Jahren 2009 und 2010 zeigt die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Baden-Württemberg seit 2004 einen insgesamt positiven Trend und liegt 2014 bei insgesamt 1274 Personenkilometern je Einwohner. Sie stieg damit um 19,3 %. Bis zum Jahr 2030 strebt die Landesregierung eine deutliche Erhöhung der Fahrgastzahlen im ÖPNV

an. Um mehr Bürgerinnen und Bürger für die Nutzung des ÖPNV zu gewinnen, will die Landesregierung Busse und Bahnen im ganzen Land stärken, um auch abseits der Metropolregionen ein attraktives, verlässliches und bedarfsangepasstes (Grund-)Angebot im ÖPNV von frühmorgens bis spätabends im Stundentakt sicherzustellen (ÖPNV-Offensive in der Fläche).



Modal Split des Personenverkehrsaufwands



DEFINITION

Modal Split bezeichnet die Verteilung der von den Personen zurückgelegten Wege auf die einzelnen Verkehrsträger pro Zeiteinheit (z. B. durchschnittlicher Tag oder Jahr). Von einem Weg wird gesprochen, wenn sich eine Person außer Haus zu Fuß oder mit anderen Verkehrsmitteln von einem Ort zu einem anderen Ort bewegt. Hin- und Rückweg werden als zwei Wege gezählt. Erfolgt auf dem Weg zu einem Ziel der Umstieg zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln, so bleibt es weiterhin ein Weg. Da das Mobilitätsverhalten in Deutschland nur in großen Abständen erfasst wird, gehen die aktuellen Zahlen auf das Jahr 2008 zurück. Die Ergebnisse der nächsten Datenerhebung werden voraussichtlich im Jahr 2018 veröffentlicht.

BESCHREIBUNG

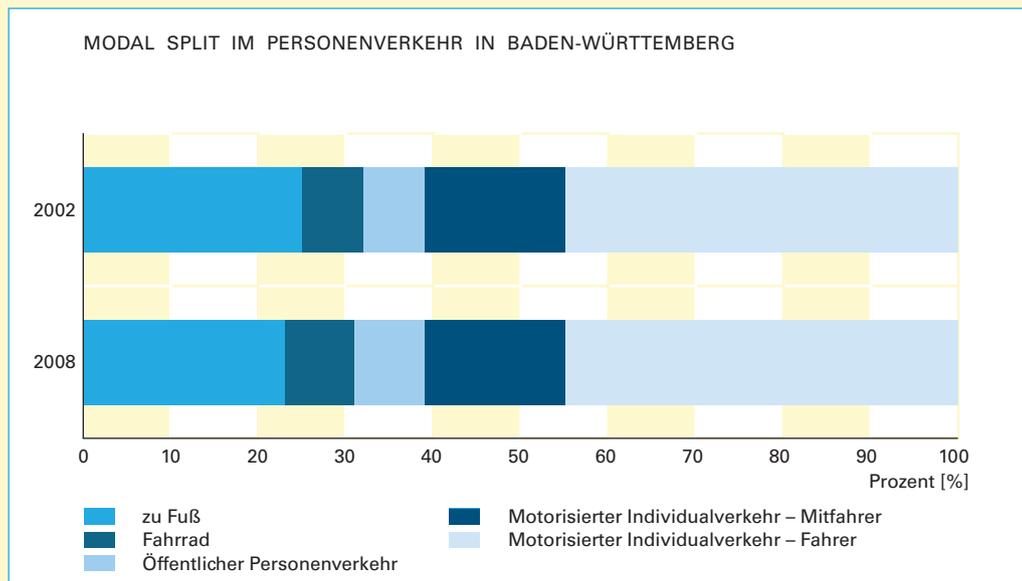
Mobilität ist heute eine Selbstverständlichkeit. Ebenso unbestritten wie die Notwendigkeit einer bedarfsgerechten Mobilität sind aber auch die vielfältigen nachteiligen Auswirkungen, die vom Verkehr ausgehen. Umweltbelastungen entstehen vor allem durch die Umwandlung fossiler Energieträger, durch Emissionen von Luftschadstoffen, durch Lärmbelastigungen und durch die Inanspruchnahme von Flächen. Dabei belasten die verschiedenen Verkehrsträger Umwelt und Gesundheit unterschiedlich stark. Je größer dabei der Anteil der umweltfreundlichen Verkehrsträger am Modal Split ist, desto weniger umweltbelastende Einflüsse gehen mit der Mobilität einher.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Baden-Württemberg hat sich zum Ziel gesetzt bis 2020 den Anteil des Radverkehrs am Modal Split auf 16 % zu verdoppeln, bis 2030 soll der Anteil des Radverkehrs auf 20 % steigen. Von 2002 bis 2008 veränderte sich der Modal Split in Baden-Württemberg geringfügig zugunsten des Fahrrads und des Öffentlichen Personenverkehrs (ÖPV) um

jeweils einen Prozentpunkt auf je 8 %. Der ÖPV umfasst den Öffentlichen Personennah- und den Personenfernverkehr. Der Anteil des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) blieb stabil bei insgesamt 61 %, wobei der weitaus größere Anteil als MIV-Fahrer zurückgelegt wird (45 %). Demgegenüber ging das Verkehrsaufkommen zu Fuß zwischen 2002 und 2008 um 2 Prozentpunkte auf 23 % zurück.

Damit sind die eigenen Füße aber immer noch das zweitwichtigste Verkehrsmittel. Im Vergleich zu den bundesdeutschen Zahlen gibt es bedeutende Unterschiede. Hier ging der motorisierte Individualverkehr von 60 % auf 58 % zurück, wohingegen die restlichen Verkehrsmittel um jeweils einen Prozentpunkt zulegen konnten.



Datenquelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung





DEFINITION

Der Indikator Haushaltskonsolidierung umfasst zwei Elemente. Das erste Element ist die Einhaltung der nach § 18 LHO (Landeshaushaltsordnung) zulässigen Kreditaufnahme. Grundlage hierfür bildet die zulässige Kreditaufnahme nach § 1 Absatz 2 der VO zu § 18 LHO. Diese ergibt sich aus dem Basiswert nach § 1 Absatz 1 VO zu § 18 LHO nach Verrechnung mit der Steuerschwankungs- und der Finanztransaktionskomponente (§ 2 bzw. § 3 VO zu § 18 LHO). Im Vergleich darf die in Anspruch genommene Kreditaufnahme die zulässige Kreditaufnahme nicht übersteigen. Das zweite Element sind die Schulden des Landes am Kreditmarkt in haushaltsrechtlicher Abgrenzung je Einwohner (Euro je Einwohner). Dies sind Kredite, die entsprechend den jeweiligen haushaltsgesetzlichen Kreditermächtigungen zur Haushaltsfinanzierung am Kreditmarkt aufgenommen wurden.

BESCHREIBUNG

Solide Staatsfinanzen sind ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigen Finanzpolitik. Ziel ist es daher, zunächst den bestehenden haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarf durch dauerhaft wirkende Konsolidierung nachhaltig zu beseitigen, ohne notwendige Investitionen zu vernachlässigen. Mit dem Finanzplan für die Jahre 2015 bis 2020 hat Baden-Württemberg den Weg aufgezeigt, dieses Ziel zu erreichen und der grundgesetzlichen Schuldenbremse zu entsprechen. Die Kreditmarktschulden geben zusätzliche Hinweise auf finanzielle Einschränkungen des Gestaltungsspielraums bei der Aufgabenerfüllung des Landes aufgrund des zu leistenden Schuldendienstes.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

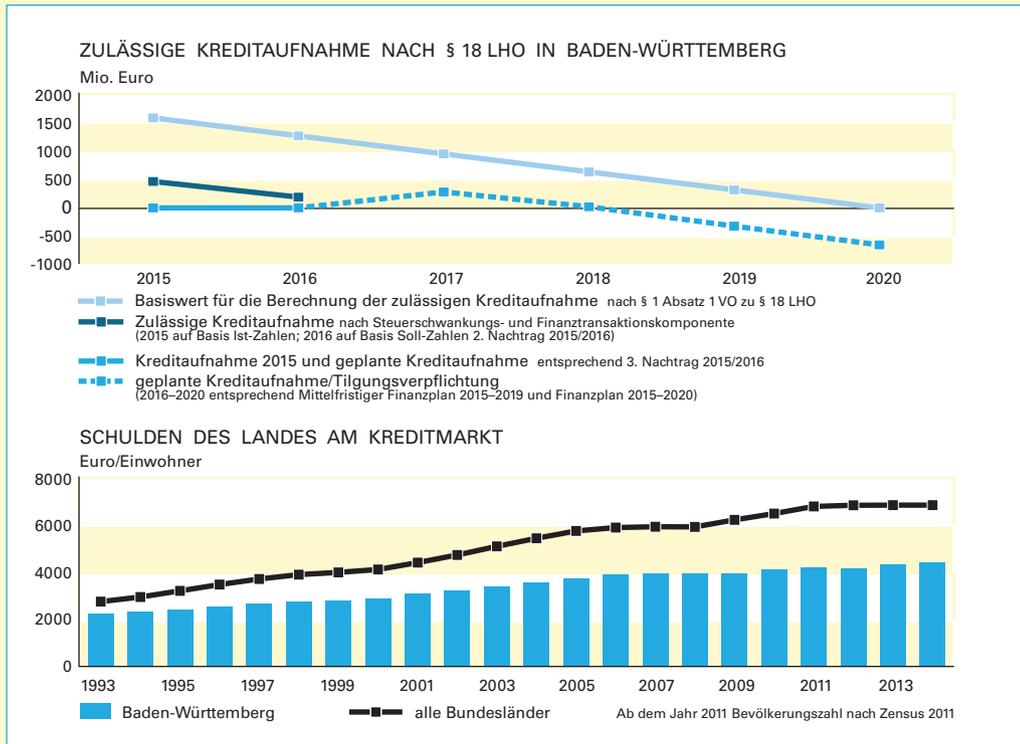
Mit der doppelten Nullverschuldung 2015 (Ist) und 2016 (Soll) wird der Wert der zulässigen Kreditaufnahme deutlich unterschritten (oberes Schaubild). Auch für 2017 und 2018 wird angestrebt, trotz weiterhin bestehenden haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarfs, keine neuen Schulden aufzunehmen. Unabhängig davon enthält der Finanzplan ab 2017



die gemäß § 1 der VO zu § 18 LHO berechneten Werte der zulässigen Kreditaufnahme bzw. der sich rechnerisch ergebenden Tilgungsverpflichtungen.

Die Verschuldung in Baden-Württemberg war in den vergangenen Jahrzehnten beständig an-

gestiegen. Im Jahr 2014 lag sie bei 4341 Euro je Einwohner. Für alle Länder lag sie 2014 durchschnittlich bei 6767 Euro je Einwohner. Baden-Württemberg weist damit eine verhältnismäßig geringe Kreditmarktverschuldung je Einwohner auf (unteres Schaubild).



Datenquellen: (oberes Schaubild) Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg; Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 Reihe 5; (unteres Schaubild) Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 Reihe 5, Zentrale Datenstelle der Landesfinanzminister



Öffentliche Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit



DEFINITION

Der Indikator umfasst den Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben (Official Development Assistance, ODA) am Bruttonationaleinkommen. Dabei ist der größte, aus der Bildungshoheit der Länder resultierende Posten die gebührenfreie Bereitstellung von Studienplätzen für Studierende aus DAC-Ländern (Festlegung erfolgt durch das Development Assistance Committee/DAC der OECD). Entwicklungspolitische Haushaltsmittel gelten nur dann als ODA, wenn sie als finanzielle und technische Hilfen von staatlichen Stellen geleistet werden und an DAC-Länder gehen, hauptsächlich der Förderung von Entwicklung und besseren Lebensbedingungen dienen und (teilweise) ein Zuschuss sind. Relevante Ausgaben für die Sustainable Development Goals (SDG) der Vereinten Nationen im Inland bzw. bei nicht-DAC Partnern werden nicht berücksichtigt!

BESCHREIBUNG

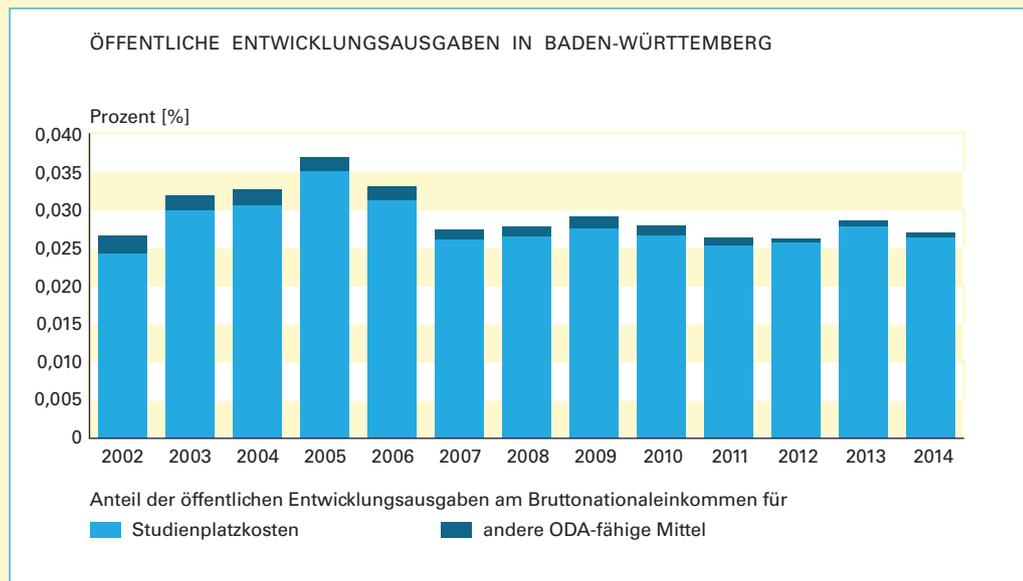
Unsere Lebensweise und das globale Wirtschaftssystem führen zu sich verschärfenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen. Sie sind geprägt von einem nicht vertretbaren Ressourcenverbrauch, rasantem Klimawandel und ungerechten Welthandelsstrukturen. Sie vergrößern die Schere zwischen Arm und Reich und bedrohen die Lebensgrundlage vor allem in ärmeren Regionen der Welt. Gleichzeitig verschieben sich durch die wirtschaftliche und politische Dynamik eines Teils der Entwicklungsländer die globalen Rahmenbedingungen und Strukturen. Vor diesem Hintergrund kommt dem entwicklungspolitischen Engagement des Landes wachsende Bedeutung zu. Mit den neuen, universell gültigen SDG wurde Deutschland als führende Industrienation zugleich zum „Entwicklungsland“: Entwicklungspolitik bedeutet heute, weltweit die gemeinsame Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Gestaltung der Zukunft wahrzunehmen. Baden-Württemberg bekennt sich zu dieser internationalen Verantwortung. Grundlage der Entwicklungspolitik des Landes sind die 2013 verabschiedeten,

Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg, die auf Landesebene in weiten Teilen die 2015 verabschiedeten SDG der UN vorweggenommen haben und in die Landesnachhaltigkeitsstrategie integriert sind.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Baden-Württemberg hat für die ODA im Jahr 2014 insgesamt 121 Millionen Euro verausgabt und damit im Ländervergleich den Spitzenplatz verteidigt. Dies entspricht einem Anteil

der ODA am Bruttonationaleinkommen von 0,028 %. Seit 2007 liegt dieser Anteil relativ konstant zwischen 0,026 % und 0,029 %. Ein wichtiger SDG-relevanter Aspekt, der sich allerdings weniger auf die ODA auswirkt, ist dabei, dass im Rahmen der „anderen ODA-fähigen Mittel“ seit 2012 die Projektmittel für das entwicklungspolitische Engagement von 400 000 Euro auf 1 Million Euro mehr als verdoppelt wurden.



Impressum

HERAUSGEBER

Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie
Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Kernerplatz 9, 70182 Stuttgart
Telefon 0711 126-2941 und 0711 126-2660
E-Mail: nachhaltigkeitsstrategie@um.bwl.de
www.nachhaltigkeitsstrategie.de

BEARBEITUNG

LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg
Postfach 10 01 63, 76231 Karlsruhe
www.lubw.baden-wuerttemberg.de

GESTALTUNG

ÖkoMedia GmbH, www.oekomedia.com

DRUCK

Offizin Scheufele Druck und Medien GmbH + Co. KG, www.scheufele.de
Klimaneutral gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, das mit dem Blauen Engel zertifiziert ist.

VERÖFFENTLICHUNG

Dezember 2016

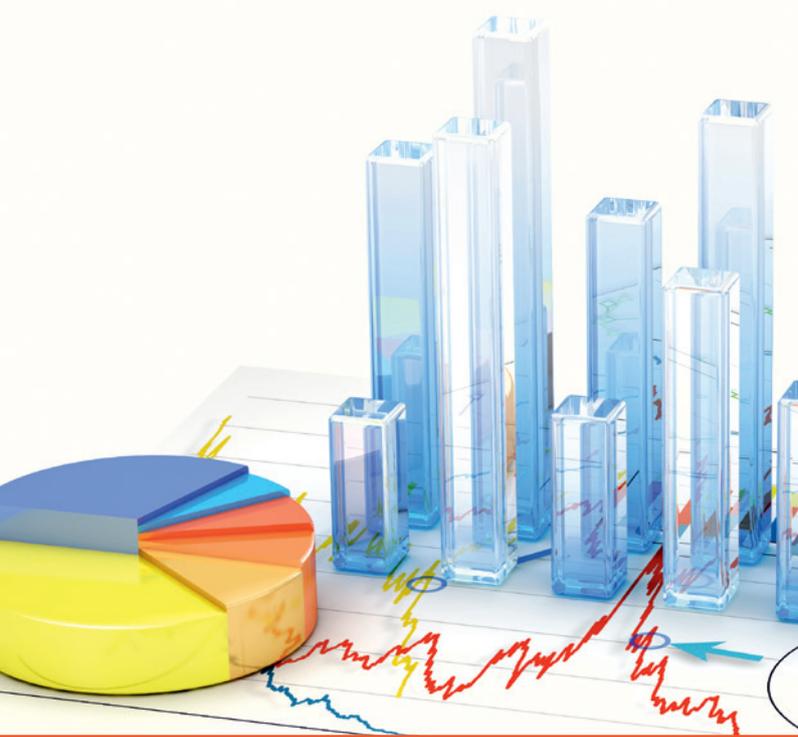


Textquellen

Einleitung	Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, Neuauflage 2016, Entwurf Stand: 30. Mai 2016 Die Bundesregierung, Presse- und Informationsamt
8 Waldzustand	Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg (FVA): Waldzustandsbericht 2015; ForstBW: Der Wald in Baden-Württemberg, Ausgewählte Ergebnisse der dritten Bundeswaldinventur, 2014
29 Inklusion	Bundesagentur für Arbeit, Statistik: Schwerbehinderte Menschen in Beschäftigung (Anzeigeverfahren SGB IX)
30 Engagementquote	Simonson, J.; Vogel, C. und Tesch-Römer, C. (Hrsg): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014, Wiesbaden: Springer VS, März 2016
37 Teilnahme an Vorsorgeuntersuchung	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung www.bzga.de ; www.kindergesundheit-info.de

Bildquellen

Titelbild:	© Petair – Fotolia	Seite 44:	© PHOTOCREO Michal Bednarek Shutterstock	Seite 84:	© kaemte/PIXELIO
Seite 6:	© JCG – Fotolia	Seite 46:	© Paul-Georg Meister/PIXELIO	Seite 86:	© Bernd Kasper/PIXELIO
Seite 7:	© Petra Beerhalter – Fotolia	Seite 48:	© Timo Klostermeier/PIXELIO	Seite 88:	© wittybear – Fotolia
Seite 8:	© Martin Stollberg	Seite 50:	© Daniel Naupold/dpa	Seite 90:	© Kzenon – Fotolia
Seite 10:	© Michael Schepers – Fotolia	Seite 52:	© photo 5000 – Fotolia	Seite 92:	© Rainer Sturm/PIXELIO
Seite 16:	© Klicker/PIXELIO	Seite 54:	© Nataliya Hora – Fotolia	Seite 94:	© Monkey Business – Fotolia
Seite 17:	© Kzenon – Fotolia	Seite 56:	© Markus Bormann – Fotolia	Seite 98:	© chombosan – Fotolia
Seite 18:	© Monkey Business – Fotolia	Seite 58:	© Markus Bormann – Fotolia	Seite 100:	© Ligamenta Wirbelsäulenzentrum/ PIXELIO
Seite 20:	© Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft BW	Seite 60:	© Marco2811 – Fotolia	Seite 102:	© Dan Race – Fotolia
Seite 22:	© industrieblick – Fotolia	Seite 62:	© Thorben Wengert/PIXELIO	Seite 104:	© Dhd-design – Fotolia
Seite 24:	© Dreaming Andy – Fotolia	Seite 64:	© Thorben Wengert/PIXELIO	Seite 106:	© M.E./PIXELIO
Seite 26:	© Rolf van Melis/PIXELIO	Seite 66:	© auremar – Fotolia	Seite 108:	© Shoresh_Fezoni
Seite 28:	© Manfred Grohe	Seite 68:	© Berthold Bronisz/PIXELIO	Seite 110:	© Matej Kastelic – Fotolia
Seite 30:	© euthymia – Fotolia	Seite 70:	© photo 5000 – Fotolia	Seite 112:	© Dieter Schütz/PIXELIO
Seite 32:	© Erwin Wodicka – Fotolia	Seite 72:	© goodluz – Fotolia	Seite 114:	© Klaas Hartz/PIXELIO
Seite 36:	© Echino/PIXELIO	Seite 74:	© Robert Kneschke – Fotolia	Seite 118:	© Kara – Fotolia
Seite 38:	© Hermann/PIXELIO	Seite 76:	© s_1 – Fotolia	Seite 120:	© Harald Wanetschka/PIXELIO
Seite 40:	© Rainer Sturm/PIXELIO	Seite 78:	© Tanja – Fotolia	Seite 122:	© auremar – Fotolia
Seite 42:	© Michael Mertes/PIXELIO	Seite 80:	© Nagel's Blickwinkel – Fotolia		



Baden-Württemberg